Nr. 25. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 31. Januar 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Wir ersuchen alle unsere Freunde und Genossen, nach Kräften für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises zum 1. Februar thätig zu sein. Es ist das eine Parteipflicht. Die Hauptstärke einer Partei liegt in ihrer Presse — je mehr Leser ein Blatt hat, desto größere Macht hat es, und wer dem Partei-Organ neue Leser zuführt, stärkt sonach die Partei.

Wir haben, unterstützt von der Partei, in letzter Zeit unseren Inhalt bedeutend erweitert und auch dem Feuilleton erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt.

Der Roman

„Helene"
von Minna Kautsky,

welchen wir jetzt veröffentlichen, reiht sich den besten Schöpfungen der modernen Romanliteratur an.

Unter solchen Umständen haben wir ein doppeltes Recht, auf die Unterstützung der Genossen zu rechnen, und die Verbreitung des „Vorwärts" von ihnen als eine Pflicht heischen zu können.

Mit dem **1. Februar** eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts" Berliner Volksblatt
mit der illustrirten Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt".

Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungsspediteure, sowie **unsere Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,
wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 Mark für die Monate Februar und März
entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Theil des Romans

„Helene"
von Minna Kautsky
auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Die Redaktion und Expedition des
„Vorwärts" Berliner Volksblatt.

„Sozialdemokratische Proben."

Wir veröffentlichten in einer unserer letzten Nummern eine Notiz, betitelt „Theorie und Praxis der Sozialdemokraten". Es hieß da, eine englische Firma in Bradford habe ihre Fabrik den Arbeitern zur Leitung und Verwaltung angeboten, die Arbeiter hätten aber gedankt. Damit sollte — nach einer uns allerdings unverständlichen Argumentation — bewiesen sein, daß die Sozialdemokraten zwar stark sind in der „Theorie", in der „Praxis" aber so schwach, daß sie sich selber nicht einmal etwas so einfaches, wie die Fähigkeit zur Verwaltung einer Fabrk, zutrauen. Wir hoben die außerordentliche Albernheit der Notiz und ihrer „Moral" hervor, und zeigten, daß die Bradforder Arbeiter polizeiwidrig dumm gewesen wären, hätten sie ein Geschäft übernehmen wollen, das der Eigenthümer sicherlich nicht hergeben würde, wäre noch der geringste Vortheil herauszuschinden. Und wir wiesen zugleich auf das Beispiel des französischen Bergwerks hin, das von den Eigenthümern, nachdem sie es bis auf die Neige erschöpft hatten, den Arbeitern großmüthig geschenkt wurde, das heißt geschenkt unter Bedingungen, die, falls noch Vortheile zu erzielen waren, diese den kapitalistischen Eigenthümern gewährt hätten, während die Arbeiter unter keinen Umständen gewinnen konnten. Die Arbeiter waren damals so dumm, das Danaergeschenk anzunehmen — sie verrichteten ein paar Jahre lang Sklavenarbeit, die ihnen nur Elend brachte, die Aktien der Herren Kapitalisten aber noch einige Zeit über Wasser hielt — bis der unvermeidliche Krach kam. Das Ergebniß und zweifellos der Zweck des Experiments war: die „Verluste" des Bourgeiskapitals noch weit gründlicher, als sonst möglich gewesen wäre, den Arbeitern aufzuladen, und die Arbeiter unter dem gleißenden Schein „genossenschaftlicher Freiheit" noch schmählicher auszubeuten, als es in offener Lohnsklaverei sich hätte bewerkstelligen lassen.

Der „Reichsbote", der die Prätension hat, von sozialökonomischen Dingen etwas zu verstehen, und der seinen Stöcker-Gläubigen jene Notiz natürlich auch brühheiß aufgetischt hatte, ist ob unserer Abfertigung sehr ungehalten. Unter der Ueberschrift: „Sozialdemokratische Proben" versteigt er sich in seiner heutigen Nummer zu folgender Stilübung:

> Wo auch immer die Probe auf das kommunistische Exempel der Sozialdemokratie gemacht wird, scheitert der lustige Sozialistentraum im harten Raum der Dinge kläglich. Das zeigen z. B. die Erfahrungen, welche der englische Industrielle Priestley in Bradford, der Eigenthümer vier sehr umfangreicher Fabriken in genannter Industriestadt, mit den dortigen Sozialdemokraten gemacht hat. Priestley, der des ewigen Geredes der Sozialdemokraten, als ob sich „der Arbeitgeber von dem Schweiße seiner Lohnsklaven mäste", müde war, stellte dem Ausschusse der Arbeiterpartei eines seiner Etablissements sammt dem Dampfmaschinen-Betriebe und noch einen Kredit von sechstausend Pfund Sterling für die Dauer eines Jahres mit der einzigen Maßnahme zur unentgeltlichen Verfügung, daß der Fabrikationsbetrieb nach den Satzungen der Trades-Unions gehandhabt und die Geschäfte ganz im Geiste der sozialdemokratischen Prinzipien geführt werden sollten.
>
> Die Bradforder Genossen haben indeß das Anerbieten abgelehnt, wie der „Vorwärts" behauptet deswegen, weil das Etablissement ein schlechtrentirendes wäre, das auch kein Bourgeois übernähme. Abgesehen davon, daß das anscheinend eine Tendenzausstreuung ist — andere ebenso glaubwürdige Organe nennen es vielmehr ein sehr gut ausgerüstetes und bisher einträgliches —, will denn der Zukunftsstaat blos die gut rentirenden Anlagen übernehmen und wurde nicht immer versprochen, die Sozialdemokratie würde das Elend der kapitalistischen Produktionsweise sofort in das Gleiche bringen?
>
> Der Haken liegt also tiefer! Es liegt an der Unfruchtbarkeit der sozialistischen Theorien. Das hat auch ein Augsburger Maurermeister erfahren. Derselbe vergab an fünf notorische Sozialisten eine Arbeit in Akkord mit der ausdrücklichen Bemerkung, die Herren müßten mit der Vertheilung der Summe unter sich selbst einig werden. Nach der ersten Woche kamen die „Genossen" in hellem Streit zur Lohnauszahlung und jeder verlangte einen höheren Lohnantheil, weil seine Leistungen jene der Kollegen übertrafen. Erst die bestimmte Weisung des Meisters, sich als „Genossen" selbst zu vertragen, vermochte sie zum Abzug, Groll im Herzen. Am Schlusse der nächsten Arbeitswoche erklärten die „Genossen", die Arbeit aufgeben zu müssen, wenn nicht der Arbeitgeber selbst wieder die Lohnzahlung übernähme. Der Streit drohte fast in Thätlichkeiten auszuarten.
>
> Es wäre gut, wenn man ruhig mehr solche Exempel anstellte; das Fazit bleibt doch nicht ohne Eindruck. Auf die sozialdemokratischen Führer, deren Geschäft diese Agitation ist, macht das keinen Eindruck, sie fahren fort, die Arbeiter gegen die bestehende Ordnung zu verhetzen. Das beste wäre, wenn die Herren Liebknecht und Bebel einmal gezwungen würden, ein solches Geschäft zu übernehmen und nach sozialdemokratischen Grundsätzen zu leiten. Vielleicht würden sie dann wenigstens ein bischen bescheidener und bei den Arbeitern würde der Aberglaube an die sozialdemokratischen Theorien etwas mehr der gesunden Vernunft weichen.

Nein, liebes Stöckerblatt, die Anlagen der verkrachten kapitalistischen Gesellschaft übernehmen wir nicht. Wir lassen die Gesellschaft unter ihren jetzigen Hütern und Interessenten ruhig verkrachen, und treten dann die Gesammterbschaft an — mit der Wohlthat des Inventars. Es giebt sehr viele Schulden, die wir nicht anerkennen werden.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [Alle Rechte vorbehalten

Helene. [30

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

So fraß das eingeträufelte Gift der schmutzigsten Verdächtigungen in ihr weiter und weiter — es fand so reichliche Nahrung.

Sie war in das arabische Zimmer gekommen, das mit matten Lampen erleuchtet war. Durch ein großes in die Zwischenmauer gebrochenes Fenster konnte man in den Salon hinein sehen.

Dort drehten sich die Paare im Tanze, hier war Niemand.

Sie sank in die weichen Polster eines Diwans und verhüllte die Augen.

Sie blickte erst wieder auf, als das geräuschvolle Athmen eines Schlafenden ihr Ohr berührte, und bemerkte die kleine Gestalt ihres Schwagers Lufft, der in dem tiefen Sessel fast ganz verschwand. Sein Kopf war gegen die Brust herabgesunken, er schlief fest.

Voll Theilnahme blickte sie auf dies abgespannte, übermüdete Antlitz, auf diesen zarten Körper, zu dem die großen starkausgebildeten Hände nicht paßten.

Er arbeitete viel, körperlich und geistig den ganzen Tag hindurch, er mußte so arbeiten, um das aufzubringen, was der immer luxuriöser geführte Haushalt verschlang. Aber der Frohndienst setzte sich bei ihm auch des Nachts fort, bis er erschöpft zusammenbrach.

Die Musik im Saale ertönte lauter, man spielte eben das Finale.

Man konnte die Paare, in einem Walzer sich drehend, am Fenster vorüber fliegen sehen.

Das war Betty; ihr goldiges Haar, ihre Brillanten, ihr weißer Teint leuchteten um die Wette; sie sah so frisch aus, und sie tanzte so flink. Sie brachte für diese Nachtarbeit völlig ausgeruhte Glieder mit, und auch ihre geistigen Fähigkeiten waren durch keine frühere Arbeit in Anspruch genommen, wie sichs für eine richtige Weltdame gehört.

Die Musik schieg plötzlich, aber man applaudirte, weil man noch weiter tanzen wollte.

Lufft schlug die Augen auf und sah sich um.

„Ists noch nicht aus?" fragte er und sah schlaftrunken auf Helene.

„Ich glaube nicht, aber es dauert Dir wohl zu lange?"

„Ach ja, ich muß um acht Uhr wieder in der Werkstatt sein."

„Dann geh doch," ermunterte sie.

„Sie tanzt so gern, meine Betty, sie ist immer sehr unglücklich, wenn ich einmal früher aufbrechen will, und soll ich allein fortgehen? Das wär doch gar zu rücksichtslos."

Sie ließ sich an seiner Seite nieder, und ergriff seine Hand.

„Du bist gut," sagte sie innig. Er lächelte abwehrend.

„Ach, müde bin ich, furchtbar müde."

„Dann schlafe weiter," sagte sie weich.

Da rief eine schrille Stimme wie die eines Pfaus von der Thüre her:

„Das ist aber hübsch von Dir, daß Du meinem Manne so angenehm die Zeit vertreibst. Der Deinige sucht Dich überall und auch Herr v. Lermina."

Betty war zu ihnen getreten und legte ziemlich hart die Hand auf die Schulter ihres Mannes.

„General v. Bauer ist hier, er möchte Dich kennen lernen, Du wirst mich ihm vorstellen."

Sie nahm seinen Arm und ging mit ihm hinaus; imponirend in ihrer Schönheit und in ihrem stolzen Selbstbewußtsein.

Helene blieb sitzen. In den Sessel zurückgelehnt, die Hände im Schooße, sah sie durch das Fenster in den Salon, wo die Paare auf's Neue sich drehten. Ein dumpfer Druck im Gehirn schien ihr alle Spannkraft zu rauben. Ein Ausdruck der Leere kam in ihr Gesicht, ermattet schloß sie die Augen.

Aber die Töne des Walzers umschmeichelten sie und willig lieh sie ihr Ohr.

Tanzen, ach ja, tanzen! Ihre Jugendlust wallte die Unlust besiegen, und Alles zurückdrängend, gleichsam von sich werfend, was sie qualvoll bewegte, sprang sie plötzlich mit einem Satze empor.

„Tanzen, ja tanzen!" Wo war ein Tänzer! Im nächsten Augenblick war sie umringt.

Ihr Mann und Herr v. Lermina waren eingetreten, gefolgt von Donner und anderen.

Und sie Alle machten ihr Vorwürfe, wie einem Kinde, das sich eigenmächtig der Ueberwachung entzogen hatte.

Exzellenz führte sie in den Saal zurück, um sie dort Donner zu überlassen, dem sie einen Walzer versprochen hatte.

Auch Morre tanzte mit ihr und Andere.

Und Jeder von ihnen legte seinen Arm fest um ihren schlanken, bebenden Leib und drückte sie an sich und berauschte sich an ihrem wehenden Athem, an der Schönheit ihrer herrlichen Büste, an dem ganz undefinirbaren Zauber, der während dieser erregten Nerven- und Muskelthätigkeit von ihr ausging.

Und sie tanzte unermüdlich, alle ihre Kräfte verbrauchend, bis zur Besinnungslosigkeit.

Bei dem kleinen Bildhauer war es die Arbeit, eine ihn erfreuende künstlerische Thätigkeit, die ihn über alle Erbärmlichkeiten seines Lebens hinweghob, aber eine junge Dame, wie Helene, hat nur das Vergnügen, die wilde Lust des Augenblicks, um sich zu betäuben und ihren Ueberschuß an Kraft zu verbrauchen.

XVI.

Der Sommer war zur Neige gegangen, ehe Dr. Hartmann einen kurzen Urlaub erhalten konnte, den er mit seiner Frau in St. Agath verbringen wollte.

Herr und Frau Gebhart hatten ihren hübschen Landsitz

Damit beantwortet sich die geistreiche Frage, ob wir blos die gutrentirenden Anlagen der heutigen Gesellschaft übernehmen wollen, und nicht auch die schlechtrentirenden. Wir übernehmen sie alle — das „Rentiren" ist für die Sozialdemokratie ein überwundener Standpunkt. Wir sehen blos auf die Gemeinnützlichkeit, und Alles, was der Gesammtheit Nutzen bringt, werden wir behüten und pflegen — gewiß besser, als die Herren Kapitalisten heute, die nur an ihren Privatprofit denken und die Nase im Quark ihrer erbärmlichen Sonderinteressen begraben haben, von jedem höheren Stand- und Gesichtspunkt hoffnungslos ausgeschlossen.

Da fällt uns ein, Herr Stöcker war ja in Amerika. Freilich, was er von der neuen Welt uns erzählt hat, das hätte er ebenso gut erzählen können, ohne dort gewesen zu sein. Allein die Scheuleder, welche er dort trug, werden ihn doch wohl nicht gehindert haben, einmal — wenigstens in der Zeitung — über irgend eine der kommunistischen Kolonien dort zu stolpern. Nun, diese Kolonien wurden zum Theil unter den wirthschaftlich günstigsten Bedingungen errichtet; sie hatten schuldenfreies Land und begegneten keiner Feindschaft der Kapitalistenklasse, die in ihnen nur eine harmlose Spielerei sah. Trotzdem sind sie, wie winzige Oasen vom Wüstensand rings um, von der sie umringenden bürgerlichen Gesellschaft verschlungen worden oder harmlose Kuriositäten geblieben. So wenig Napoleon auf St. Helena sein Kaiserreich fortsetzen konnte, und so wenig Bismarck in Friedrichsruhe Hausmeier sein kann, so wenig kann innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in irgend einem abgelegenen Winkel der Sozialismus verwirklicht werden. Das ging in Amerika nicht mit den utopistischen Kolonien eines Owen und Cabet, — das geht in Europa nicht mit sozialistischen Fabriken, die beiläufig in noch weit schlimmerer Lage wären, als diese Kolonien, denn sie würden in dem Konkurrenzkampfe der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenstand und das Opfer eines wahren Kesseltreibens durch das wüthende Unternehmerthum werden. Wir haben ja schon Dutzende solcher warnenden Exempel.

Also wir danken für das angefaulte Obst, das die Tanaer des Geldsacks uns etwa anbieten könnten. Wir kennen unsere Pappenheimer. Sie denken: selber essen macht fett, und was irgend eßbar ist, das behalten sie für sich.

Herr Priestley mag seine bankrotte Fabrik selbst zuschließen, und den wunderbaren Augsburger Maurermeister schenken wir seinem Vater, dem Herrn Stöcker, der niemals lügt. Die Verfasser der Bradforder Jagdgeschichte aber bitten wir, statt mit sozialistischen sich mit kapitalistischen „Proben" zu befassen. Nicht wir Sozialdemokraten, die lächelnd zusehen, nein die Herren Kapitalisten stehen jetzt auf der Probe. Sie sollen die Geschäftskrise abschaffen! Sie sollen die Arbeitslosigkeit abschaffen. Sie sollen die Riesenstreiks zur Beseitigung der Ueberproduktion abschaffen. Das was sie verpfuscht haben, das haben nicht wir, das haben sie umzuändern und wieder gut zu machen. Gelingt es ihnen — wohlan, dann haben wir Unrecht. Gelingt es ihnen nicht, dann haben sie die Probe nicht bestanden und die „sozialdemokratischen Proben" werden nicht ausbleiben, daß dürfen die Herren versichert sein. Freilich wir sind nicht bescheiden. Mit kleinen lumpigen Fetzchen begnügen wir uns nicht. Wir gehen aufs Ganze, und wir wollen das Ganze.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Januar.

Aus dem Reichstag. Heute wurde die Debatte über die Reichs-Finanzreform-Vorlage fortgesetzt. Eugen Richter leitete mit einer von guter Sachkenntniß zeugenden Rede, wie man es bei ihm bei der Besprechung von Finanzfragen gewöhnt ist, die Debatte ein. Die finanziellen Verhältnisse der Einzelstaaten wurden von ihm detaillirt beleuchtet. Nur zu gut verstand er, den Versuch des Ministers, die Finanzlage in Preußen möglichst schwarz zu malen, zu bekämpfen, denn die Herren Finanzminister werden nun ihre liebe Noth haben, von den Landtagen eine Erhöhung der direkten Steuern zu erlangen. Deshalb der Sturm gegen den Reichstag. Kardorff machte den vergeblichen Versuch, eine Empfehlung für die Vorlage zurecht zu stoppeln. Nach ihm erhielt Schippel das Wort, der in einer kurzen präzisen Darstellung den Standpunkt unserer Partei klarlegte. Es gelte, wie er ausführte, für den Reichstag die Bestimmungen, die die sogenannte Franckenstein'sche Klausel enthält, festzuhalten, denn sie gewährt dem Reichstag ein, wenn auch immerhin nur geringes Einnahme-Bewilligungsrecht. Der Beutezug der Regierung richtet sich gegen Zahler der indirekten Steuern.

Der nationalliberale Hammacher versicherte, wie sich dies für einen Nationalliberalen schickt, der Regierung seine treue Hilfsbereitschaft. Es hieße, sagte er, die Vergangenheit der Partei verleugnen, wollte seine Partei nicht dem Gesetz zustimmen.

Nach dieser Rede wurden dem Reichstage die Steuervorlagen der Antisemiten — von Herrn Förster vorgetragen — aufs Neue aufgetischt. Als Extra-Angebinde offerirte er noch die Papiersteuer. Der Zentrums-Redner Bachem nahm einen ziemlich entschiedenen Standpunkt gegen weitere indirekte Steuern ein. Es wäre zu wünschen, daß die guten Vorsätze bei den Herren auch ein Wenig anhalten. Miquel nahm hierauf noch einmal das Wort, um dem Reichstag als abschreckendes Beispiel den Kampf der Einzellandtage gegen den Reichstag vorzuführen. Er schien immer noch die Hoffnung zu haben, von den Zentrumsmännern einige Zugeständnisse zu erlangen.

Morgen setzt der Reichstag die Berathung fort, aber trotz aller weiterer Reden ist das Schicksal der Vorlage längst entschieden. Der Reichs-Finanzreformplan ist ins Wasser gefallen. —

Der Betrag der Schulden des Deutschen Reiches ergiebt sich, so schreibt die „Köln. Volks-Ztg.", genau aus dem Etat der Reichsschuld für 1894/95, welcher vor Weihnachten dem Reichstage vorgelegt worden ist, wie folgt. 1. Die 4proz. Reichsschuld beläuft sich unverändert auf 450 Mill. Mark. 2. Die 3½proz. Reichsschuld: a) der mit Zinsscheinen zum 1. April und 1. Oktober versehene Theil derselben beläuft sich unverändert auf 71 Millionen Mark, b) der mit Zinsscheinen zum 2. Januar und 1. Juli versehene Theil bezifferte sich Mitte Oktober 1893 auf 691 599 000 Mark. 3. Die 3proz. Reichsschuld: a) der am 2. Januar und 1. Juli verzinsliche Betrag beläuft sich wie bisher auf 170 Mill. M.; b) der am 1. April und 1. Oktober zu verzinsende Theil ist für den Zinstermin vom 1. Oktober 1894 auf etwa 670 Mill. M., für den Zinstermin vom 1. April 1895 auf etwa 700 Mill. M. anzunehmen. 4. Nach dem Voranschlag von 1894/95 sind zur Deckung einmaliger Ausgaben auf grund von Anleihegesetzen durch Ausgabe von Schatzanweisungen aufzunehmen 128 858 440 M. Summirt man diese Posten, so ergiebt sich, daß am 1. April 1894 die Schuldenlast des Deutschen Reiches beträgt 2 052 599 000 M., und am 1. April 1895 betragen wird 2 211 457 440 M. Dabei ist allerdings noch möglich, daß der Posten von 128 858 440 M., welcher für 1894/95 zur Deckung einmaliger Ausgaben beschafft werden soll, durch Streichung in den geforderten einmaligen Ausgaben von seiten der Budgetkommission erheblich herabgemindert werden wird. Es weht nämlich in dieser Beziehung in dem jetzigen Reichstage, bezw. in der Budgetkommission desselben, ein ganz anderer Wind wie früher, was sich bereits in mehreren Einzelfällen gezeigt hat. Nicht berücksichtigt sind in obiger Zusammenstellung die 175 Millionen Mark, welche im § 3 des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1894/95 erwähnt sind. —

Der Landesausschuß der Reichslande wurde heute eröffnet. In seiner Eröffnungsrede verwies der Statthalter Fürst von Hohenlohe Miquel zu Gefallen auf die traurige Finanzlage des Landes, die durch die ungünstige Gestaltung der finanziellen Beziehungen der Einzelstaaten zum Reiche beeinflußt sei. Dieser Absatz der Rede ist der einfache Abklatsch amtlicher Aeußerungen in den Landtagen der Einzelstaaten. Wie die Reichstagsdebatten zeigen, haben diese Beeinflussungen der Landtage die Aussichten der Reichsfinanzreform nicht gebessert. —

Jedem mit seinem Maß. Es soll „roh" sein, daß wir von dem Ex-Hausmeier als von einem „todten Mann" gesprochen haben. Von einem Anderen in gleicher Lage hätten wir vielleicht anders gesprochen. Aber wer nie Rücksicht genommen, verdient auch keine Rücksicht. Einen todten Mann todt nennen, das ist nur die Wahrheit, die freilich bitter sein mag. Was ist es aber, einem Sterbenden, der sich an die Hoffnung noch festklammert, sein Todesurtheil ins Gesicht schleudern und ihm mit der letzten Hoffnung auch die letzte Möglichkeit des Genesens nehmen? Haben die Lobredner des Fürsten Bismarck etwa jene unerhört brutale, raffinirt grausame Notiz des „Reichs-Anzeigers" vergessen, durch welche im November des Jahres 1887 dem damaligen Kronprinzen und der Welt verkündigt ward, daß er von einer Krankheit gepackt sei, der noch Keiner entronnen ist?

Jene Notiz wurde von dem Fürsten Bismarck in den „Reichs-Anzeiger" gebracht.

Ein Staatsinteresse lag nicht vor.

Welches Privatinteresse, das weiß die Welt. Und wer es nicht sofort errieth, dem wurde es durch das Trauerspiel der „Nemmundneunzig Tage" enthüllt. —

Deutsche Barbarei in Afrika. Vor einigen Wochen kam die seltsame Nachricht, daß in Kamerun unsere eigene Schutztruppe gemeutert habe und auch einige Zeit in den Besitz der Regierungsgebäude und thatsächlich der Regierung gewesen sei. Der Telegraph war sehr einsilbig, die Behörden hüllten sich in ein ominöses Schweigen. Jedermann merkte, es war etwas geschehen, welches das Licht scheute. Ohne Grund hatten die, als treue Soldaten der Schutztruppe bekannten Dahomeher nicht gemeutert. Man munkelte von „allzuschneidiger" Behandlung, — die von deutscher Kirchtseligkeits-Kultur nicht beleckten Kinder Afrikas hätten die „Schneidigkeit" wohl nicht verstanden. Jetzt kennen wir die Wahrheit. Sie brauchte den Umweg über England. Die schlimmsten Vermuthungen sind übertroffen. Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht heute Abend folgendes Telegramm:

London, 30. Januar. In einem mit dem Dampfer „Cabenda" in Liverpool eingegangenen ausführlichen Bericht über den Aufstand in Kamerun wird als dessen Ursache bezeichnet, daß der deutsche Untergouverneur etwa 20 Weiber seiner dahomehanischen Soldaten peitschen ließ. Das Vergehen der Weiber wird nicht angegeben, aber es heißt, daß sie entkleidet über Fässer gelegt und gepeitscht wurden. Diese Behandlung ihrer Weiber verursachte die größte Erbitterung der Truppen gegen den Untergouverneur. Etwa hundert Soldaten empörten sich, drangen in das Gouvernements-Gebäude, wo die Beamten gerade speisten, und erschossen den Richter, der an der Spitze der Tafel saß; sie hatten ihn irrthümlich für den Untergouverneur gehalten.

Pfui der Schande!

Vor 43 Jahren wurde in London Feldmarschall Haynau, „die Hyäne von Brescia", der italienische Frauen hatte prügeln lassen, von den Brauergesellen der Firma Barclay und Perkins unter dem Beifall ganz Englands und der zivilisirten Welt angespuckt, halbtodt getreten, windelweich gezrügelt. „The infamous Wifebeater!" Der infame Frauenprügler! Und nun drückt unsere ruhmvolle Kolonialpolitik dem deutschen Volke vor dem Auslande das Brandmal auf: Infame Frauenprügler!

Das Frauenprügeln steckt beiläufig unseren Junkern im Blut. Wer erinnert sich nicht des Herrn v. Rotenhan, der vor einigen Jahren zu einer — beiläufig rein formellen Strafe (60 Mark Geldstrafe!) verurtheilt ward, weil er ein 14jähriges Mädchen genau so traktirt hat, wie der Untergouverneur von Kamerun die Frauen der Dahomeher? Der Untergouverneur von Kamerun ist wohl ein Verwandter des Herrn v. Rotenhan? Und auch „Edelster"? —

Zur Währungsenquete. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Die Angaben der Blätter über die voraussichtliche Zusammensetzung der Währungsenquete-Kommission beruhen auf Vermuthung. Die bezüglichen Vorschläge unterliegen zur Zeit noch der Prüfung des Herrn Reichskanzlers.

In unserer gestrigen Notiz „Internationales Agrarierthum" heißt es infolge eines Setzfehlers, daß die Agrarier das Zugeständniß der Regierung, eine Währungsenquete einzuberufen, als vollen Erfolg betrachten können. Daß dies nicht unsere Meinung ist, wissen unsere Leser. Um aber Mißdeutungen zu verhindern, bemerken wir, daß es Scheinerfolg heißen soll. —

Die Enquete über die Sonntagsruhe in der Metallindustrie wird nun endlich auch im „Reichs-Anzeiger" erwähnt. Der eigentliche Bericht beschränkt sich aber auf folgende, wenige nichtssagende Zeilen:

---

längst aufgesucht und in der letzten Woche war Bruder Max als Gast bei ihnen eingetroffen.

Die Krankheit hatte bei ihm rapide Fortschritte gemacht, aber die Kunst der Aerzte bot alles auf, um den Zerstörungsprozeß zu verlangsamen.

Max sollte den Winter in Madeira verbringen und Cannes wurde schon für die nächste Zeit als Uebergangsstation erwählt.

Er hatte sich bisher diesem Plane nicht widersetzt.

Eine große nervöse Unruhe war über ihn gekommen und da er sich nirgends mehr physisch wohl und behaglich fühlte, und äußere Verhältnisse dafür verantwortlich machte, so liebte er es, seine Aufenthaltsorte zu wechseln.

Es that ihm indeß leid, Deutschland verlassen zu müssen.

Seine politische Entwickelung, das Erwachen des Volksbewußtseins und die damit zusammenhängenden Fortschritte der Sozialdemokratie nahmen sein ganzes Interesse in Anspruch. Aber wenn er sie als die Morgenröthe einer besseren Zeit begrüßte, so wußte er wohl, wie knapp die seinige bemessen war, und daß alles, was er im Interesse und zur Hebung der Partei zu thun vermochte, bald gethan werden müsse.

Und der Mann, der seiner Umgebung gegenüber sein Leiden verheimlichte, nur um es nie zum Gegenstande von Erörterungen zu machen, berichtete an Konrad genau über seinen Zustand. Dieser war bald nach seiner Freilassung nach London gegangen. Er hatte dort Arbeit in seinem Fache gefunden und suchte sich außerdem unter der Leitung von Marx und Engels auf eine politische Thätigkeit vorzubereiten. Jetzt war er nach Deutschland zurückgekehrt und hatte eine Agitationsreise angetreten.

Da erhielt er in Frankfurt die Einladung seines Freundes Max, eilends zu ihm zu kommen.

„Die letztwilligen Verordnungen, die ich zu Gunsten der Partei zu treffen gedenke, möchte ich mit Dir durchberathen und feststellen, um sie juridisch unanfechtbar zu machen," hieß es in dem kurzgehaltenen Schreiben.

Konrad antwortete ihm, er werde kommen.

Max befand sich auf seiner Stube, die im Erdgeschosse reizend gelegen, auf eine mit Blumen besetzte Veranda hinaus ging, als ihm Frau Dr. Hartmann gemeldet wurde. Ein freudiges Roth stieg in die blassen Wangen, und unter dem stärkeren Herzschlag wurde sein Athem noch mühsamer.

Er hatte Helene seit Monaten nicht gesehen und es war engelhaft gut von ihr, daß sie ihn bald nach ihrer Ankunft in St. Agath besuchen kam.

Er merkte wohl, daß sie ihre Ueberraschung über sein verändertes Aussehen nur mühsam verbarg, aber es that ihm noch weher, daß er sie selbst so traurig verändert fand.

„Was hat man denn Dir gethan?" hätte er sie fragen mögen; „wohin ist Deine Frische und Deine Unbefangenheit? Dein froher Kindesblick und Dein unschuldiges Lächeln?"

Sie war üppiger geworden, oder erschien wenigstens so, in dem von einem Kleiderkünstler verfertigten Kleide, das ihrer Gestalt die anmuthigste Rundung verlieh, aber ihre Wangen waren blaß und tiefe bläuliche Schatten lagen unter den Augen, die einen müden Ausdruck zeigten.

Zärtliches Mitleid wallte in seinem Herzen für sie auf, und voll zarter ängstlicher Theilnahme stellte er einige Fragen an sie, aber sie wich ihnen aus und heuchelte völliges Wohlbefinden.

Sie war wohl berechtigt, dem Fremden gegenüber ihr gestörtes Eheglück zu verheimlichen; aber Helene war auch gegen ihren Arzt nicht mehr aufrichtig und nicht einmal gegen sich selbst.

Sie mußte sich ihre Lage verhehlen, wenn sie sie ertragen und darin fortleben wollte.

Und das wollte sie. Sie war jetzt an das Wohlleben gewöhnt, wie an den Müssiggang.

Es war doch sehr angenehm und bequem, von Anderen gekleidet und bedient zu werden und sich täglich an einen gut bestellten Tisch setzen zu können, ohne jede andere Verpflichtung, als Kritik zu üben, sobald die Arbeit nicht gut und pünktlich geleistet wurde.

Sollte sie sich dieser Vorrechte selbst und freiwillig begeben? Sollte sie ihre Existenz vernichten? — Wie würde sich ihr Schicksal gestalten, wenn Er sie nicht mehr ernähren würde?

Sie hatte nichts gelernt und ihre Hände erwiesen sich ungeschickt zu jeder Arbeit, würde es ihr überhaupt nur möglich sein, etwas zu verdienen?

Und wenn es ihr nicht gelingen würde, sich selbst zu versorgen, was sollte dann aus ihr werden?

Aber nicht klar und direkt stellte sie sich diese Fragen — sie wich ihnen vielmehr aus und versuchte sich selbst zu täuschen.

Was Furcht und Feigheit war, nannte sie Anstand und Pflicht. Die Sittlichkeit gebiete ihr, sich mit allem abzufinden und sich in alles zu fügen, sagte sie sich. —

So lange Erich abwesend war, waren ihre Vorsätze stark und lebendig, aber so bald sie ihn vor sich hatte, vermochte sie ihre immer stärker hervortretende Abneigung nur mühsam zu verbergen.

Und im Namen dieser Sittlichkeit heuchelte sie und log; ihr Lächeln war ein Krampf, sie erschauerte unter seinem Kusse und gab sich ihm hin mit zusammengebissenen Lippen.

Erich war weit entfernt, diese Abneigung zu ahnen. Er war viel zu eitel, um dies nur für möglich zu halten. Wollüstige Sinnlichkeit war ihm der Grundzug des weiblichen Charakters, den er auch bei seiner Gattin voraussetzte. Aber eben deshalb reizte es seinen Grimm, daß sie das Glück, das er ihr bot, scheinbar so kühl genoß und sich nicht Mühe gab, es besser zu verdienen.

Auch für die gesellschaftliche Stellung, die sie durch ihn gewonnen hatte, schien sie noch immer nicht den richtigen Werthmesser zu besitzen. Anfänglich hatte er sie für zu jung und zu albern gehalten, um dies zu verstehen, aber nun traten bei ihr über diese Gesellschaft, über die Menschen, unter denen sie lebten, eigenartige, sie verurtheilende Anschauungen zu Tage, die er nicht theilte, und die ihn deshalb verletzten.

Anders zu denken, zu fühlen, zu urtheilen als er, erschien ihm bei dem Weibe, das er erzogen hatte, das von ihm abhing und das er erhielt, als etwas vollständig Ungehöriges, als ein Verbrechen.

Er fing an, den Mangel an Strenge zu beklagen und seine ideale Vornehmheit, die es ihm nie gestattet hatte, sie in den gemeinen Bedürfnissen des Lebens zu beschränken, um sie für jede Widerspenstigkeit zu bestrafen, wie es Petruchio bei seinem Käthchen gethan.

(Fortsetzung folgt.)

Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung im Namen des dienstlich behinderten Staatssekretärs des Innern, worauf der Referent im Reichsamt des Innern die Gesichtspunkte entwickelte, welche für den Entwurf von Ausnahmebestimmungen leitend gewesen sind. Hieran schloß sich unter lebhafter Betheiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine eingehende Erörterung der vorgeschlagenen Bestimmungen.

Hieran schließt sich die Aufzählung der zu der Enquete zugezogenen Beamten, Unternehmer und Arbeiter. Es ist wirklich gut, daß der „Vorwärts" ausführlich über die Enquete berichtet hat, da man aus dem amtlichen Berichte absolut nicht ersehen kann, was vorgegangen ist.

Unsere Angaben sind in dem Punkte zu berichtigen, daß außer den Genossen Koersten und Petzold noch ein Genosse und zwar der Former vom Berge aus Dortmund geladen war. Wir bringen diese Berichtigung gerne auf Wunsch des Genossen vom Berge; sie ändert aber an unserem Gesammturtheile nichts. —

Sonntagsruhe in der chemischen Industrie. Der „Reichs-Anzeiger" schreibt:

Der Entwurf von Ausnahmebestimmungen für die der chemischen Industrie (Gruppe VII der Gewerbestatistik) angehörigen Fabrikationszweige wird am 27. n. M. einer ähnlichen Berathung unterzogen werden. Darauf wird eine Berathung über die Regelung der Sonntagsruhe in den Glashütten folgen. —

Die Kommission für Arbeiterstatistik. Der „Reichs-Anzeiger" schreibt:

Die Kommission für Arbeiterstatistik wird in nächster Zeit wieder zu einer Sitzung zusammentreten. Nachdem aus Anlaß einer Anregung des Reichstages unter Abänderung des Regulativs vom 1. April 1892 die Zahl der Mitglieder der Kommission um zwei vermehrt worden ist, von denen eins der Bundesrath und eins der Reichstag zu wählen hat, und die Neuwahlen für die gegenwärtige Legislaturperiode inzwischen erfolgt sind, hat der Vorsitzende der Kommission, Unter-Staatssekretär Dr. von Rottenburg, die Mitglieder auf den 14. Februar d. J. zu einer Sitzung eingeladen. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen wird die Untersuchung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien bilden, welche damit voraussichtlich zum Abschluß gelangen wird. Die Ergebnisse des ersten und zweiten Theils der Untersuchung sind in zwei, auch in Carl Heymann's Verlag erschienenen Drucksachen niedergelegt, deren erste, „Erhebung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien" die im September 1892 veranstaltete Fragebogen-Erhebung betrifft, während die andere, „Erhebungen über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, zweiter Theil" die Ergebnisse der im Sommer 1893 veranstalteten mündlichen Vernehmungen und der von 74 Berufsorganisationen erforderten Aeußerungen, sowie ein vom kaiserlichen Gesundheitsamt erstattetes Gutachten über den Einfluß der Beschäftigung der Bäckergesellen und Bäckerlehrlinge auf ihre Gesundheit enthält. Nunmehr wird die Kommission gemäß ihren Beschlüssen vom 10. Februar und 30. Juni 1893 unter Zuziehung sachverständiger Beisitzer zur mündlichen Vernehmung von Auskunftspersonen aus dem Bäcker- und Konditorgewerbe schreiten. Die Beisitzer und die Mehrzahl der Auskunftspersonen sind auf Ersuchen des Vorsitzenden der Kommission durch Vereinigungen von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern der genannten Gewerbe vorgeschlagen worden.

Da die bevorstehende Sitzung durch die mündlichen Vernehmungen und die sich daran anschließenden Berathungen bereits stark belastet sein wird, hat davon abgesehen werden müssen, auch die Erhebung über die Arbeitszeit in Getreidemühlen auf die Tagesordnung zu setzen, deren erster Theil abgeschlossen ist und den Gegenstand einer vor kurzem (in Carl Heymann's Verlag) veröffentlichten Drucksache bildet. („Erhebung über die Arbeitszeit in Getreidemühlen. Veranstaltet im Sommer 1893". Berlin 1894. Carl Heymann's Verlag.)

Die im Verlauf der Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe erforderten gutachtlichen Aeußerungen von kaufmännischen Vereinen und von Organisationen der Geschäftsdiener, Packer 2c. sind immer noch nicht vollständig eingegangen; jedoch ist mit Zusammenstellung des vorliegenden Materials bereits begonnen.

Aus der uns vorliegenden Einladung heben wir noch hervor: Eingänge und geschäftliche Mittheilungen und die Berathung über den Antrag einer Kommission von Bureau-angestellten, eine Abänderung des Regulativs der Kommission für Arbeiterstatistik dahin herbeizuführen, „daß die Aufnahme von Berufsstatistiken neben den gewerblichen auch für den Stand der Bureau-Angestellten erfolgen könne." —

Die Nürnberger Landtagswahl dürfte vielleicht trotz des Berichtes der Referenten der Wahlprüfungs-Kommission nicht für ungiltig erklärt werden. Man scheint den Eindruck auf die Bevölkerung zu fürchten, und sich unter dem Eindrucke der überaus abfälligen Kritik der unabhängigen Presse eines Besseren zu besinnen. Wenigstens meldet uns eine Münchener Privatdepesche:

Die Nürnberger Landtagswahl wurde vom Ausschuß mit 5 gegen 4 Stimmen für giltig erklärt.

Es ist freilich abzuwarten, wie das Plenum des Landtages sich zu diesem Beschlusse stellen wird. —

Der Zentrumskrach in Neustadt i. Schl. Die Zentrumsweisen zerbrechen sich den Kopf, um die Niederlage, die das katholische Volk in Neustadt der Führerschaft bereitet hat, hinweg zu deuteln. Der mit dreiviertel Mehrheit gewählte Bauer Strzoda wird jetzt von der „Germania" als waschechter Parteigenosse reklamirt. Nur so ein bischen antimilitaristisch soll er sein, während der Schützling der Parteileitung und der Geistlichen, Herr Deloch, für das Militärgesetz eingetreten sei. Ja, das hat die Parteileitung, das haben die Geistlichen doch vorher gewußt. Weshalb haben sie sich denn nicht auf Strzoda's Seite geschlagen? Die polnische Agitation allein hätte ihm in dem meist von Deutschen bewohnten Wahlkreise nicht zum Siege verholfen. Der Vorgang ist ein neues Symptom für die beginnende Demokratisirung der ultramontanen Volksmassen, wie es Fusangel's Wahl in Arnsberg, Sigl's Wahl in Kelheim war. Auf die Person des Gewählten kommt es dabei kaum an, entscheidend ist die Strömung der Bevölkerung, die jetzt auch gegen die Autorität der Parteileitung und der Geistlichkeit aufsässig geworden ist, wie sie längst aufsässig war gegen die Regierung. —

Aus dem Wahlkreise des Herrn Dr. Kropatscheck schreibt man uns über diesen Herrn:

„Da bei der Rede des Genossen Bebel in der letzten Nothstandsdebatte der gegenwärtige Reichstags-Abgeordnete des Wahlkreises Zauch-Belzig-Jüterbogk-Luckenwalde, Herr Dr. Kropatscheck durch Zurufe einen Widerspruch erhoben, von „Aufschneiderei" u. s. w. gesprochen hat, ebenso in der Sitzung des 23. Januar von „Gespensterfurcht" so sehen wir uns veranlaßt, einige Zeilen an Sie zu richten.

Herr Dr. Kropatscheck hat in der vorjährigen Wahlperiode den arbeitenden Wählern sehr wenig Gelegenheit geboten, seine Meinung hören zu können, weil er seine Versammlungen in sehr beschränkten Räumen und außerdem in der Zeit von 5 bis 7 Uhr Nachmittags abhielt, wo jeder arbeitende Wähler abgehalten ist. — Ebenso hat bisher Herr Dr. Kropatscheck am 20. Januar d. J. im konservativen Wahlverein, vor Gutsbesitzern und bemittelten Bürgern, über die gegenwärtige politische Lage gesprochen. Kurz, die arbeitende Masse des Volkes hatte wenig oder gar keine Gelegenheit, die Ansichten des Herrn Kropatscheck kennen zu lernen.

Wir bitten daher die Genossen der Fraktion, Herrn Dr. Kropatscheck gelegentlich im Reichstage aufzufordern, den arbeitenden Wählern seines Wahlkreises in einer öffentlichen Volksversammlung nach 7 Uhr Abends und in einem größeren Lokale, welches für diesen Herrn ja leicht zu finden ist, seine Ansichten vom Nothstande und von unseren Nothstands-Verhältnissen zu entwickeln und mit uns zu diskutiren." —

Reform der Handelskammern in Preußen. Der Hamburger „Korrespondent" schreibt: An die preußische Regierung sind verschiedene Eingaben auf Reform der Handelskammern gerichtet worden, die sich namentlich auf Zurücksetzung des Kleinhandels beziehen. Der Handelsminister hat darauf eine Antwort ertheilt, in der er zugiebt, daß die Erhöhung des Wahlzensus für die Handelskammer den Kleinhandel mehr oder weniger beschränke. Der Minister hält aber eine Vertretung des Kleinhandels auf eine andere Weise für wünschenswerth und hat daher in Kurzem eine Prüfung der Verhältnisse dahin zugesagt, ob neben der Vertretung des Großgewerbes durch die Handelskammern auch eine selbständige Organisation für den Kleinhandel geschaffen werden soll. —

Geschlechtertrennung in der Schule. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß nichts verkehrter ist, als die Annahme, es schade der Sittlichkeit, wenn Knaben und Mädchen, Jünglinge und Jungfrauen in denselben Schulen und Anstalten erzogen würden. Wir zeigten im Gegentheil an dem Beispiel der Vereinigten Staaten, daß die Sittlichkeit durch den gemeinsamen Unterricht gefördert, und zu gleicher Zeit ein heilsamer Wetteifer des Lernens zwischen beiden Geschlechtern entflammt werde. In der letzten Nummer der schweizerischen „Arbeiterstimme" lesen wir nun:

Die Zentralschulpflege der Stadt Zürich hat an die Kreisschulpflegen die Anfrage gerichtet, wie sie sich zur Geschlechtertrennung in der Schule stellen. Die meisten Ausgemeinden kennen diese Trennung nämlich nicht und nur die alte Stadt hat sie seit längerer Zeit durchgeführt.

Wir haben früher schon einmal die Geschlechtertrennung eine erzieherische Todsünde genannt und wir wiederholen dies. Nur die Gedankenlosigkeit, die Bequemlichkeit und die mittelalterliche Verachtung des weiblichen Geschlechts hat diese Sünde geboren. Sie kann absolut nicht mit Gründen der Vernunft, der Erziehungswissenschaft oder des allgemeinen Wohles gestützt werden.

Zur Gleichberechtigung der Frau gehört in erster Linie, daß das weibliche Geschlecht nicht in besonderen Schulen, getrennt von dem männlichen, erzogen und gebildet werde. Warum denn in den Volksschulen Geschlechtertrennung einführen, nachdem sie am Seminar und an der Universität verworfen wurde?

Wollten die frommen, zopfigen Herren konsequent sein, so dürften sie auch an ihrem Familientisch und in ihrer Familienerziehung die Geschlechter nicht beieinander haben.

Die Frauenvereine und besonders die zur Hebung der Sittlichkeit sollten gegen diese sittenverderbende Geschlechtertrennung in der Schule mit aller Kraft zu Felde ziehen. Die ehemaligen Ausgemeinden aber werden sich hoffentlich diesen aristokratisch-frommen Zopf der alten Stadt Zürich nicht auch anhängen lassen. —

Die Belgische Kammer hat wieder einmal ein Mittel gefunden, zielbewußte Arbeiter um ihr Wahlrecht zu betrügen. Sie hat eine Bestimmung getroffen, durch welche nicht nur alle diejenigen, welche seit dem Jahre 1885 zu einer Gefängnißstrafe von einem Monat verurtheilt worden sind, ihr Wahlrecht für die Zeit von fünf Jahren verlieren, während diejenigen, die mit sechs Monaten bestraft worden sind, zehn Jahre vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben; auch alle die, welche wegen Verstöße gegen die Disziplin aus dem Militärdienst entlassen worden sind, sollen ihr Wahlrecht dadurch für immer einbüßen. Durch letztere Bestimmung werden Tausende von Arbeitern getroffen. — Unser Genosse Anseele, der wegen Preßvergehens zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, wird also bis 1903 vom Wahlrecht ausgeschlossen, denn politische „Verbrechen" oder Strafen, welche infolge von Arbeitseinstellungen verhängt worden sind, bilden keine Ausnahmen. Sonst hätte ja dieser schöne Gesetzesparagraph ja überhaupt keinen Werth für die herrschende Klasse! —

Das englische Haftpflichtgesetz dürfte doch noch in der ursprünglichen, den Arbeitern günstigen Fassung angenommen werden, da das Unterhaus sämmtliche im Unternehmerinteresse vorgenommenen Abänderungen des Oberhauses abgelehnt hat. —

Aus Italien liegen heute Meldungen vor, aus denen sich ersehen läßt, daß die Regierung auch in Ober-Italien Militär gegen die Bevölkerung aufbieten muß. Einzelne Gemeinderäthe beugten, wie der „Voss. Ztg." telegraphirt wird, dem Ausbruche von Unruhen durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten vor. In Massa begannen die Kriegsgerichte ihre Thätigkeit. In Sizilien und Massa Carrara finden noch fortwährend Verhaftungen statt. —

Im Attentatsprozeß gegen die beiden Iwanow wurde, wie aus Sofia telegraphirt wird, heute das Urtheil gesprochen, es lautet gegen Luka Iwanow auf 15 Jahre schweren Kerker und gegen Stojan Iwanow auf 3 Jahre einfachen Kerker ohne Verlust der bürgerlichen Rechte. —

Aus Serbien liegen folgende Depeschen vor:

Belgrad, 30. Januar. Die radikale Partei beginnt bereits im ganzen Lande eine intensive, energische Aktion, namentlich werden die Arbeiter und die bäuerliche Bevölkerung aufgewiegelt. Infolgedessen fanden sowohl in Belgrad als auch in den Provinzialstädten neuerdings Arbeiterdemonstrationen statt.

Belgrad, 30. Januar. Der Staatsgerichtshof verweigert es wiederholt, trotz der Amnestie des Königs, sich aufzulösen, und will sich nur bis zur Wiedereröffnung der Skuptschina vertagen.

Belgrad, 30. Januar. Der Staatsgerichtshof wurde heute gezwungen, seine Thätigkeit einzustellen. Die Eingänge zum Gerichtsgebäude werden polizeilich bewacht. —

Parteinachrichten.

VI. Norwegischer Arbeiterkongreß in Skien. Der zweite Verhandlungstag wurde mit der Annahme einer Resolution in der Frage der Arbeiterversicherungen folgenden Wortlauts begonnen:

„Die Versammlung verlangt, daß der Staat eine von ihm garantirte Unterstützungseinrichtung schafft, bei der Jeder im Falle von Krankheit, Unfall, Invalidität oder Alter Anrecht auf Unterstützung hat."

Eine Diskussion über die Besserung der Lage der Landarbeiter und Instleute wurde durch eine dahinzielende Resolution zum Abschluß gebracht, daß der Staat an die Instleute und andere Arbeiter Land austheilen und freies, anbaubares Land ankaufen und gegen billiges Darlehen hergeben sollte.

Am Nachmittag desselben Tages wurde dann in der Unionsfrage folgende durch Einigung der Antragsteller aufgesetzte Resolution angenommen:

„Die Versammlung fordert: 1. daß Norwegens Selbständigkeit durch ein eigenes Ministerium des Auswärtigen und eigenes Konsulatswesen zum Ausdruck gebracht wird; 2. daß der Storthing (der norwegische Landtag) mit allen verfassungsmäßigen Mitteln seine Beschlüsse zur Beachtung und Durchführung zu bringen sucht, nicht zum mindesten auch in bezug auf die vielen auf der Tagesordnung stehenden Arbeiterfragen, deren Lösung durch den Unionsstreit verzögert wird. (Nach der norwegischen Verfassung wird ein Antrag nämlich auch gegen den Einspruch der Regierung zum Gesetz, sobald er in drei aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden vom Storthing angenommen wurde. Ausgenommen sind hiervon nur Verfassungsänderungen. Nun hat die Regierung aber wiederholt bereits mit Erfolg versucht, mißliebige Anträge als „Verfassungsänderungen" zu charakterisiren und dadurch zu verhindern, daß sie Gesetzeskraft erhielten, ein Spiel, wie es zur Zeit ja auch in Bayern getrieben wird.)

Besonders wichtig waren auf dem zweiten Kongreßtage noch die Beschlüsse, welche zur Frage des Schutzes der Vereinigungs-, Versammlungs- und Stimmfreiheit der Arbeiter gefaßt wurden und die dahin lauteten: „Wer in übergeordneter Stellung durch Verabschiedung oder durch Drohung mit einer solchen, durch Geschenke, Angebote, Versprechungen oder unnöthige Verweigerung von Urlaub oder Arbeitsfreiheit Eingriffe begeht in die politische Meinungsfreiheit der Arbeiter oder wer Untergeordnete zu beeinflussen oder an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte oder an der Theilnahme an gesellschaftlicher Thätigkeit und gesetzlichem Vereinsleben zu hindern sucht, wird mit Gefängniß oder Strafarbeit bestraft." (Das wäre so ein Gesetzesparagraph für unsere Herren von Stumm und Konsorten!)

Zum Schluß wurde die Steuerfrage in Behandlung genommen und nach einem Referate Rinde's auch in bezug hierauf eine Resolution angenommen, welche eine ständige allmälige Aufhebung der Zölle auf allgemeine Verbrauchsartikel verlangt und die weitere Einführung progressiver direkter Steuern.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Gen. Knösel, früherer verantwortlicher Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung", hat gestern seine vierwöchentliche Gefängnißstrafe, die er wegen angeblicher Beleidigung eines Freiberger Schutzmanns verwirkt hat, angetreten.

— Vor dem Landgericht zu Weimar wurde gestern der Schlosser Anton Messing wegen Beleidigung des Wachtmeisters Feller und des Schutzmanns Richter nach 3½stündiger Verhandlung zu einer Gefängnißstrafe von einem Monat verurtheilt. Das Vergehen soll in einer Arbeiterversammlung begangen worden sein. Messing hatte bei Besprechung über den Boykott einer Brauerei ungefähr folgendes geäußert: „Wir müssen den Boykott weiter führen. Wenn wir bedenken, wie Staatsanwalt und Polizei sich auf die Seite unserer Gegner gestellt haben. Es sind in dieser Sache schon Meineide geschworen worden; eine Anzeige wegen Meineid ist zwar vom Staatsanwalt zurückgewiesen worden, es ist aber noch ein Meineid geschworen worden, diese Anzeige wird hoffentlich nicht zurückgewiesen werden." Hierdurch fühlten sich der Wachtmeister Feller, sowie der Schutzmann Richter beleidigt, da gegen beide eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht worden war, die beide beschuldigte, in der Strafsache gegen den Tischler Franz Schmela wegen Beleidigung ihre Eidespflicht verletzt zu haben.

— In Pest wurde vor kurzem von der Polizei eine Versammlung slavischer Arbeiter aufgelöst, weil die Redner trotz des Verbots der Polizei fortfuhren, czechisch zu sprechen. In einem so vielsprachigen Staat, wie Oesterreich-Ungarn, sollte es doch zum mindesten gestattet sein, daß die Unterthanen sich in der Sprache verständigen können, die ihre Muttersprache ist. Und wenn die Behörden ein Interesse haben, zu wissen, was die Arbeiter verhandeln, dann sollen sie ihre Organe dazu veranlassen, das Dutzend Landessprachen zu erlernen, anstatt dies von dem Volke zu verlangen. Unsere Polizei aber wird neidisch auf die österreichisch-ungarische blicken, die durch das österreichische Sprachengewirr einen Auflösungsgrund mehr erhält als die deutsche.

Eingelaufene Druckschriften.

Immortellen. Sammlung ausgewählter Gedichte von Heinrich Heitmann. Berlin. Im Selbstverlag (Lothringerstr. 58, IV).

Zur Frage der unentgeltlichen Krankenpflege. Von Dr. med. G. Beck. Bern. Verlag von Schmid, Franke u. Co.

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Karl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.).

Die soeben erschienene Nr. 18 hat u. A. folgenden Inhalt: Nothstand und Sozialreform. Von Dr. Max Quarck. — Die Bauernaufstände in Sizilien. Von Universitätsprofessor Dr. G. Salvioli. — Agrarenquete in Bayern. — Zunahme der großen Einkommen in Sachsen. — Volkskredit in Frankreich. — Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in amerikanischen Städten. — Der gegenwärtige Stand der sozialistischen Arbeiterbewegung in Holland. Von Rechtsanwalt Dr. Emil Vandervelde. — Stimmrecht der Frauen bei der Wahl von Handelsrichtern in Frankreich. — Rechtsschutzverein für Frauen in Zürich. — Wahl einer Frau zum Bürgermeister. — Die Lungentuberkulose der Tischler.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Brüssel, 30. Januar. Infolge der in den letzten Tagen an der hiesigen Universität vorgekommenen Zwischenfälle, welche durch das Verbot der Vorlesungen Elysée Reclus' über Geographie hervorgerufen waren, begingen heute einige Studirende Ausschreitungen gegen den Prorektor van der Kindere. Letzterer ließ infolge dessen sämmtliche Vorlesungen an der Universität bis auf weiteres aufheben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 31. Januar.

Opernhaus. Mara. Bajazzi. Slavische Brautwerbung.
Schauspielhaus. Faust.
Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Don Carlos.
Berliner Theater. Das Recht auf Glück.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Lieutenant zur See.
Residenz-Theater. Lolotte. Der Mustergatte.
Neues Theater. Gisela.
Central-Theater. Herr Coulisset. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Die Grille.
National-Theater. Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novitäten! **Novitäten!**

Charley's Tante.
Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse.
Regie: Max Samst.
Musik von Adolph Wiedecke.
Vorher:
Der Teufel in Berlin.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedecke. Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.

Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen **Franziska Elser.**
Die Bombe, Aftervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs" **Josephine Delelisseur.**
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit . . . . . **Martin Bendix.**
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe"
von **Martin Bendix.**
Auftr. sämmtl. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6½ Uhr.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Zum 4. Male:
Herr Coulisset.
Schwank in 3 Akten v. Blum u. Toché.
Hierauf zum 39. Male: **Berlin 1893.**
Revue in 2 Abth. von L. Leipziger.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
Neu! Neu! Neu!
Ein Stiergefecht in Cadix.
Große Ausstattungs-Parodie.
Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns **Hermandos Beiso** und sämmtlichem Theater-Personal.
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Neu!
Echt Berliner Blut.
Posse mit Gesang und Tanz.
Neues Riesen-Programm.
Wochentags 15 Pfg. Entree.
R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Aelt. u. größt. Etablissem. Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.
National-Konzert
D. Obenlandler
in National-Tracht
und **Auftreten** von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler.
Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verloost wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

„Sanssouci",

Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 1. Februar cr.:

Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Großes Ult-Programm
Zum Schluß neu (höchster Lacherfolg):
Eine Soiree bei Lehmann's.
Gr. parodistisches Ensemble von Meysel.
Freitag: **Viktoria-Brauerei.**

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederspiel von R. Linderer.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Mittwoch, den 31. Januar cr., Abends 7½ Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung.
Besonders hervorzuheben: **3 Etagen-Riesen-Carousseel mit 25 Pferden,** Original-Dressur des Herrn **Max Schumann. Paul und William,** vorzügliche musikalische Klowns. **Mr. Eugen Lecusson** als Pironett- und Saltomortal-Reiter. **Grand Batonde americain,** Salto- und Doppel-Saltomortale über eine Anzahl Pferde. **Mr. Ricobono,** Jockey-Reiter. Auftreten des beliebten Klown **Little Fred** mit seiner Menagerie. **„Jushof",** arabischer Fuchshengst, in Freiheit vorgeführt von Herrn **Max Schumann.** etc. etc.
Zum Schluß der Vorstellung:
Die Fuchsjagd bei Bolton.
Genrebild in 2 Abtheilungen.
Arrangirt vom Direktor **G. Schumann,** in Szene gesetzt vom Balletmeister Hrn. **R. Riegel.** An der Jagd nehmen 40 Damen und Herren Theil. Balleteinlage: **La Postillone-Mazurka,** getanzt vom **Corps de ballet.**
Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
Hochachtungsvoll und ergebenst
G. Schumann, Direktor.

Stempel Vereins-Abzeichen 2c. **H. Guttmann, Brunnenstr. 9.**

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen hocherfreut an.
1534b **Wilhelm Knappe** nebst Frau.
Moabit, Gerhardstr. 6.

Danksagung.
Allen Freunden u. Bekannten, sowie den Mitgliedern des fünften Wahlvereins sage ich hierdurch meinen besten Dank für die Betheiligung an der Beerdigung meines Mannes. 1538b
Ww. **Spann,** Mulackstr. 9.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege **Heinrich Kühn** am Sonnabend, den 27. d. M., an der Proletarierkrankheit sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 31. d. M., Nachmittag 2½ Uhr, vom Städtischen Krankenhaus Friedrichshain aus nach dem St. Georgenkirchhof statt.
Die Arbeiter der Maschinenfabrik von G. Kärger. 1587b

Schöneberg.
Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 29. Januar, das Mitglied **Fritz Malmo** verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar, Nachmittags 3½ Uhr, auf dem neuen Schöneberger Kirchhof statt. 571/4

Zentralverein deutsch. Böttcher.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß der Kollege 113/4
Hermann Pätzold
(Vereinsbrauerei) nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 1. Februar, Nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle in Britz (Emmaus-Kapelle) statt. — Um zahlreiche Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

Am 28. d. M. verschied der Former
Alb. Rietof
im Alter von 34 Jahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachm. 2 Uhr vom Urban aus statt. Um rege Betheiligung bitten 1539b
Mehrere Kollegen.

Todes-Anzeige.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 29. d. M. meine liebe Frau
Klara Müller 1541b
geb. Werder. Die Beerdigung findet Donnerstag Nachm. 3¾ Uhr vom neuen Kirchhof Fürstenbrunner Weg statt.
Otto Müller, Charlottenburg.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann **August Kusche** nach kurzem, aber schwerem Leiden am 28. Jan. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Febr., Nachm. 3 Uhr, vom Urban aus nach dem neuen Jakobi-Kirchhof statt. 1535b
Die tiefbetrübte Wittwe Anna Kusche.

Mittwoch, den 24. d. M., verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger u. Großvater, der Fuhrherr
August Schilk 1533b
im 54. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. d. M., Nachm. 4 Uhr, von der Kapelle des neuen Jakobi-Kirchhofes in Britz statt.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied 298/7
August Kutning
am Montag, den 29. Januar, verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Februar, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Rixdorf aus statt.
Zu zahlreicher Theilnahme wird hiermit eingeladen.
Der Vorstand der Maschinisten und Heizer Berlins.

Rixdorf Wiersing's Restaurant.

Knesebeckstr. 77.
Grosse geräumige Lokalitäten.
Gute Speisen u. Getränke. Kaffeeküche.
Jeden Sonntag: **Familienball.**
Für große Gesellschaften von Begräbnissen, Parthien 2c. ganz besonders empfohlen.

Unentgeltliche Krankenberathung nach den Grundsätzen der Naturheilkunde durch approb. Arzt jeden Mittwoch und Sonnabend Abends ½6 bis ½7 Uhr in der Poliklinik Sebastianstraße 27/28, part. 1532b

Achtung! Waffen-Arbeiter! Achtung!

Im unterzeichneten Verlage ist erschienen und durch alle Partei-Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen:
Die Lage der deutschen Waffen-Arbeiter
unter spezieller Berücksichtigung der 5545L*
Berliner Verhältnisse
von
Friedrich Hofmann.
Preis 40 Pf. **Preis 40 Pf.**
Inhalt: **1. Die Arbeitsverhältnisse in den königlichen Betrieben. 2. Die Arbeitsverhältnisse in den Privatbetrieben.**
Direkt zu beziehen durch die Verlags-Buchhandlung
M. Schrinner,
Berlin N, Brunnenstrasse 164.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.

Heute, Mittwoch, den 31. Januar, Abends 8½ Uhr:
Bezirks-Versammlung für Moabit
im gr. Saale der **Kronenbrauerei,** Alt-Moabit 47—48.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Räther.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen der Firmen **Siemens & Halske** und **Löwe & Co.** sind hierzu besonders eingeladen. 231/8
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Kupferschmiede Achtung!
Berlins und Umgegend.
Große öffentliche Versammlung
am **Sonnabend,** den 3. Februar, Abends 9 Uhr, bei **Feindt,** Weinstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Der Einfluß der deutschen Zollpolitik auf das Kupferschmiede-Gewerbe. Referent Reichstags-Abgeordneter **E. Wurm.** 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten der Berliner Gewerkschaftskommission; Wahl desselben und Wahl eines Stellvertreters. 4. Bericht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts. 5. Verschiedenes. 1586b
Gäste haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Einsetzer (Tischler) Berlins u. Umg.
Außerordentliche General-Versammlung
am Sonntag, 4. Februar, Vm. 10½ Uhr, Neue Friedrichr. 44.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsanträge. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.
Kollegen, die noch Billets vom Stiftungsfest haben, werden ersucht, dieselben in der Versammlung abzugeben. 146/2
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher.
Oeffentliche Versammlung für die Mitglieder
am Mittwoch, den 31. d. M., in den Arminhallen,
Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Erledigung der Beschuldigung von Jaensch gegen Niederauer 2. Anträge zur nächsten Generalversammlung. 3. Stellungnahme zur Zentralisation der Ortskassen. 464/3
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Buchhandlung des „Vorwärts"
Berlin SW, Beuthstrasse 2.

Soeben ist erschienen:
Sozialdemokratie und Antisemitismus.
Von
A. Bebel.
Preis 20 Pf. Wiederverkäufer hohen Rabatt.
(Bei Einzelbestellungen bitten wir 3 Pf. für Porto beizulegen.)

Die höchst zeitgemäße und von Seiten der Genossen längst erwartete Schrift empfehlen wir zur Massenverbreitung angelegentlich.

Boltz' Festsäle, S. vormals G. Feuerstein Alte Jakobstrasse 75,
Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Amt I, 1082

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Mittwoch, den 31. Januar cr.:
Abends 7¼ Uhr:
Ein Künstlerfest.
Vollständig neue Ausstattung. Neue Einlagen. Ueberraschende Wasser- und Lichteffekte. Die kleinste Solotänzerin der Welt.
Außerdem: **6 englische Springpferde,** vorgeführt v. Herrn **R. Renz.** Das Schulpferd **Prinz,** geritten von Herrn **R. Renz. Colmar,** in der hohen Schule geritten v. Frl. **Oceana Renz. Pas de deux,** geritten von **Miss Rose** und **Mr. Franconi.** Die weltberühmten Akrobaten **Gebr. Frediani.** Geschw. **Hoffmann** am schwebenden Trapez. Der musikalische Klown **Hermann** mit seinem Sohne, dem kleinsten Klown der Welt 2c.
Preise wie gewöhnlich.
Der Circus ist gut geheizt.
Donnerstag: Ein Künstlerfest.
Fr. Renz, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.
Moritz-Platz. Moritz-Platz.
Täglich: **Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**
Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Neu: Kehlkopftuberkulose, Kehlkopfpolyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten.
Schußkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 25. Mittwoch, den 31. Januar 1894. 11. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 30. Januar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, Graf von Posadowsky.

Die erste Lesung der Reichs-Finanz-Reform-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. **Richter**: Es gereicht mir zur Genugthuung, daß das süße Flötenspiel des Finanzministers nicht vermocht hat, die Herren vom Zentrum hinter sich her in den Berg der Reichs-Finanzreform zu locken. Herr Miquel hat sich gestern freilich noch mit großer Emphase auf die öffentliche Meinung berufen. Mir ist aber keine Versammlung, kein Verein, kein Parlament bekannt, wo auch nur die kleinste Resolution zu gunsten dieser Vorlage angenommen worden wäre. Herr von Maltzahn ist gescheitert an der Aufgabe, 50 Millionen zu beschaffen; Herr Miquel hat geglaubt, es werde vielleicht eher gehen, wenn man das Doppelte fordert und gleichzeitig diese Forderung in den großen Mantel einer weitschichtigen Finanzreform einhüllt. Das Volk weiß sehr wenig von dem Betrage der Matrikularbeiträge und der Ueberweisung; es weiß aber sehr wohl, welche Lasten die vorgeschlagenen Steuern ihm zumuthen; es macht sich also nicht gar viel daraus, ob die Einzelstaaten dem Reich zuzahlen müssen oder umgekehrt, aber es beurtheilt die Wirkung der neuen Steuern und gerade durch diese wird der Reichsgedanke Abbruch erleiden.

Das Defizit in Preußen hat gar keine wirkliche Bedeutung, weil daneben der Betrag des Mehraufkommens an Einkommensteuer steht, welcher gesondert erhoben und gesondert kapitalisirt wird. Im Etat sind außerdem nicht weniger als 38 Millionen enthalten, welche zur Aufbesserung des werbenden Vermögens des Staates dienen; mit diesen beiden Posten verschwindet das rechnungsmäßige Defizit von 70 Millionen und es tritt ein Ueberschuß von 9 Millionen an seine Stelle. Es ist nicht mehr möglich, die indirekten Steuern noch weiter anzuspannen; daher der Widerstand gegen die Tabaksteuer, daher die mit Recht von Herrn Lieber angezogenen Proteste des Abg. Windthorst gegen eine Ueberlastung des Volkes mit indirekten Steuern. Die Steuern, über welche das Reich verfügt, treffen vorzugsweise die minderbegüterten Klassen, und die Hauptausgaben des Reiches sind solche für Militär und Marine. Für Militär und Marine aber tragen die minder Begüterten auch schon die schwere persönliche Last, und um so ungerechter ist es, gerade die indirekten Steuern, welche ebenfalls von diesen Klassen getragen werden, noch zu erhöhen. Die bemittelten Klassen empfinden die stärkere Belastung durch die Militärvorlage nicht so sehr, sonst würden sie sich gegen diese Steuerforderung ganz beträchtlich kritischer verhalten (Sehr richtig! links.). Im Namen der Einzelstaaten hat man immer die neuen Reichssteuern eingeführt, nachher aber hat man den Ertrag den Einzelstaaten entzogen und dem Reiche zugeführt und zwar in Form der Erhöhung der Matrikularbeiträge. Für die 5 Jahre, die hier in Aussicht genommen sind, könnten ja die Einzelstaaten das Geld behalten; aber wenn 1899 wieder eine neue Heeresverstärkung eintreten sollte, dann würde doch vor diesem Gesetz nicht salutirend vorübergegangen, sondern die Dotation, seien es 40, seien es 20 Millionen, würden zur Deckung eingeschoben werden. Die 40 Millionen sollen die Einzelstaaten ja auch nicht umsonst erhalten; sie sollen ja dafür auf die Rechnungsüberschüsse verzichten, welche im Reiche sich ergeben, also sie sollen verzichten auf alle natürlichen Mehreinnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern, die sich sanft für sie aus der Franckenstein'schen Klausel ergeben. Diese Vermehrung ist ja auf 114 Mill. von Herrn v. Maltzahn selbst geschätzt worden, und diese Thatsache ist Ihnen jetzt sehr unbequem; es gehen blos 38 Millionen ab, welche auf vermehrte Ausgaben kommen; es bleiben also 76 Millionen. Ueber diese Zahlen geht man jetzt immer eilig hinweg und stellt sie als möglichst unsicher und problematisch hin. Andererseits wird der Zustand der Finanzgebahrung der Einzelstaaten, die Schwierigkeit der Balanzirung, ganz außerordentlich übertrieben. Diese Schwierigkeiten sind hauptsächlich in besonderen Gesetzen begründet, indem man immer neue Gesetze machte und die Einnahmen erhöhte. Die Gesetzgebung ist also die Ursache dieser Unsicherheit, und gegen künftige Gesetze kann man nicht im voraus vorbeugende Gesetze machen. Aber eine Störung der Etats der Einzelstaaten durch nachträgliche Bewilligungen ist niemals eingetreten; es stehen doch nachträgliche Erhöhung der Matrikularbeiträge und nachträgliche Ueberweisung in einem festen Zusammenhang.

Herr Miquel sagt, die Vorlage ist nothwendig, das müßten die Finanzminister besser wissen, und die Finanzminister seien einig. Wir haben schon recht oft solchen einstimmigen Voten der Minister der sämmtlichen deutschen Staaten gegenüber gestanden: Noch vor kurzem waren sämmtliche Generale über die Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit, sämmtliche Polizeiminister über die Nothwendigkeit des Sozialistengesetzes einig. Auch 1879 waren die Finanzminister darin einig, daß neue Steuern zur Abführung von Ueberschüssen an die Einzelstaaten nothwendig seien. Gestern freilich hat Herr Miquel in dieser Beziehung seine Vorgänger desavouirt, indem er diese Nothwendigkeit in Zweifel zog. Daß die Finanzminister einig sind, kann uns doch nicht überraschen. Sie stehen lieber zusammen hier vor dem Reichstag als daheim jeder einzelne vor seinem Landtage; andererseits wird ihnen unheimlich vor den Forderungen des Militärs und der Marine, sie weichen dem lieber aus und opfern lieber dem Moloch des Militarismus, als daß sie dem Kriegs- und Marineminister gegenüber Tapferkeit beweisen. Wir aber brauchen die Herren hier, wir wollen sie interessirt erhalten an der Gestaltung der Reichsfinanzen, wir wollen ihnen nicht den Automaten geben, den man einfach aufzieht und dann 5 Jahre lang abschnurren läßt, ohne sich um Reich, Reichstag und Reichsfinanzen während dieser Zeit kümmern zu brauchen. Entscheidend gegen die Vorlage fällt das Reichsinteresse in die Waagschale! Graf Posadowsky hält die Ausgaben für das Entscheidende, die Einnahme sei nur Kalkulaturarbeit. Welche sonderbare Vorstellung aus der Studirstube! Es kommt nicht blos auf die Nothwendigkeit der Ausgaben, sondern auf den Grad der Nothwendigkeit, daneben auch der Nützlichkeit und Entbehrlichkeit an. In jedem Falle muß geprüft werden, ob es zweckmäßiger ist, eine Ausgabe abzusetzen, oder eine Einnahme zu erhöhen. So haben wir z. B. gestern die Einnahme im Post-Etat in der Budgetkommission um 3½ Millionen erhöht. Wir wollen auch gerade vermeiden, daß man immer gern mehr ausgiebt, wenn man immer Mittel zur Hand hat. Deshalb ist in Preußen die Kontrolle der Ausgaben so unwirksam, weil eine Verminderung der Einnahmen nicht erreicht werden kann, da nach der Verfassung die bestehenden Einnahmen forterhoben werden.

Eine sparsame Wirthschaft ist am leichtesten bei knappen Mitteln möglich, wie es vor 1879 der Fall war. Der schlechteste Weg, dahin wieder zurück zu gelangen, wäre die Bewilligung von so viel neuen Steuern, um auf Jahre hinaus aus dem Vollen wirthschaften zu können. Was die Vorlage wegen der Schuldentilgung vorsieht, ist ein leerer Formalismus, eine Spielerei, die wohl zu täuschen geeignet ist, aber keinen praktischen Zweck hat. Nicht ein Antrieb zu sparsamer Wirthschaft, sondern ein Antrieb leichtsinnig Schulden zu machen, kann in dieser Formel liegen. Es wird ja hier auch keine Verpflichtung dem Gläubiger gegenüber ausgesprochen, das Reich soll sich selbst gegenüber zur Schuldentilgung verpflichten, ohne daß es sich doch verpflichtet, keine neuen Schulden mehr zu machen, das alles ist doch also nur ein Spiel. Wir haben ein Interesse daran, über den Ueberschuß des vorhergehenden Jahres zu disponiren; das soll jetzt wegfallen, weil der Ueberschuß von selbst in den Fonds fließen würde; unsere freie Bewegung in der Deckung von Defizits würde in derselben Weise vinkulirt. Schon jetzt ist der Etat recht unverständlich; durch das Gesetz wird er so undurchsichtig, daß keiner außer den wenigen Kundigen ihn noch versteht. Ein leicht verständlicher Etat gehört aber zum Wesen des Konstitutionalismus. Das doppelte Leck des Reichsschiffes sind nicht die steigenden Schulden und die steigenden Matrikularbeiträge, die Quellen sind die fortgesetzte Steigerung des Militär- und Marine-Etats. (Sehr richtig! links.) Dieses doppelte Leck stopfen Sie nicht durch das Löschpapier dieses Gesetzes. (Heiterkeit.) Dazu gehört, daß man die Nothwendigkeit der Heeres- und Marineverstärkungen kritischer untersucht als bisher; diese Rücksichtnahme werden wir nicht durch Annahme dieses Gesetzes erzwingen, sondern nur durch dessen Verwerfung. (Beifall links.)

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Im Reichstage scheint es nachgerade unmöglich zu werden, überhaupt irgend eine neue Steuer durchzubringen; ob das der Zustand ist, der dem deutschen Volke der erwünschte ist, lasse ich dahin gestellt.

Wenn jetzt in Preußen wirklich Zuschläge zur Einkommensteuer gemacht werden müssen, wenn nichts im Reiche bewilligt wird, so kann die Landwirthschaft das aushalten; denn die meisten Landwirthe sind überhaupt nicht mehr in der Lage, Einkommensteuer zu zahlen (Sehr richtig! rechts), aber ob die Freunde der Herren links im Lande damit einverstanden sein werden, ist eine andere Frage. Dabei haben die Herren Freisinnigen doch auch die Militärlasten steigern helfen, sind also an der Mehrbelastung keineswegs unschuldig. (Widerspruch des Abg. Richter.) Ich habe doch selbst mit Ihnen in der Kommission gesessen und weiß, wie hoch ihr Angebot war. (Zustimmung rechts; erneuter Widerspruch links.)

Abg. **Schippel** (Soz.): Es handelt sich gar nicht um die letztere Alternative. Es handelt sich in Wirklichkeit um den Kampf gegen die Konsumsteuern zahlenden Klassen und zugleich um das Budgetrecht des Reichstages. Hätten wir ein volles Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages, dann wäre ein derartiges Gesetz überhaupt nicht möglich. Ein wirkliches Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages wäre erreicht worden, wenn der Kaffee- und Salzzoll beweglich gemacht worden wäre. Da dies nicht zu erreichen war, wurde die Franckenstein'sche Klausel beschlossen und damit hatte der Reichstag bei seinem beschnittenen Einnahmebewilligungsrecht eine gewisse konstitutionelle Garantie. Nun hat die Periode der Ueberschüsse der Periode der Defizits Platz gemacht, und diese Perioden, wo man neue Steuern bewilligen muß, sind nach alter parlamentarischer Erfahrung diejenigen, wo der parlamentarische Einfluß erweitert werden kann. Was aber geschieht, wenn dies Gesetz Annahme findet? Der Entwurf hält nicht einmal das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstags, wie wir es nach der Franckenstein'schen Klausel haben, aufrecht. Im Gegentheil, die Vorlage will diese Gelegenheit gerade benützen, das Etatsrecht des Reichstages auf 5 Jahre ganz erheblich einzuschränken. Der bewegliche Faktor, von dem der preußische Finanzminister sprach, ist beweglich nur nach oben, nicht nach unten. Es handelt sich hier nicht um einen Kampf des Partikularismus gegen das Reich, der Einzelstaaten gegen das Reich, sondern um einen Kampf der Zahler indirekter Steuern gegen diejenigen, die zur direkten Steuer herangezogen werden. Hätten wir den Ueberschuß an indirekten Steuern nicht, so müßten wir im Reich entweder eine direkte Steuer schaffen oder Zuschläge auf die direkten Steuern der Einzelstaaten legen. Das würde wohl die Unzufriedenheit der besitzenden Klassen erregen, aber diese sind doch nicht die Einzelstaaten. Im übrigen ist es überflüssig, über eine solche Vorlage noch lang und breit zu reden. Sie braucht nicht mehr todt geredet zu werden. Wir wünschen nur, daß, wenn sie begraben wird, sie niemals wieder eine Auferstehung feiert. Darum sargen wir sie eilig ein und versammeln wir sie auf dem großen Friedhofe zu der großen Familie der todten Entwürfe, die der gegenwärtige Finanzminister vorgelegt hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Hammacher** (ntl.): Wir erblicken in der Vorlage eine unbedingte politische Nothwendigkeit.

Abg. **Förster**-Neu-Stettin (Antisemit): Nach dem, was bisher feststeht, wird aus den neuen Steuern kaum so viel herauskommen, um die Mehrkosten für die Heeresverstärkung herauszuschlagen. Unsere Steuervorschläge sind in der Debatte wenig berührt worden. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die Börsensteuer sehr viel einträglicher gestaltet werden kann, daß man eine scharfe Tantiemen- und Luxussteuer einführt, daß man überhaupt andere Steuerquellen anbohrt, als diejenigen, welche die Regierung vorschlägt. In der Hauptsache wird allerdings das Reich seine Ausgaben auf dem Wege der indirekten Besteuerung zu decken haben. An sich ist uns auch nicht bedenklich, daß die Einzelstaaten Kostgänger des Reiches bleiben sollen; wir halten es aber nicht für nöthig, wenn man unseren Vorschlägen gemäß die hohen Vermögen, die Börsenumsätze, die Befreiung von der militärischen Dienstpflicht mit kräftigen Steuern belegt. Die höchsten Vermögen müssen über 4 pCt. mit 5, 6, 7 pCt. herangezogen werden. Wäre das wirklich eine Vermögenskonfiskation, um so besser (Heiterkeit); denn diese ungeheuren Vermögen haben keine volkswirthschaftliche Berechtigung. Aber so schlimm ist es ja damit garnicht. Dem Reiche bliebe als Haupteinnahmequelle die Börse, die haute finance, ferner die Dividenden- und Gewinnantheil-Steuer. Für eine Inseratensteuer sind wir nicht, wohl aber wären wir für ein Inseratenmonopol. Würden uns die Einnahmen aus diesen Quellen zu Gebote stehen, so würden wir auch vor dem, was die Vorlage will, nicht zurückschrecken. Zu den neuen Steuerprojekten will ich wenigstens dasjenige einer Papiersteuer beisteuern, die bei uns von vielen Seiten angeregt ist. Eine Steuer muß mindestens beweglich gemacht werden, um das Budgetrecht des Reichstags zu gewährleisten; ferner muß endlich die Schuldentilgung im Reiche in Angriff genommen werden. Wir wollen auf diesem Weg eintreten für die Bedürfnisse des Reiches, aber wir fordern zugleich die Berücksichtigung der Vorschläge, welche wir bezüglich der Steuern gemacht haben. Damit werden wir am besten den Versprechungen, die wir den Wählern gemacht haben und dem Vertrauen auf die Versprechungen gerecht, die uns die verbündeten Regierungen durch den Mund des Reichskanzlers gemacht haben.

Abg. **Bachem** (Z.): Der Minister Miquel hat angekündigt, daß die Vorlage immer wiederkehren würde, bis sie angenommen sei. Dem gegenüber erkläre ich nochmals für unsere Partei, daß wir die Franckenstein'sche Klausel, die damit eingeleitete Politik vertheidigen uns uns jedem Versuch der Beseitigung als entschlossene Gegner entgegensetzen werden. Für einen Einzellandtag ist es ja ungeheuer leicht, eine solche Vorlage zu befürworten, da sie von derselben lediglich Vortheile haben würden, nämlich eine feste Rente ohne eine Spur von der Verantwortlichkeit derjenigen Stelle, welche diese Rente fließen macht. Der Einzellandtag würde den Vortheil, der Reichstag das Odium haben. (Sehr richtig!)

Woher kommt denn die Nothlage der Einzelstaaten? Doch nur von den großen Militärausgaben, welche die Mehrüberweisungen vollständig aufgezehrt haben. Warum wurde diese Nothlage nicht mit der Emphase betont, als die Militärvorlage dem Reichstage zugemuthet wurde? Damals aber ließen der Finanzminister und der Reichsschatzsekretär sich nicht sehen; heute sind sie da, während der Reichskanzler für eine halbe Stunde herkommt, ohne sich an der Debatte zu betheiligen, und so thut, als ob die Beschaffung der Deckung für diese schwere auf seine Autorität durchgesetzte Mehrbelastung ihn nichts anginge. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Es besteht hier eine Mehrheit, welche bereit ist, die eigenen Einnahmen des Reiches um 30—35 Mill. zu erhöhen. Ist diese Vermehrung etwa keine wesentliche! Die Frage ist also nur die, ob die vorausgesagte Kalamität eintritt, wenn nicht mehr als diese 35 Millionen bewilligt wird. Man hat schon darauf hingewiesen, daß am Etat erhebliche Abstriche gemacht werden können und müssen, wodurch wenigstens der Ueberschuß der Matrikularbeiträge gegen die Ueberweisungen weggeschafft werden könnte und der Etat in Balance ohne thatsächliche Zahlung von Matrikularbeiträgen gebracht werden würde. Wir wissen ferner, daß die zukünftige Gestaltung der Reichseinnahmen erheblich günstiger sein wird; Herr v. Maltzahn berechnete, daß das Mehr der eigenen Einnahmen des Reiches in der fünfjährigen Periode bis 1899 um 24 Millionen steigen würde. Die Schwierigkeit der Balanzirung der Etats der Einzelstaaten wird durch diese Momente doch ganz erheblich herabgemindert. Was nützt uns übrigens ein erträgliches Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten, wenn es erkauft werden soll durch neue Steuern, welche weite Volkskreise als unerträglich zurückweisen? (Sehr wahr! links.) Aus schwerwiegenden sozialpolitischen Erwägungen haben wir uns entschlossen, diese Steuern abzulehnen. Es handelt sich also nicht um bereite Mittel, sondern diese könnten nur gewonnen werden aus Steuern, welche gleichzeitig keine Aussicht haben, durchzudringen. Die indirekten Steuern sind von 1872 bis heute von 240 auf 680 Millionen gestiegen (Hört! hört!) und übersteigen jetzt die Summe aller direkten Steuern in sämmtlichen Einzelstaaten. (Widerspruch.) Für Preußen wenigstens kann diese Behauptung mit Sicherheit aufgestellt werden, und dann gilt sie auch für die anderen Staaten. Wir können also nicht neue indirekte Steuern im Reiche machen, so lange nicht die direkten entsprechend in den Einzelstaaten durchgängig ausgebildet worden sind. Die Besteuerung der breiten Volksmassen durch indirekte Steuern muß doch im richtigen Verhältniß zur Besteuerung der mittleren und oberen Klassen durch die direkte Steuern stehen. Ich lehne es ab, neue indirekte Steuern zu dem Zwecke zu bewilligen, Erhöhungen der direkten Steuern in den Einzelstaaten zu vermeiden. Wir werden im Gegentheil im preußischen Abgeordnetenhause als unsere Pflicht anerkennen, dem preußischen Finanzminister in dieser Beziehung entgegenzukommen. Erfreulicherweise schreckt ja auch die Landwirthschaft nach dem Zeugniß des Herrn v. Kardorff nicht vor einer Erhöhung der direkten Steuern zurück; ich nehme an, daß Herr v. Kardorff in diesem Falle die gesammte Landwirthschaft vertreten hat. Für die finanzielle Kalamität, die sich aus der Bewilligung der Militärvorlage ergiebt, lehnen wir jede Verantwortung ab. Warum hat man diese düstere Schilderung nicht im Bundesrath vorgetragen, als es sich um die Heeresverstärkung handelte? Aus keinem anderen Grund haben doch wir die Vorlage abgelehnt, als weil wir die Finanzen des Reichs als so ungünstig ansahen, wie sie jetzt auch von den Finanzministern angesehen werden. Die Ausbildung der indirekten Steuern in den übrigen europäischen Ländern wird uns immer als Vorbild hingestellt. Die Verhältnisse dieser Länder sind finanziell und sozialpolitisch nicht derart, daß wir sie auf unser Vaterland übertragen zu sehen wünschen könnten. Es ist Zeit, Halt zu machen auf dem Gebiete der indirekten Steuern, auf dem Gebiet des Militär- und Marine-Etats! In diesem Kampf wünschen wir die Hilfe der Finanzminister der Einzelstaaten nicht zu entbehren. Wenn erst in den Einzellandtagen die Vermehrung der direkten Steuern von Ihnen angeregt werden muß, wird man Ihnen doch endlich energischer zu Leibe gehen und Ihnen vorhalten: Warum habt Ihr uns nicht die Steigerung der Militär- und Marinelasten erspart? In diesem Sinne kann ich nicht wünschen, die Unterstützung der Finanzminister der Einzellandtage zu entbehren. Dann erst wird die Aera der Sparsamkeit wirklich Thatsache werden. Die Finanzreform soll auf 5 Jahre erfolgen, die neuen Steuern sollen dauernd sein. Gedenkt man etwa, die neuen Steuern nach 5 Jahren wieder abzuschaffen? das ist doch nicht gemeint! Mit einer solchen Reform wäre also so wie so nichts anzufangen; soll sie erfolgen, so muß sie in Formen erfolgen, die die Gewähr der Dauer in sich tragen. Der Ausgleichungsfonds würde sehr bald seiner eigenthümlichen Bedeutung entzogen werden. Wenn wir aber schon Geld haben, ist es doch vorzuziehen, daß es in den Einzelstaaten angelegt, als daß es in den Spartopf des Reiches gelegt wird. Nimmt der Reichstag die Vorlage an, dann wird das Reich alle seine späteren Bedürfnisse aus indirekten Steuern zu decken haben, und wie schwer wird es schon jetzt, die Erweiterung der indirekten Steuern durchzusetzen!

Preußischer Finanzminister **Miquel**: Herr Bachem will doch auch direkte Reichssteuern, wenn er die indirekten nicht will; zugleich weist er die gesteigerten Bedürfnisse der Einzelstaaten auf Zuschläge zu den direkten Steuern an. Wo bleibt da die Fürsorge für die Einzelstaaten, welche die Herren vom Zentrum sonst so pflegsam und förderlich ins Auge gefaßt haben? Die Steigerung der Matrikularumlagen zieht die Aermeren stärker heran, die Reicheren geringer; bei den Ueberweisungen ist es umgekehrt. Herr Bachem meint, es würde so viel an indirekten Steuern noch bewilligt, daß 30—35 Millionen herauskommen, und andererseits will er 15 Millionen am Etat streichen, so daß damit die Gelder für die Militärvorlage herauskommen würden. Ich glaube nicht daran, daß 15 Millionen gestrichen werden können; aber die Herren haben ja schon den Weg beschritten, der noch in keinem Parlament beschritten ist, nämlich die Einnahmen zu erhöhen. Sie haben einfach die Voranschläge der Postverwaltung verworfen und einige Millionen mehr in den Etat gesetzt; auf solche Weise mache ich mich auch anheischig, den Etat zu balanciren (Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen). Schon jetzt übersteigen die Matrikularbeiträge die Ueberweisungen um 53 Millionen. Die Militärvorlage wird 60 Millionen jährlich dauernd erfordern. Auch der Reichstag und die Landtage haben oft und stark auf Mehrausgaben gedrängt, daß die indirekten Steuern die untern, die direkten die oberen mehr belasten, ein Satz, den ich schon früher bestritten habe und heute wieder bestreiten muß. Die indirekten Steuern sind heute viel gleichmäßiger vertheilt als die direkten (Widerspruch links) — ja wohl, Herr Richter, studiren Sie doch Nationalökonomie! (Unruhe links.) Mit einem solchen Schibboleth kommt man also nicht weiter. In einem Einheitsstaate würde sich eine andere Vertheilung der Lasten allerdings empfohlen haben; wir haben aber eben keinen Einheitsstaat; in unserem deutschen Föderationsstaate können wir nach einheitlichen „steuertechnischen Grundsätze

nicht verfahren. Schwankende Ueberweisungen wie die lex Huene in Preußen sind ein Unglück für die Führung einer ordnungsmäßigen Finanzverwaltung. Wenn es schon bei den Einnahmen bedenklich ist, um wie viel bedenklicher für die Leistungen, für die Matrikularumlagen! Die Einzelstaaten würden dabei schließlich völlig mediatisirt. Wenn Sie ruhig diese Entwickelung überlegen, können Sie bei Ihren ablehnenden Vorschlägen nicht stehen bleiben. Eine Ueberspannung der indirekten Steuern bei uns kann ich nicht zugeben, wenn auch in den letzten Jahren dieselben ganz außerordentlich in Anspruch genommen worden sind. Und eine außerordentliche Steigerung der direkten Steuern ist in zahlreichen Staaten, namentlich in Preußen, nebenher gegangen. Die Steigerung der Ausgaben ist allerdings zum Theil eine Folge der gründlichen Umgestaltung unseres Heerwesens; in dieser Beziehung haben wir denn doch wohl dieksmal zunächst ein Ende erreicht (Lachen links). Die Budgets der Einzelstaaten sind überall sehr viel ungünstiger geworden; wir hören das jetzt von Elsaß, selbst von einem der reichsten deutschen Staaten, von Braunschweig; es handelt sich also nicht bloß um Preußen. Preußen besitzt ja naturgemäß eine größere Elastizität als die anderen Staaten, sich aus der Schwierigkeit herauszuwickeln, welche die Weigerung mit sich bringt. Preußen würde diese Schwierigkeit überwinden; wo aber bleiben die vielen anderen kleinen deutschen Staaten, denen diese Elastizität nicht zu Gebote steht? Außerdem steht fest, daß, wie in allen Großstaaten, auch bei uns die Ausgaben stärker und rascher anwachsen, als die Einnahmen. Es ist also besser, erst Erfahrungen zu sammeln, erst das Gesetz auf fünf Jahre zu erlassen und auf grund der Erfahrungen nachher eine dauernde Auseinandersetzung herbeizuführen. Die heutige Finanzpolitik muß auf die Dauer in die Brüche gehen. Die Einnahmen auch aus Steuern sind den gesteigerten Ausgaben nicht nachgekommen. Sie bewilligen also keine Steuern auf Vorrath, wenn Sie die Vorlage annehmen, davon sind Sie und wir außerordentlich weit entfernt.

Hierauf wird Vertagung beschlossen.

Abg. **Richter** bemerkt persönlich dem Abg. v. Kardorff, daß die von ihm zitirte Rede schon am 4. Mai 1893 gehalten wurde und daß sich seitdem sehr vieles geändert habe. In der Militärkommission habe er stets gegen die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke gestimmt. Die Franckenstein'sche Klausel habe er 1879 nur verworfen, weil er die neuen Steuern nicht wollte. Den Rath, Nationalökonomie zu studiren, könne er nicht annehmen; er habe das bereits gethan und sei darin weiter, als es dem Herrn Finanzminister möglich gewesen zu sein scheine.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung **Mittwoch 1 Uhr.** (Fortsetzung der Berathung.)

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 30. Januar 1894. 11 Uhr.

Am Ministertisch: **v. Heyden, Bosse** und Kommissarien.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betr. die Erweiterung und Vervollständigung des Staats-Eisenbahnnetzes, sowie die Betheiligung des Staates an dem Bau einer Eisenbahn von Wittstock nach der Landesgrenze in der Richtung auf Mirow, ein Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung von 1892—93 und eine Interpellation der Abgg. Knebel und Genossen betr. die Begnadigung wegen Forstfrevel.

Nachdem das Haus in die statistische Zentralkommission die Abgg. v. Manteuffel, Friedberg und Virchow, und in die Staatsschulden-Kommission den Abg. Hugo Hermes durch Zuruf gewählt hatte, wird in die zweite Berathung des **Staatshaushalts-Etats** für 1894/95 eingetreten.

Der Etat des **Kriegsministeriums** wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt der Etat der **Domänen**. Bei den Einnahmen aus grundherrlichen Hebungen u. s. w. führt

Abg. **v. Mendel**-Steinfels (k.) aus, daß die Behauptung, es sei nur in wenigen Provinzen, darunter in der Provinz Sachsen, ein Fortschritt der Landwirthschaft zu bemerken, leicht falsch verstanden werden könne. Die Domänen der Provinz Sachsen haben zum Theil eine Steigerung der Pachtpreise ergeben, weil die Zuckerfabriken, die dort in großer Zahl angelegt sind, beschäftigt werden müssen und deshalb der Rübenbau möglichst gesteigert wird. Redner giebt von einer großen Rübenwirthschaft einen Auszug aus den Büchern, woraus hervorgeht, daß die Roherträge sehr stark gesunken, die Produktionskosten und namentlich die Löhne erheblich gestiegen sind. Wenn die Domänen trotzdem einen Mehrertrag ergeben, so liegt das daran, daß die Provinz Sachsen gerade in dem Gebiete mit bestem Boden die meisten Domänen zählt. Die Zuckerrüben werden von den Landwirthen, welche sonst nicht mehr durchkommen, gebaut; man betrachtet die Zuckerfabrikation als den letzten Rettungsanker.

Bei den Einnahmen aus den **Domänen-Vorwerken** weist

Abg. **Seer** (natl.) darauf hin, daß die Domänen östlich der Elbe erheblich niedrigere Pachtpreise ergeben haben als die westlich der Elbe.

Abg. **Rickert** (freis. Vg.) hält dafür, daß man aus so wenigen Zahlen keine allgemeinen Schlüsse ziehen könne. Der Rückgang entsteht vielfach daraus, daß die frühere Verpachtung der Domänen in die Gründerzeit fällt, wo eine unnatürliche Steigerung der Preise erfolgte.

An der weiteren Debatte über diesen Etatsposten betheiligen sich die Abgeordneten **Bandelow** (k.), **Sieg** (natl.), **Kröcher** (k.), **von Mendel** (k.), **Rickert** (freis. Vg.), der Landwirthschaftsminister **von Heyden** und der Geheimrath **Tetzlaff**.

Bei den Einnahmen aus der Nutzung des **Bernsteinregals** (71 000 M.) bringt Abg. **v. Hammerstein** (k.) die Beschwerde der Bernsteinfabrikanten über die Firma Stantion & Becker in Königsberg zum Vortrag; eine Denkschrift des Fabrikanten Westphal aus Stolp erbringe den Nachweis, daß die Bedingungen, welche die im Besitze des Bernsteinmonopols befindliche Firma den übrigen Bernsteinfabrikanten auferlege, unerträglich seien, und bittet die Regierung um Abhilfe.

Minister **v. Heyden** hat Kenntniß von der Denkschrift genommen und Ermittlungen über die Behauptungen derselben aufgestellt, die noch nicht abgeschlossen sind. Da die Denkschrift aber veröffentlicht ist, so wird die Sache zur Klarstellung der Staatsanwaltschaft übergeben werden. Die Regierung verleiht denjenigen Grundbesitzern, die auf ihrem eigenen Grund und Boden Bernstein graben wollen, das Recht dazu. Solche Anträge sind gestellt, aber meist nicht weiter verfolgt worden. Neben der Firma Stantion u. Becker sind Bewerber nicht aufgetreten. Der Betrieb der Taucherei nach Bernstein ist eingestellt, weil die Besitzer der Strandflächen, die den Bernstein sammeln lassen, dadurch geschädigt werden.

Abg. **Rickert** bittet den Minister, seine Ermittelungen möglichst zu beschleunigen; denn die beregten Mißstände sind schon lange ein Gegenstand der Klage.

Die **Einnahmen** und **Ausgaben** werden bewilligt, ebenso ohne Debatte der Etat der **Lotterie-Verwaltung**.

In der ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend das **Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen** an den öffentlichen nichtstaatlichen **mittleren** Schulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen weist

Abg. **Hansen** (fk.) darauf hin, daß es sich hierbei um die Erfüllung eines langempfundenen Bedürfnisses handele, daß die Vorlage einem ausdrücklichen Versprechen des früheren Kultusministers entspreche. Redner empfiehlt die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. **Seyffardt** (Magdeburg) bedauert, daß nicht auch eine Gehaltsregulirung für diese Lehrer stattfinde; ferner verlangt Redner, daß die höheren Mädchenschulen englisch als höhere Schulen anerkannt werden. Redner empfiehlt die Verweisung an die Unterrichtskommission.

Kultusminister **Bosse** spricht seine Befriedigung über die freundliche Aufnahme der Vorlage aus. Die Vorlage umfasse Schulen so verschiedenartigen Charakters, daß man bei der Gehaltsregulirung der Lehrer wohl nicht so einheitlich verfahren könne, wie bei den Ruhegehältern. In Bezug auf die Gehälter müsse man den Gemeinden größere Freiheit lassen. Nur in Bezug auf die höheren Mädchenschulen müsse eine einheitliche Regelung der Lehrergehälter erfolgen; ein Entwurf liegt bereits vor, der nur noch der Begutachtung von Sachverständigen bedarf.

Abg. **v. Bockelberg** (k.) freut sich darüber, daß durch diese Vorlage endlich eine Streitfrage aus der Welt geschafft werde, die sich wie eine Seeschlange Jahre lang durch alle Verhandlungen der Unterrichtskommission geschleppt habe. Einen erheblichen Widerstand wird die Vorlage nicht finden.

Abg. **Glattfelder** (Z.) empfiehlt die Annahme der Vorlage, welche eine Besserung für die Lehrer mit sich bringe und bittet, den Minimalsatz von 250 M., den die Hinterbliebenen der Volksschullehrer erhalten, zu erhöhen.

Abg. **Schwarze** (Z.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. **Rickert** bittet die Vorlage der Unterrichtskommission zu überweisen.

Das Haus beschließt die Ueberweisung an eine besondere Kommission.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend **Stadterweiterungen und Zoneneinteilungen**.

Abg. **Wallbrecht** (natl.) hält die Vorlage für zweckmäßig und empfiehlt die kommissarische Berathung derselben.

Abg. **Rickert** ist der Meinung, daß man bei solchen Eingriffen in das Eigenthum sehr vorsichtig sein müsse.

Abg. **v. Eynatten** (Z.) hat so schwere Bedenken gegen den Entwurf, daß er denselben ohne Kommissionsberathung prima vista ablehnen möchte; es werde hier in das Eigenthumsrecht namentlich des Mittelstandes zu gunsten des Großkapitals eingegriffen in einer nicht gerechtfertigten Weise.

Geh. Rath **v. Zedlitz** erklärt, daß über die angestellten Erhebungen in der Kommission Auskunft gegeben werde. Neben dem schwerwiegenden Bedenken des Eingriffs in das Eigenthumsrecht habe die Vorlage auch manche Vortheile.

Abg. **Oswalt** (natl.) bittet die Vorlage nicht ohne Weiteres abzulehnen. Das Eigenthum könne nicht unter allen Umständen unangetastet bleiben, wenn es sich um das öffentliche Interesse handelt. Es würde eine interessante Untersuchung sein, einmal festzustellen, ob es allgemein bestehendes Recht war, das in der Nähe der Städte belegene Land ohne weiteres mit Miethshäusern zu bebauen. Nicht um das Großkapital handelt es sich, denn die Grundstücke desselben werden meist so groß sein, daß sie von diesem Gesetze nicht betroffen werden; gerade der kleine Parzellenbesitz stehe hier in Frage. Bei Straßendurchbrüchen könne die Stadt schon jetzt das Straßenterrain enteignen, aber meist nur mit hohen Kosten. Das neben der Straße liegende Terrain kann nur mit allerhöchster Genehmigung enteignet werden. An stelle dieses umständlichen Verfahrens soll ein neues Verfahren mit allen möglichen Kautelen eingerichtet werden und die Minister sollen die Entscheidung treffen. Das Bedürfniß einer solchen Maßnahme empfinden die Stadtverwaltungen seit langen Jahren.

Abg. **von der Acht** (Z.) erklärt sich gegen den Gesetzentwurf, der keine Rücksicht darauf nehme, diejenigen zu entschädigen, welche indirekt durch die Maßregeln geschädigt werden, die auf grund des Gesetzes durchgeführt werden sollen.

Abg. **Knebel** (natl.): Die betheiligten Eigenthümer sollen ausgiebig entschädigt werden, aber weiter könne man nicht gehen. Nicht für, sondern gegen das Großkapital, gegen die Bau- und Grundstücksspekulation richtet sich der Gesetzentwurf, dessen Fehlen für Berlin der frühere Minister Herrfurth ausdrücklich bedauert hat. Wenn in Danzig das Bedürfniß nicht so vorhanden ist, wie im Westen, so liegt das daran, daß im Westen die kleinen Parzellen vorherrschen.

Abg. **Irmer** (k.): Die Anregung zu dem Entwurfe ist gegeben von Gemeindebeamten und Architekten, die doch zu sehr Partei sind; in bezug auf die Schönheit der Straßen ꝛc. sind sie Autorität, aber nicht in bezug auf den Eingriff in das Eigenthum. Es wäre wünschenswerth, wenn ländliche Grundstücke nicht ohne Weiteres mit Gebäuden besetzt werden könnten, dadurch würde das Anwachsen der großen Städte verhindert werden. Der Entwurf will das ganze Weichbild einer Stadt der Bauspekulation eröffnen. Diese Bauspekulation ist gefördert durch das Vorhandensein zahlreicher Baustellen. Im Interesse des Bauhandwerks sollte man dem Bauschwindel entgegen treten und dem Miethskasernenwesen ein Ende machen. Die Kommissionsberathung wird vielleicht dazu führen, daß das Haus sich mit der Bebauung der Großstädte beschäftigt und man könnte erwägen, ob nicht bei Aufstellung des Bebauungsplanes auf Plätze für Kirchen Rücksicht zu nehmen ist. So allgemein sei das Bedürfniß nicht, daß ein Gesetz für den ganzen Staat erlassen werden muß; ein Spezialgesetz für Frankfurt a. M. würde genügen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Abgg. v. **Eynatten**, **Knebel** und v. d. **Acht** wird der Gesetzentwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung **Mittwoch 11 Uhr.** (Zweite Berathung des Etats.)

Parlamentarisches.

Sitzung der Budgetkommission. Dieselbe erledigte in ihrer heutigen Sitzung den Etat für das Auswärtige Amt. Abg. Müller fragt an, ob auch im Auswärtigen Amt die durch Beurlaubungen, Versetzungen und die zeitweilige Nichtbesetzung von Posten gemachten Ersparnisse zu Gratifikationen verwendet würden? Dies wird seitens der Regierungsvertreter bejaht; soweit diese Gelder nicht zu Remunerationen für geleistete Mehrarbeit Verwendung finden, würden sie an „bewährte" Beamte als Gratifikationen vertheilt.

Abg. v. Kardorff fragt an, wie es komme, daß man Deutsche, die in chinesische Dienste als Zollbeamte einträten, in den zeitweilig vorkommenden Differenzen mit den chinesisch-englischen Behörden von Reichswegen nicht schütze? Der Staatssekretär des Auswärtigen erklärte, daß, wenn die in fremde Dienste eintretenden Deutschen es unterließen, vor Abschluß ihrer Kontrakte sich bei der Behörde des Auswärtigen Amtes Raths zu erholen, daß letztere nicht eintreten könnte, wenn jene auf grund ungünstiger Kontrakte zu Schaden kämen.

Bei dem Titel Botschaft in Rom beantragte Abg. Bebel, die Mehrforderung von 20 000 M. zu streichen. Der Referent Prinz v. Ahremberg trat warm für die Mehrforderung ein; er fand aber auf keiner Seite Gegenliebe. Die Kommission strich mit allen gegen eine Stimme die Mehrforderung. Bei dem Posten Botschaft in Konstantinopel regte der Abg. Lingens an, eine Unterstützung wie solche die deutsche Schule in Konstantinopel aus Reichsmitteln erhalte, in entsprechender Weise auch der von Kindern deutscher Reichsangehörigen besuchten österreichischen Schule zu gewähren. Gegen ein solches Verlangen erklärte sich scharf der Abg. Bebel. Halten es katholische Deutsche aus religiösen Gründen für angemessen, ihre Kinder die österreichische Schule besuchen zu lassen, so sei das ihre Sache. Der deutschen Schule müsse der religionslose Charakter gewahrt werden, anderen Falles hätten Protestanten und Juden auch das Recht, ihrerseits separate Schulen zu verlangen; wo solle das hinführen? Die kurze Debatte, an der sich weiter die Abg. Fritzen, Gröber, Lingens, Müller, Möller und Bebel betheiligten, nahm einen ziemlich erregten Charakter an; schließlich erklärte man sich allseitig damit einverstanden, daß es bei dem bisherigen Zustande verbleibe.

Die geforderten geheimen Fonds in Höhe von 500 000 M. beantragt Abg. v. Reibnitz zu streichen; die Fonds wurden ohne Debatte gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen bewilligt.

Lokales.

Arbeiter-Bildungsschule. Gestern fand eine gut besuchte Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule statt, in der nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zur Verhandlung über die Reorganisation der Schule geschritten wurde. Von einer Reihe Redner wurde betont, daß es am besten wäre, die Schule in der alten Gestalt weiter bestehen zu lassen, vor allem den Unterricht in den Elementarfächern und der Buchhaltung weiter fortzuführen. Flatow und andere Vorstandsmitglieder forderten eine Reorganisation der Schule an Haupt und Gliedern durch Verminderung der Schullokalitäten und Aufhören des Unterrichts in den Elementarfächern und der Buchhaltung. Nachdem die Debatte längere Zeit gedauert hatte, wurde von Wagner und Genossen ein Antrag gestellt, die jetzige Schule am 1. April aufzulösen und dann eine neue Schule zu gründen. Dieser Antrag fand die statutengemäße Unterstützung und wird in der nächsten Generalversammlung zur Abstimmung kommen. Sollte der Antrag abgelehnt werden, so wird der Antrag Flatow über die Reorganisation der Schule verhandelt werden. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Ohne Unterschied der Partei und der Konfession wird ein verehrungswürdiges Publikum für Geldspenden zum Bau der „Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche" mobil zu machen versucht. Nachdem vor kurzem erst ein sozialdemokratischer Stadtverordneter die bedenkliche Ehre genoß, von dem Oberhofmarschall der Kaiserin von wegen der Bewilligung städtischer Geldmittel zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen zu werden, ergeht jetzt an die bürgerlichen Blätter ein gar liebliches Rundschreiben, mit der Quintessenz: Berlin, bleche! Zwei Millionen sind bereits für die ragendste der ragenden Kirchen verbaut worden und es fehlen nur noch lumpige anderthalb Millionen, von welcher Summe 500 000 M. im Publikum gesammelt werden müssen. (!) Den kleinen Rest soll anscheinend die Stadt Berlin blechen, die es, wie in dem Waschzettel angedeutet wird, doch so leicht hat, bei dieser Gelegenheit ihrer Sucht nach einem Denkmal des Heldengreises zu fröhnen. Um die butterweichen Freisinnshelden noch gefügiger zu machen, als sie es schon sind, führt der Waschzettel die herrlichsten Dinge auf. Da wird gar sinnreich die innige Wahlverwandschaft zwischen **Kirchenthum** und **privilegirtem Mord** durch den Hinweis hervorgehoben, daß die fünf großen Glocken der Kirche aus eroberten Geschützen gegossen sind. Es handle sich, so wird weiter argumentirt, nicht um die Errichtung einer **gewöhnlichen** Kirche (sic!), sondern um ein Denkmal ersten Ranges, welches späteren Jahrhunderten den Ruhm des alten Kaisers und die Liebe seiner Berliner zu ihm verkünden solle! (Vide das Lied: Komme doch, komme doch, Prinz von Preußen!) Um aber auch radikalere Freisinnselemente anzustimmen, wird ferner mit köstlicher Naivität verkündet, daß es sich beim Bau **dieser** Kirche **nicht** um die Beseitigung des berühmten kirchlichen Nothstandes handele! Also auf, atheistischer 1848er Mummelgreis! zum Bau einer rein **überflüssigen** Kirche kannst auch du mit gutem Gewissen dein prinzipientreues Scherflein geben! Und so weiter.

Wahrhaft zu Thränen rührend wird der Spaß aber zum Schluß, wo angesichts des Nothstandes (diesmal nicht des kirchlichen, sondern des wirklichen, echten, gummischlauchgestillten) gar verlockend dargelegt wird, daß vielen Künstlern und Hunderten von Handwerkern und Arbeitern ein erwünschter Verdienst geschaffen würde!

Die Anführung des letzteren Arguments war im gewissen Sinne taktlos und im Grunde auch rein überflüssig. Nothstandsargumente sind für ordensflüsterne Liberale Dinge, die bis zum Ueberdruß von den vermaledeiten Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung aufgetischt werden und die daher wenigstens die Hofoffiziösen selbst in komischem Gewande gefälligst aus dem Spiele lassen sollten.

Der im innersten Grunde seines Herzens vaterlands- und königstreue Freisinnspudel, der bisher von oben her nur Fußtritte gewöhnt war, wird sich hochbeglückt fühlen, daß er auch einmal gestreichelt worden ist. Wie sollte es ihm da auf eine lumpige Million ankommen, sintemalen sie **ihn**, wie der Hofoffiziöse ganz richtig sagt, **nicht** drückt.

Also bewillige, lieber Freisinn, ohne Unterschied der Konfession! Bewillige, und kümmere Dich nicht darum, daß hunderttausende Proletarier in Berlin Lehmann's freiheitsfeindliches Wirken von 1848 bis 1888 noch **nicht** vergessen haben.

Die Proletarier brauchen ja nichts zu bewilligen, sie brauchen nur zu zahlen!

Die Fleischschau für das von außerhalb eingeführte frische Fleisch wird, wie der Magistrat annimmt, schon zum 1. April d. J. auf die hiesigen Gast- und Speisewirthschaften ausgedehnt werden. In dem betreffenden Etat pro 1894/95 ist auf diese Erweiterung bereits Rücksicht genommen und eine neue Kontrolleurstelle etatisirt worden.

Die Wohlthaten des Gesetzes zur Verhütung des Mißbrauchs der Vereins- und Versammlungsfreiheit, die sonst nur wir Sozialdemokraten bis zur Neige auszukosten bekommen, sollen, wie verlautet, auch einmal einem braven Bürgersmann zu theil werden. Bei dem Begräbniß des unglücklichen Rechtsanwalts Moll hat der frühere Vertheidiger desselben, Rechtsanwalt Wronker, am offenen Grabe zu dem leidtragenden Vater einige Trostesworte gesprochen und ihm die Versicherung gegeben, daß sowohl er, als auch viele andere Personen den Verstorbenen nach wie vor für unschuldig halten. Wie wir hören, ist daraufhin gegen Rechtsanwalt Wronker ein Verfahren wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes eröffnet worden, weil er ohne polizeiliche Genehmigung in einer öffentlichen Versammlung öffentliche Angelegenheiten behandelt habe! Unser herzliches Beileid!

Eine Grenzregulirung. Der Oberpräsident hat neuerdings unter Zustimmung der betheiligten Gemeindevertretungen und nach Anhörung des Kreistages des Kreises Teltow beschlossen, die Weichbildgrenze zwischen Berlin und Schöneberg im Zuge der Grunewaldstraße in die Bordkante des südlichen Bürgersteiges der Grunewaldstraße zu verlegen.

„Die Gartenlaube" darf nach einer Mittheilung der „Berliner Zeitung" im Elisabeth-Krankenhause in der Lützowstraße von den Kranken nicht gelesen werden. Fürchtet die Verwaltung dieses Instituts, daß ihre Pfleglinge durch das Lesen dieser hausbackenen Zeitschrift an der Langeweile zu Grunde gehen könnten, oder will sie nur zeigen, daß sie noch schneidiger sein kann, als die den „Vorwärts" verbietende Charitedirektion?

Das Sklaventhum der Pferdebahnschaffner kann wohl durch nichts greller beleuchtet werden, als durch die von bürgerlichen Blättern gemeldete Nachricht, daß die Schaffner des Bahnhofs Kreuzbergstraße am 25. Januar ein „Familien-Kränzchen" abgehalten haben, in der Lobhymnen auf **Bismarck** gesungen wurden. Teufel noch einmal! Nach dieser Leistung darf es wohl kaum Wunder nehmen, daß ein Schaffner auf dem Fest eine Rede hielt, in der er (natürlich in Gegenwart höherer Beamter) die Bemühungen der Direktion um das Wohl der Angestellten rühmend hervorhob!

Unsere Parteigenossen sehen, daß es noch gar manche dustige Blüthe in Berlin auszujäten giebt.

Das märchenhafte Schiller-Theater soll Fleisch und Bein angenommen haben. Wie mitgetheilt wird, ist das Wallner-Theater für die billige Pacht von 57 500 Mark dem Schiller-Theater-Komitee überlassen worden. Die erste Vorstellung soll am 1. September stattfinden. Abwarten!

Arbeiterrisiko. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute Vormittag vor dem Kaufhause von Mey u. Edlich, Friedrichstr. 179. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, eine der großen Spiegelscheiben, die bei der Illumination draufgegangen war, durch eine neue zu ersetzen. Bei dieser Arbeit verloren die Arbeiter durch das Ausrutschen einer Leiter plötzlich die Gewalt über die schwere Scheibe, so daß dieselbe mit lautem Krach auf mehrere in der Kelleröffnung des betreffenden Hauses hilfreiche Hand leistende Arbeiter stürzte. Einem derselben, einem Arbeiter Hundertmark, wurde durch die Glastrümmer das Fleisch von beiden Händen und Armen buchstäblich heruntergerissen, während seine Kollegen durch die Glassplitter mehr oder minder bedenkliche Verletzungen erlitten. Der Verletzte mußte sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden.

In London verhaftet wurden vor einigen Tagen der vor mehreren Monaten flüchtig gewordene und steckbrieflich verfolgte frühere Pächter des „Neuen Ballhauses" in der Münzstraße, der Restaurateur Jacobsohn, sowie dessen Geliebte, in deren Begleitung er Berlin verlassen hatte. Der Mann hat hier große Schwindeleien verübt.

Auf der Straße erschoß sich, wie gemeldet, in der vorletzten Nacht am Kottbuser Ufer ein junger Mann. In ihm ist der erst 16jährige Laufbursche Paul Hänicke ermittelt worden, der bei einem Gastwirth R. in Charlottenburg bedienstet war. Der junge Mann hatte bereits vor mehreren Wochen den Versuch gemacht, sich durch einen Sprung in das Wasser das Leben zu nehmen, wurde aber damals gerettet. Es wird nicht gemeldet, welches Motiv den jungen Menschen in den Tod getrieben hat.

Vom Verdeck eines Omnibusses gestürzt ist am Montag Abend um 8 Uhr auf dem Königsplatze der 41 Jahre alte Schneider Albert Wolter aus der Chorinerstraße 58. Er ist am Kopfe bedeutend verletzt und mußte nach einem Krankenhause gebracht werden.

Unaufgeklärt ist ein Vorfall, der sich in der verwichenen Nacht vor oder in dem Hause Markgrafenstraße 31 zugetragen hat. Etwa gegen 1 Uhr vernahm der Nachtwachtmeister des Bezirks aus dem Hausflur heraus röchelnde Töne und bemerkte auf dem Bürgersteig vor dem Hause eine große Blutlache. Indem er beides mit einander in Verbindung brachte, trat er durch die offene Hausthür ein und fand den früheren städtischen Nachtwächter Köppen, der die Stelle eines Nachtpförtners auf dem genannten Grundstück versieht, bewußtlos vor. Köppen hatte bedeutende Wunden am Kopfe, die sehr wohl gewaltsam beigebracht sein können. Köppen ist in besinnungslosem Zustande nach der Charitee gebracht worden, und es dürfte, da auch die Ehefrau zu dem Vorfalle nichts bekunden kann, vorläufig keine Aufklärung des Sachverhalts zu erlangen sein. Die Verletzungen schließen eine Lebensgefahr nicht aus.

Eine Handschuhgeschichte. Ein raffinirter Gaunerstreich, der des heiteren Beigeschmacks nicht entbehrt, passirte am Montag dem Kaufmann P. Derselbe ging gegen Mittag die Leipzigerstraße entlang, als er plötzlich einen Glacéehandschuh auf dem Pflaster liegen sah, der augenscheinlich auf einer Damenhand gesessen hatte. In demselben Augenblick, wo er sich nach dem Handschuh bücken wollte, that ein anständig gekleideter Herr dasselbe, doch gelang es P. eher als jenem, den Handschuh zu fassen. Der Fremde entschuldigte nun sein voreiliges Auftreten mit einigen Höflichkeitsphrasen und meinte endlich, daß das Glacee sehr fein zu sein scheine, doch sei ja, wie er eben bemerke, das Leder des Mittelfingers zerrissen; daraufhin besah sich P. den Handschuh näher und fand auch wirklich ein Loch im Mittelfinger. Gleichzeitig fühlte er aber auch etwas Hartes, das sich bei einem Umkehren des Handschuhs als ein dicker schwerer Trauring herausstellte, der augenscheinlich beim Abstreifen im Handschuhfinger sitzen geblieben war. Der Fremde wünschte nun P. Glück zu seinem Funde, der mindestens einen Goldwerth von 20 Mark repräsentire. Beide gingen darauf plaudernd die Leipzigerstraße hinunter, und schließlich stellte sich der Fremde als stellungsloser Kaufmann Sander vor und bat P., ihn an dem Funde partizipiren zu lassen, da er sich momentan in großer Geldverlegenheit befinde. P. ging bereitwilligst hierauf ein und bot seinem Begleiter drei Mark an, die dieser annahm, worauf er sich höflichst dankend entfernte. Wenige Minuten später traf R. einen Bekannten, dem er sofort die Fundgeschichte erzählte. Dieser ließ sich nun von P. den Ring zeigen und machte ihn darauf aufmerksam, daß der Ring nicht echt, sondern in jedem Bazar für noch nicht 50 Pf. zu haben sei. Weiter erzählte er, daß er vor einigen Tagen auf dasselbe Manöver eines Menschen hereingefallen wäre, auf den die Beschreibung des stellungslosen Kaufmanns „Sander" genau passe. Der Geprellte tröstete sich in seinem Aerger schließlich damit, daß er ja nicht allein der Dupirte sei, sondern noch einen Genossen im Unglück habe.

Wegen eines abscheulichen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem elfjährigen Mädchen, wurde am Montag Abend in Rixdorf der Kutscher Gustav Pusemann verhaftet und in das dortige Gerichtsgefängniß eingeliefert. P. ist geständig.

Polizeibericht. In der Nacht zum 30. d. M. wurde im Flur des Hauses Markgrafenstr. 31 ein Privatwächter mit einer anscheinend von einem Falle herrührenden schweren Verletzung am Kopfe aufgefunden und nach der Charitée gebracht. — Am 29. d. M. fanden drei kleine Brände statt.

Theater.

Neues Theater. Gisela, Schauspiel in 4 Akten von Else v. Schabelsky. Die Dichterin führt uns in der Heldin des Stückes eine verarmt gewesene Adlige vor. Bei dem großen Krach des Bankhauses Schmidt hat der Vater, was ja vorkommt, sein Vermögen verloren und nun muß Gisela die ganze Leidensskala der verschämten Armuth durchkosten. Sie war gerade glückliche Braut, als der schwere Schlag kam und hatte vorerst natürlich den unter solchen Umständen konventionellen Verrath des Mannes, der sie heimführen sollte, über sich ergehen zu lassen. Ihr Vater starb zum Glück bald und allein auf sich und ihrer Hände Arbeit angewiesen, lernte Gisela das Rechnen, das Rechnen mit den winzigen Größen, die als Menschenvieh ihr im Reichthum geschmeichelt und sie in der Armuth angehöhnt hatten. Der rechnenden Gisela trat der adrette Architekt Thalberg in den Weg und legte seine Hand in die ihre. Der junge Gatte war ein Mann wie alle anderen und es war daher schon anerkennenswerth, daß er bei der Heirath nicht auf Geld und Gut gesehen hatte, sondern seine Braut heimführte, wie sie da war. Gisela zeigte sich aber auch dankbar; sie leitete den Gatten an ihrer kleinen aber starken Hand in die Residenz und an den Hof des Fürsten. Daß dies so schnell ging, war nicht ganz das Verdienst der schönen Rechenkünstlerin, sondern lag auch daran, daß der theure Landesvater auf die interessante Architektengattin ein gutes Auge geworfen hatte. Da konnte es denn am guten Fortkommen nicht fehlen und ehe man sich dessen versah, war der talent- und harmlose Provinzarchitekt der berühmte, geadelte und ordensgeschmückte Hofbaumeister Kurt von Thalberg geworden. Als der Vorhang aufging, galt es in einer Kommission des Parlaments den abgeschmackten Entwurf des zu erbauenden Ministeriumgebäudes durchzudrücken. Der Fürst setzt, wie ja auch in anderen Fällen üblich, seine ganze Autorität ein, um die widerhaarige Kommission für den Thalberg'schen Entwurf günstig zu stimmen. Das hält schwer und die geliebte Frau Hofbaumeister hat daher an allen Ecken und Enden zu intriguiren. Namentlich macht ein liberaler Reichstagsabgeordneter mit seiner bewundernswürdigen Prinzipienfestigkeit ihr schwere Sorgen und trotzdem der Prinzipienreiter es augenscheinlich auf die junge Schwester Thalberg's abgesehen hat, will er in der Kommission durchaus nicht zu Kreuze kriechen. Es muß daher nicht allein der bräutliche Backfisch, sondern auch der offiziöse Preßkosack und wer sonst nach loszuloppeln ist, schmeicheln und drücken, um das biderbe, unentwegt freisinnige Baukommissionsmitglied zum Umfall zu bringen. Alles vergeblich. Die Sache wird im Gegentheil recht verzwickt, als die sechszehnjährige Schwester Thalberg's dem Reichstagsabgeordneten auf den Hals gelaufen kommt und ihm erzählt, daß sie ihre Schwägerin bei einem Techtelmechtel mit dem Landesvater überrascht habe. Der Reichstags-Abgeordnete faßt endlich die Gelegenheit beim Schopf, um seinem Schwager in spe über seine unwürdige Stellung die Augen zu öffnen und nun ereignete sich das Köstlichste. Der Hof-Baumeister kommt nach Hause und macht, da gerade eine liebenswürdige Nachbarin, vor der es nichts mehr zu verbergen giebt, seine verrätherische Gattin mit Nadelstichen peinigt, der letzteren eine gewaltige Szene. Alle Tiraden, die das tiefverletzte Gemüth eines Strebers im Kopfe trägt, werden losgelassen und ohne auf die etwaigen pekuniären Folgen zu achten, spricht der bengalische Tiger vom äußersten, von der Scheidung! Die brave Freundin hat genug gehört und entfernt sich. Frau Gisela ist allein mit ihrem Manne und ruft ihm, mit möglichster Ruhe, ins Gedächtniß zurück, daß es bei ihm mit eigenem Verdienst und Würdigkeit sehr windig aussieht, und daß einzig ihre rechenkünstlerische Hingabe an den Fürsten Orden, Adels- und Hofbaumeisterprädikat ins Haus gebracht habe. Das verfängt, und da der Ehrenmann sich auch rechtzeitig darauf besinnt, daß es mit seinen Kassenverhältnissen bei der in Aussicht stehenden fürstlichen Ungnade nicht zum besten aussieht, so erklärt er feierlich, daß der ganze Lärm wirklich nicht böse gemeint war und daß auf jeden Fall das Geschäft vorgehe. Gisela antwortet ihrem Mann zwar, daß sie ihn verachte; sie behält sich aber die endgiltige Entscheidung über das Fernere vor und geht am Schluß des Stückes mit dem seelenvergnügten Hahnrei auf den Ball zum englischen Botschafter.

Fräulein Else v. Schabelsky hat bekanntlich selber schon ihren harten Strauß mit der konventionellen Gemeinheit ausgefochten und man kann daher schon bei ihr voraussetzen, daß sie weiß, was in der besten Gesellschaft üblich ist. Irgendwelche Schlüsse von Beziehungen des Stückes zu realen Verhältnissen sind selbstredend schlecht angebracht und man muß es daher schon dem Einzelnen überlassen, sich selber seinen Vers zu machen. Das Schauspiel fand im Ganzen eine beifällige, zum Theil sogar überlaut beifällige Aufnahme, die, wenn man sich mehr an die Tendenz hält und auf den Werth als Kunstwerk weniger achtet, auch wohl verdient war. Man muß allerdings die Selbsterkenntniß der im Theater versammelten Gesellschaft bestaunen, die der Geißelung ihrer konventionellen Großthaten Beifall spendete! Einzelne Charaktere, wie der des Hofbaumeisters, waren zwar verzeichnet oder doch zum mindesten nicht scharf genug individualisirt. Die Dichterin hat offenbar bei Schaffung der Rolle an den biederen Photographen Hjalmar Eckdahl in Ibsen's „Wildente" gedacht. Aber wie klobig nimmt sich der traurige Wicht in Schabelsky's Drama gegenüber der mit wunderbarem psychologischen Ibsen'schen Gestalt aus. Etwas anderes ist für uns als Sozialdemokraten die Frage, ob sich denn wirklich im deutschen Freisinn noch solche wetterfeste Parlamentarier finden, wie sie in diesem Drama auftreten. Wir müssen da gestehen, daß unsere Revue ein recht niederschlagendes Resultat gehabt hat; aber — lassen wir die Dichterin bei ihrem frommen Glauben. Eine köstliche Figur war der liberale Versöhnungspolitiker Silbermann, der mit glanzvoller Liberalität seine sogenannte Ueberzeugung für die Aussicht auf den Kommerzienrathstitel verkauft und die Vorhaltungen, die ihm von seinen Parteigenossen dieserhalb gemacht werden, einfach unverständlich findet, da — das Geschäft doch vorgehe! Auch sonst war gar manches, die führende Gesellschaft charakterisirendes Genrebild in dem Schauspiel enthalten.

An dem, wie gesagt, etwas überlauten Erfolg trugen außer den zahlreich versammelten Freunden und Freundinnen der Dichterin wesentlich die durchweg vortrefflichen Leistungen der Mitglieder des Neuen Theaters bei. In Alma Renier's Händen lag die eigenartige Figur der Gisela. Die Künstlerin wußte dieser Rolle Fleisch und Blut zu geben und sie so sympathisch wie möglich zu gestalten. Herr Jarno ließ das Publikum über die von ihm gegebene Gestalt des geadelten Hofbaumeisters im Anfang noch mehr im Unklaren, als die Dichterin selbst, und der Uebergang vom äußerlich honetten Mann zum offenbaren Schurken kam so unvermittelt, daß die Wirkung aufs Publikum sich mehrfach an sehr unangebrachter Stelle in fidelster Weise äußerte. Die übrigen mehr oder weniger schematischen Rollen lagen in guten Händen.

Gerichts-Zeitung.

Leipzig, 30. Januar. Das Reichsgericht hob das Urtheil vom 21. Oktober v. J., durch welches der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Stephany, wegen Beleidigung des früheren Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika, v. Soden, freigesprochen wurde, auf und verwies die Sache an das Landgericht II Berlin.

Omladinaprozeß. Prag, 29. Januar. Der Gerichtshof lehnte einzelne, von der Vertheidigung verlangte Zeugenvorladungen ab. Hierauf benahm sich ein Angeklagter so auffallend, daß der Gerichtshof ihn auf eine Woche von der Anwesenheit bei der Verhandlung ausschloß. Einige Zeugen widerriefen ihre in der Voruntersuchung gemachten belastenden Aussagen. Einer derselben wurde sofort wegen falschen Zeugnisses in die Untersuchungshaft abgeführt, gegen zwei andere behielt der Staatsanwalt sich vor, ebenfalls die diesbezügliche Anklage zu erheben.

Nachklänge von der Reichstagswahl. Vom Landgericht zu Duisburg wurden am Mittwoch mehrere Personen verurtheilt, welche sich an einem Auflaufe am Abend der vorjährigen Reichstags-Stichwahl betheiligt und der zum Auseinandergehen auffordernden Polizei Widerstand geleistet haben sollen. Bereits am 26. Oktober fand auf dieselbe Anklage hin gegen 6 Personen Verhandlung vor dem Schwurgericht statt; vier von ihnen wurden verurtheilt (zu zwei Jahren Zuchthaus, sieben Monaten, sechs Monaten und 14 Tagen Gefängniß). Von den nunmehrigen 16 Angeklagten wurden durch die Strafkammer 11 verurtheilt. Ein fünfzehnjähriger Kegeljunge, der laut Zeugen-Aussage mit Steinen geworfen und „Hoch Rohrlack", sowie „Schmiet se dot" gerufen hatte, erhielt vier Monate Gefängniß, von den anderen erhielten einer zwei Wochen und zwei je eine Woche Gefängniß; sieben Angeklagte wurden nur zu Geldstrafen (zwei je 50 M. und fünf je 25 M.) verurtheilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen und gegen einen Angeklagten, dem noch ein weiterer Entlastungsbeweis gestattet wurde, bleibt der Prozeß im Gange.

Der Fernsprecher verdirbt den Charakter — das beweisen die verschiedenen Anklagen gegen Abonnenten des Fernsprechers, die sonst als ganz ruhige Leute bekannt sind, aber bei dem nicht gerade seltenen Versagen des Sprechapparats nervös werden und ihrem Groll gegen die oft ganz unschuldigen Telephonistinnen durch Grobheiten Luft machen. Der Kaufmann Löwenstein, der gestern wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht stand, leidet schon an hochgradiger Telephon-Nervosität. Der Aufsichtsbeamte des betr. Amtes bekundete gestern vor Gericht, daß der Angeklagte den Beamten als ein ungeduldiger Beleidiger bereits bekannt sei. So habe er einmal einen Beamten, den er nicht verstehen konnte, angefahren: „Wenn Sie nicht sprechen können, dann trinken Sie 'mal erst einen Kognak, das giebt Stimme!" und einem weiblichen Beamten soll er gerathen haben: „Sie scheinen nicht hören zu können! Gehen Sie doch lieber nach Hause und stricken Sie Strümpfe!" Am 15. November befand er sich vor dem Sprechkasten wieder in einem Zustande großer Erregtheit. Er hatte längere Zeit vergeblich sich bemüht, Anschluß zu erhalten und als sich endlich das Amt meldete, überschüttete er die Telephonistin mit Beleidigungen, die mit den Worten ausklangen: „Sie dummes Frauenzimmer! Machen Sie, daß Sie fortkommen, sonst werfe ich Ihnen den Apparat an den Kopf!" Der Angeklagte ließ sich durch einen Augen- und Ohrenzeugen bestätigen, daß er fast eine halbe Stunde lang vergebliche Anstrengungen gemacht habe, um Anschluß zu erhalten. Der Staatsanwalt wollte diesen Verstoß gegen die [illegible]tlich Frauen schuldige Höflichkeit mit 150 M. geahndet wi[illegible] der Gerichtshof erkannte auf 100 Mark Geldbuße, [illegible]dem er es für unverantwortlich erklärte, in dieser Weise gegen junge Damen, die nach bestem Können ihren Dienst versehen, auffallend zu werden. Die zwölf Kolleginnen, welche die Beleidigte zur Stätte des Gerichts begleitet hatten, gingen mit schadenfrohem Lächeln von dannen.

Eine unersehnte Gastrolle gab gestern der Schauspieler L. vor dem hiesigen Schöffengericht und ein gräßlich grinsender Affe, der ihn in einer Nacht überfallen und sich bei ihm festgebissen hatte, war der Vermittler dieses Gastspiels. Herr L. hatte in jener Nacht die Wahrheit des Spruches: „Zu viel kann man wohl trinken, doch trinkt man nie genug!" an seinem eigenen Körper zu erproben versucht und aus der Flasche Weisheitsbuch die anregendsten Kapitel herausgelesen. In gehobenster Stimmung betrat er das Café Alexanderplatz, wo er den anwesenden Gästen so lange eine Kapuzinerpredigt hielt, bis er kurzer Hand auf die Straße befördert wurde. Und das ihm, dem „Ebenbild der Gottheit!" In schäumender Wuth stieß er mit theatralischen Gesten heftige Worte hervor: „Das war kein Heldenstück, Ottavio!" „Glaubst du, dieser Adler sei dir geschenkt?" — „Ich fühle eine Armee in meiner Faust!" Sprach's, zog einen Dolch aus seiner Tasche und rannte damit gegen die Spiegelscheibe, daß dieselbe klirrend zusammenbrach. Die Gäste stürzten hinaus, unter ihnen der zufällig anwesende Kriminalschutzmann Richter, welcher den fortgesetzt mit dem Dolch umherfuchtelnden Mimen vergeblich zu beruhigen suchte und schließlich gezwungen war, ihn mit Hilfe von Passanten gewaltsam nach dem Polizeipräsidium zu befördern. Der Angeklagte war kaum zu bändigen und deklamirte mit Pathos das tollste Zeug: Eng ist die Welt und das Gehirn ist weit! Anders, als sonst in Menschenköpfen malt sich in diesem Kopf die Welt! Kardinal, ich habe das meinige gethan! Hilf zu Samiel! Ich werde fürchterliche Musterung halten! Endlich wurde er in das Polizeipräsidialgebäude geschoben und nachdem er dasselbe begrüßt als den „Berg mit röthlich strahlendem Gipfel", regte sich plötzlich wieder die Wuth: er zertrümmerte einen Gasarm und mußte schließlich in Eisen gelegt werden. Und in seiner Zelle hörte man ihn deklamiren: „Wer nie sein Brot mit Thränen aß, wer nie die kummervollen Nächte auf seinem Bette weinend saß, der kennt Euch nicht, Ihr himmlischen Mächte!" Am nächsten Morgen war er wieder ganz vernünftig, er erklärte, absolut nicht zu wissen, was mit ihm vorgegangen und wurde deshalb wieder entlassen. Das Polizeipräsidium verzichtete auf einen Strafantrag wegen Sachbeschädigung, dagegen konnte der Mime eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt nicht abwenden. In der gestrigen Verhandlung war selbst der Kriminalschutzmann Richter der Meinung, daß der Angeklagte „wohl einen zu starken Trank getrunken" und auch der Gerichtshof zweifelte nicht daran, daß der Angeklagte sich in einem Zustande trunkener Versunkenheit und versunkener Trunkenheit befunden habe. Der unvorsichtige Zecher wurde deshalb freigesprochen.

Ein kleines Drama aus dem Künstlerleben spielte sich gestern in einer Verhandlung vor der 180. Abtheilung des Schöffengerichts ab. Auf der Anklagebank befand sich die Artistin Martha Halden, welche beschuldigt war, ihren früheren Bräutigam, den Artisten B., mit dem Verbrechen des Erschießens bedroht zu haben. Während die Angeklagte dem Zeugen vernichtende Blicke zuwarf, erzählte sie dem Gerichtshof, daß sie das Opfer eines schnöden Verraths geworden sei. Drei Jahre lang habe sie mit dem Zeugen gelebt, sie habe ihm alles geopfert, ihn mit Kleidungsstücken und Schmucksachen beschenkt und ihn von Brüssel aus unterstützt, wo sie ein Engagement angenommen hatte. Da habe er ihr plötzlich einen Absagebrief geschrieben. Sofort habe sie ihr Geschäftsverhältniß gelöst und sei nach Berlin gereist. Unerwartet sei sie eines Morgens in der Wohnung des Treulosen erschienen, wo es zu einer stürmischen Szene gekommen sei. Als der Zeuge auf seiner Weigerung, das Verhältniß fortzusetzen, beharrte, da habe sie einen geladenen Revolver hervorgezogen und ihm denselben entgegengehalten mit der Drohung, ihn über den Haufen schießen zu wollen, wenn er sie verlasse. Der Zeuge habe sie zu beruhigen gewußt und sie der Polizei übergeben, nachdem er ihr den Revolver abgelockt hatte. Der Staatsanwalt wollte die Angeklagte mit 6 Wochen Gefängniß bestraft wissen, der Gerichtshof trug aber der Erregung der Angeklagten Rechnung und beließ es bei 14 Tagen Gefängniß.

Einen mitleiderweckenden Eindruck machte der Arbeiter Theodor Gustav Busse aus Friedrichsberg, der sich am Dienstag wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge vor dem Schwurgericht am Landgericht II zu verantworten hatte. Der Mann hat schon früher an der Schwindsucht gelitten, während seiner acht Monate langen Untersuchungshaft hat sich sein Leiden derartig verschlimmert, daß er einem Schatten gleicht und sich nur mit Mühe auf den Beinen halten konnte. Was ihm zur Last gelegt wurde, war mehr ein Unglück als ein Verbrechen. Der Angeklagte hatte mit anderen Arbeitern eine gemeinsame, aus einem Strohlager bestehende Schlafstelle auf dem Boden eines Hauses in Friedrichsberg inne, welches scherzweise „Bürgerheim" genannt wird. Jeder der Schlafgänger mußte zur Instandhaltung des Lagers etwas beisteuern. Das that aber der Arbeiter Conrad nicht, und darum wurde demselben am Abend des 2. Pfingstfeiertages (22. Mai) die Benutzung der Schlafstelle untersagt. Er ging fort, betrank sich, kam um 4 Uhr Morgens in betrunkenem Zustande zurück und verlangte Einlaß, wüthend an die Thür der Bodenkammer schlagend. Der Angeklagte stand auf, um den Ruhestörer fortzubringen, gleich darauf lag letzterer zuckend am Fuße der Treppe. Er hatte einen Schädelbruch erlitten und starb nach wenigen Tagen. Obwohl Busse behauptete, daß Conrad im Verlaufe des entstandenen Handgemenges selbst die Treppe hinab gefallen sei, ließ die Beweisaufnahme doch den Schluß zu, daß der Angeklagte seinem Gegner einen Stoß gegeben habe, infolge dessen dieser herabstürzte, wenn der Angeklagte auch sonst als ein ruhiger und friedliebender Mensch geschildert wurde. Die Geschworenen votirten auf Schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände. Das Urtheil lautete auf 1½ Jahr Gefängniß; 6 Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagte wird die Strafe schwerlich überleben.

Versammlungen.

Seitens der Anarchisten war als Fortsetzung der am 23. Januar polizeilich aufgelösten Volksversammlung wiederum eine solche zum 29. Januar nach der Brauerei Friedrichshain einberufen worden. Trotzdem, daß die Arrangeure weitere Enthüllungen über „die Thätigkeit der politischen Polizei" angekündigt hatten, war sie im Vergleich zur ersten Versammlung sehr schwach besucht. Eine zahlreiche Polizeimacht hielt das Etablissement umlagert. Eingeleitet wurde die Versammlung vom Einberufer Schrader, der eine Reihe Anträge verlas, welche übereinstimmend in anbetracht der „elenden" Schreibweise des „Vorwärts", der sich nicht entblöde, alle Anarchisten als Spitzel zu bezeichnen, die Ausweisung des Berichterstatters desselben aus dem Saal verlangten. Schrader maß die Schuld nicht dem Berichterstatter zu, sondern den Redakteuren, welche, obgleich ihnen aus dem Brief Rodrian's die Ursache seines Fernbleibens aus der Versammlung am 18. Januar bekannt war, dennoch diesen und Brandt als Polizei-Agenten verdächtigten.*) Diese Handlungsweise sei unehrlich, zumal die Angelegenheit Franz Berndt's mit Ihring-Mahlow eine verteufelte Aehnlichkeit mit der Brandt'schen besitze. Allerdings sei Brandt Anarchist und Franz Berndt war Sozialdemokrat, jetzt ist er sogar „Obergenosse". (Vereinzelter Beifall.) Er brachte die Anträge nicht zur Abstimmung, die auch kaum Annahme gefunden hätten, da die sogenannten „Anarchisten" nur einen verschwindend kleinen Theil der Versammlung ausmachten.

Das Rede-Tournier drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob Brandt recht oder unrecht gehandelt habe, resp. ob er fernerhin als „Genosse" zu betrachten oder als „fragwürdiges Subjekt" zu behandeln sei. Brandt suchte sein Verhalten mit dem Hinweis darauf zu rechtfertigen, er wollte, um seinen Genossen damit nützen zu können, hinter das Getriebe der politischen Polizei kommen und sei nur scheinbar auf die Wünsche der Beamten Lorenz und Röwer eingegangen. Wiederholt gefragt, wofür er die 95 Mark erhalten und wie er sie verwandt habe, äußerte er, sich und anderen dafür „etwas zum essen" gekauft zu haben. Der ersten Frage wich er stets aus. Der Berichterstatter Ernst Günther vom „Intelligenz-Blatt" habe nach Versicherung von Lorenz auch monatlich 60 M. Polizeigelder erhalten, sei aber „fallen" gelassen worden, als er in vielen Versammlungen das Wort nahm und zu provoziren suchte. Sie sollten nur in die Kreise der Anarchisten eindringen und „horchen".

Von seinen weiteren Ausführungen ist nur die folgende Mittheilung neu. Bald nach dem Attentat Vaillant's in der französischen Kammer habe ihm (Brandt) Kommissar Röwer 1000 M. versprochen, wenn er die Anzeige erstatte, wer von den bekannten „Männern der That" Dynamit besitze, oder wo solches verborgen sei. Rodrian, der eine Zeit lang von Berlin fort war, stand im Verdacht, während dieser Zeit solches beschafft zu haben. Er war von Lorenz beauftragt, dieses genau auszuspioniren. Fast alle Redner verurtheilten das Verhalten Brandt's auf's schärfste. Er habe thatsächlich mit dem Feuer gespielt, und wenn er noch ein Gewissen hätte, mußte er, nachdem er die Vorbereitungen der Polizei für die Arbeitslosen-Versammlung vom 18. Januar kannte, diese unter allen Umständen zu verhindern suchen. Er sei allein für die Uebergriffe der Polizei resp. die Vorgänge nach der Versammlung verantwortlich zu machen. Anarchist Pawlowitsch sprach seine Ueberzeugung dahin aus: entweder sei Brandt verrückt oder ein abgefeimter Hallunke. (Beifall.) Selbst Brandt's Freund Rodrian behauptete, er müsse entschieden mehr wissen, als er vorzubringen für gut befinde. Während der weiteren Ausführungen Rodrian's, in denen er seine Ansichten über das Eigenthum entwickelt, erhob sich der überwachende Beamte, wurde aber durch die vom Vorsitzenden schnell ausgesprochene Vertagung an der Auflösung der Versammlung verhindert. Nach der Wiedereröffnung erhielt Wilh. Werner das Wort, der sich zunächst ebenfalls sein Müthchen am „Vorwärts" kühlte und hierauf die Schreibweise des „Sozialist" gegenüber Brandt vertheidigte. Letzterer erklärte schließlich, sich nur selbst Rechenschaft für seine Handlungsweise schuldig zu sein, und seine früheren Genossen wegen ihrer unberechtigten Anschuldigungen nicht mehr als solche anzuerkennen. Ueber seine Beziehungen zur Polizei werde er eine Broschüre schreiben, da es ihm unmöglich sei, über alles an einem Abend Aufschluß zu geben. Es sprachen noch eine Reihe Redner, die jedoch wesentlich neues nicht hervorbrachten. Als letzter Redner suchte Pawlowitsch seine Ausführungen, die in der vorigen Versammlung zur Auflösung führten, klar zu stellen. Der Polizeilieutenant verhinderte ihn daran und läßt ihn abführen. Bevor der Schutzmann mit dem Arrestanten den Ausgang erreicht, zog er den Verhaftungsbefehl zurück. Gegen 1 Uhr fand die Versammlung ihren ordnungsmäßigen Schluß.

Pankow. Der Arbeiterverein für Pankow und Umgegend hielt am 20. Januar eine Versammlung ab. Der Vorsitzende gab der Versammlung einen Ueberblick über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre. Nach dem Bericht des Kassirers hat der Verein bei durchschnittlich 100 Mitgliedern eine Einnahme von 256 M. und eine Ausgabe von 206 M. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Kleise, erster, Hirschmeyer, zweiter Vorsitzender; Ehlert, Schriftführer; Rißmann, Kassirer; Böhlke, Bibliothekar; Blank, Hilfsbibliothekar; Lück, Hilfskassirer; Bilz, Lubig und Braun, Revisoren. Die Versammlung nahm zum Schluß eine Protestresolution an, die ihr Mißfallen über die Vorgänge am Friedrichshain ausspricht.

*) Das ist selbstverständlich gelogen. Wir kennen vielleicht mehr ehrliche Anarchisten als der Herr Schrader. Was wir aber gesagt haben, und was sich gerade jetzt auch in Berlin bewahrheitet hat, ist: nicht alle Anarchisten sind Spitzel, aber alle Spitzel sind Anarchisten. Red. d. „V."

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 31. Januar, Abends 8½ Uhr, Sitzung mit Damen im Restaurant „Kommandantengarten, Kommandantenstr. 10—11. Aufnahme neuer Mitglieder. Landsleute willkommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Geschichte (mittl.). Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Logik. Südost-Schule, Reichenbergerstraße 123: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberes). Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt, im Laufe des Semesters, eintreten.

Fest- und Diskutirklubs. Mittwoch. Johann Jacoby, bei Fritz Lietzke, Schwedterstraße 33. — Gesundbrunnen, Abends 8½ Uhr, bei Haferland, Bellermannstr. 67. — Gleichheit, Abends 8½ Uhr bei Stramm, Ritterstraße 123. — Heine, Rixdorf Abends 8½ Uhr, Prinz-Handjerystr. 60, parterre. — Otto Reimer, bei A. Brosch, Wilhelmshavenerstr. 23. — Einigkeit, Abends 8½ Uhr bei Zeige, Triftstraße 1.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. **Mittwoch.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — Liedesfreiheit 1, Andreasstr. 26, bei Wilke. — Freya, (Gemischter Chor), Alte Schönhauserstraße 22—23, Bötzow's Brauerei. — Hilaritas, Hochstraße 32a, bei Wilke. — Deutsche Eiche, Grüner Weg 29 bei Säger. — Echo 1 Pankow, Schulzestr. 27. — Steinmetzen, Flemmingstr. 6 bei Mann. — Lyra 1, Mariannen-Ufer 2 bei Mills. — Hand in Hand 1, Reichenbergerstraße 16 bei Pätzoldt. — Schneeglöckchen 2, Potsdam, Brandenburger-Kommunikation 16, bei Glaser. — Unverdrossen, Abends 8½ Uhr, bei Sachs, Lindowerstr. 26. — Nüll 1, Friedenau im Kurhaus. — Vorwärts 5, Friedrichshagen, Rundtheil, b. Lerche. — Lorbeerkranz, Lichtenbergerstr. 24 b. Heise. Südost 1, Köpnickerstr. 191, Restaurant Foge. — Rothe Nelke, Schöneberg, Colstr. 49, bei Siegeler. — Kupferschmiede, Weinstr. 11 bei Feind. — Concordia, Gitschinerstr. 55 bei Haase. — Deutscher Männergesang, Belforterstr. 15, bei Schneider. — Freiheitsklänge, Alt-Jakobstr. 69. — Unverzagt 1 Manteuffelstraße bei Nowack. — Lorbeerkranz 2, Oranienstraße 190 bei Katsch. — Liedeslust in Fürstenwalde bei Taschenberg, Junkerstraße 5. — Sängerchor der Maler, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Freiheits-Gruß, Schönhauser Allee 46, bei Busse. — Hoffnung 3, Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferstraße Rest. Concordia. — Sangesblüthen, Straussberg, Marktplatz 10—11 bei Poppe. — Moabit, Waldstr. 52 bei Sohr. — Liederlust, Köpenickerstr. 100 bei Gründer (fr. Mundt). — Freiheitsklänge 1, Sebastianstr. 3 bei Mayer. — Lyra 3, Britz, Werderstraße 15. — Freiheitsklänge 2, Oberwaldstraße 5. — Kaiser'scher Quartettverein, Krautstr. 6 bei Rudolph. — Arbeitergesangverein von Britz in Britz, Bürgerstr. 4 bei Dorn. — Junge Eiche, Reinickendorf, Gesellschaftsstr. 11 bei Hartmann. — Georgina, Manteuffelstraße 45 bei Liewald. — Einig, Straussbergerstr. 3 bei Birk. — „Vorwärts" 7 Rummelsburg, Göthe- und Kaiserstraße-Ecke bei Greinert. — Seeger'scher Männerchor, Frankfurterstraße 18 bei Kaprolatis. — Dämmerlicht, Doppel-Quartett, Landsberger Allee 152 bei Krause. — Süd-Ost 2, Falckensteinstr. 7 bei Trittelwitz. — Felsenburg, Krautstraße 6 bei Rudolph. — Gemischter Chor Wedding, Müllerstraße 7 bei Reichert. — „Glühlicht" (gem. Chor), Perlebergerstr. 28, bei Hermerschmidt. — Steinnelke, Neue Hochstr. 49 bei Altmann.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. (Zuschriften sind zu richten an P. Henkel, Bergmannstraße 14, Hof 2 Tr.) **Mittwoch:** Pollack-Klub Lustige Brüder, Manteuffelstr. 46 bei Liewald. — Geselliger Verein Fridolin, Brunnenstraße Nr. 55 bei Wolff. — Rauchklub Eiserne Pfeife, Triftstr. 1 bei Hoffmann — Humoristischer Rauchklub, Görlitzerstraße 42 bei Picht. — Geselliger Verein Brüderlichkeit Georgenkirchstraße 65 bei Müller. — Musikverein Paukenschwengel Annenstraße 16 bei Ehrenberg. — Verein Rhetorik Naunynstr. 66 bei Zubeil Abends 8½ Uhr. — Geselliger Verein Hoffnung Lebuserstraße Nr. 5 bei Nemitz (alle vierzehn Tage). — Theaterverein Proletariat, Naunynstr. 83 bei Röhn. — Vergnügungsverein Amor II, Prinzen-Allee 10 bei Bergemann. — Touristenklub Freiheit und Wohlergehen, Neuenburgerstr. 37 bei Regenberg. — Rauchklub Rothe Fahne, Abends 9 Uhr, Oppelnerstr. 44, Restaurant Taubenbörse. — Skatklub Kreuz-Solo Krautstr. 48 bei Rattke. — Kegel-Klub „Lustige 13", Abends 9 Uhr bei Sauermann, Adalbertstraße 8. — Schafskopfklub Spar-Agnes, Abends 9 Uhr, Blumenstr. 46 bei Wenck. — Arbeiter-Zitherverein Einigkeit, Abends 9½ Uhr, Wrangelstr. 141 bei Schmidt.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch. Gesangverein Knospe, Abends 9 Uhr, im Restaurant Wahlstatt, Belle-Alliancestraße. — Musikverein Vorwärts, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Langestraße 106 bei Nebelin. — Männer-Gesangverein Waldkapelle 2, Abends 9 Uhr, Restaurant Kayser, Skalitzerstr. 22. — Musik-Dilettantenverein Preciosa, Abends 8½—11 Uhr Uebungsstunde in Geisler's Restaurant, Fenn- und Tegelerstraßen-Ecke. — Männer-Gesangverein Apollo, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schulze, Beuthstr. 18—19.

Turnverein Hoffnung, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schröder, Manteuffelstr. 9. — Kraftturnverein Jugendkraft, jeden Mittwoch und Sonnabend 9—11 Uhr Abends bei Labe, Zeughofstr. 6. — Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männer-Abtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr Abends in der Turnhalle, Freienwalderstraße 38. — Kraftturnverein Berolina, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Faustmann, Reichenbergerstraße 73a. — Athletenverein Atlas, Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Brunnenstraße 154, Lokal Konkordia. — Berliner Turngenossenschaft: Die 3. Männer-Abtheilung turnt jeden Mittwoch und Sonnabend Abend von von 8½—10½ Uhr in der Chorinerstr. 74. — Turnverein „Fichte" (Mitglied des deutschen Arbeiter-Turnerbundes). Die 1. Männer-Abtheilung turnt Mittwoch und Sonnabend von 8½—10½ Uhr Friedenstr. 37.

Theater- und Vergnügungs-Verein Humanitas Abends 9½ Uhr bei Reeck, Lothringerstr. 94. — Theaterverein „Vulkania 2", Abends 9½ Uhr, bei Schulz, Veteranenstr. 18. — Bühnenverband Othello, Abends 9 Uhr, Restaurant Lothringerstraße 101. — Theater- und Leseklub Morgenroth, jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, im Restaurant Diete, Lothringerstr. Nr. 47. Theaterverein Xerxes tagt jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, bei Gützlaff, Großgörschenstraße 3. Gäste willkommen. — Heimathlust, Sitzung jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, bei H. Lange, Stromstr. 34.

Geselliger Vergnügungsverein Regia, Abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstraße 31. — Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 140. — Fidele Brüder, bei H. Mrose, Lachmannstr. 5. — Touristenverein „Frei Weg", Abend 9 Uhr bei Siedlaklub, Manteuffelstraße 86. — Arbeiter-Zitherklub „Freiheitsklänge", Abends von 8—11 Uhr, bei R. Pommerenke, Bahnstraße 23, am Bahnhof Großgörschenstraße. — Zitherklub Alpenglöckchen-Edelweiß. Uebungsabend Gipsstr. 11 bei Collmann. Damen und Herren als Mitspieler willkommen. — Verein Wohlgemuth jeden Mittwoch 9½ Uhr Sitzung mit Damen bei Weigmann, Andreasstr. 32. — Vergnügungsverein Hand in Hand 2, Abends 9 Uhr, im Restaurant Müller, Große Frankfurterstraße 90—91. — Gesellschaft Hero, Abends 9 Uhr, Sitzung Brunnenstr. 155 bei Heft. — Arbeiter-Zithverein Einigkeit, Abends ½9 Uhr: Uebungsstunde bei Nowack, Manteuffelstr. 9.

Rauchklub Rochloch, Abends 9 Uhr, bei Kierstein, Admiralstr. 39. — Rauchklub Rothe Nelke, bei Steuer, Weinstr. 22. — Humoristischer Rauchklub, Abends 9 Uhr, bei A. Niemann, Görlitzerstr. 42. — Rauchklub Sanssouci, Boeckhstraße 41. — Rauchklub Ohne-Zwang, Abends 9 Uhr bei Späth, Weinstr. 29. — Rauchklub Grüne Quaste, Abends 9 Uhr, bei Schlüter, Kleine Markusstr. 10. Rauchklub Vulkan, Abends 9 Uhr bei Rachfall, Waldemarstr. 19. — Rauchklub Goldene Quaste, Abends 9 Uhr bei Muß, Josefstraße 8. — Rauchklub Schmokes-Werke, Köpenickerstraße 121a bei Schöbel. — Humoristische Pfeifenbrüder, Abends 9 Uhr, Klosterstraße 83, beim Genossen W. Salzwedel. — Rauchklub Deutsche Eiche, Abends 9 Uhr bei John, Waldemarstr. 52. — Rauchklub Lustige Brüder Abends 8½ Uhr Pücklerstr. 61 bei Faulhaber. — Rauchklub Arcona Abends von 8—11 Uhr bei Bernhard, Skalitzerstr. 41. — Rauch-Klub Einfach, Abends 9 Uhr, Manteuffelstr. Nr. 5 bei Vogt. — Altdeutscher Rauchklub bei Gädecke, Münchebergerstr. 5. — Rauchklub Granada, Abends 9 Uhr, Forsterstr. 49 bei Tugunke. — Rauchklub Rothe Fahne, Mittwoch Abends 9 Uhr, Oppelnerstr. 44, Restaurant zur Taubenbörse. — Rauchklub Sumatra Süd-Ost, Sitzung alle Mittwoch, Abends 9 Uhr bei Tilgner, Forsterstr. 22.

Skatklub Treff, Abends 8½ Uhr, bei Otto Zabel, Frankfurter Allee 49. — Skatklub Kareau-As bei Lange, Friedrichsberg, Wartenbergstraße 67.

Arbeiter-Zeichenverein Einigkeit Abends ½9 Uhr Uebungsstunde bei Schmidt, Wrangelstr. 141.

German American Club. 9 o'clock Restaurant Belvedere, An der Jannowitz-Brücke. — Ladies and Gentleman are invited.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting with Ladies every Wednesday at 9 o'clock at Neumann's Restaurant, Rosenthalerstr. 36. Guests are welcome.

Club Uncle Sam. 9 o'clock Jack's Restaurant, 15 Hoher Steinweg. English speaking guests are quite welcome.

Vermischtes.

Patriotisches. Zwischen Soldaten des in Thorn garnisonirenden Pionierbataillons und des 21. Infanterieregiments entstand bei einem Tanzvergnügen, das zur Geburtstagsfeier des Königs von Preußen abgehalten wurde, eine Schlägerei, in der mehrere Soldaten so schlimme Verwundungen davontrugen, daß sie in das Lazareth aufgenommen werden mußten.

Aus der Gesellschaft. In Zusammenhang mit dem jüngst von uns gemeldeten Theaterskandal in Aachen steht ein Inserat, das man in dortigen Blättern findet: „Bezugnehmend auf die kürzlich im Stadttheater zu Aachen gegen unsern 24jährigen Sohn, den Baritonisten Hermann Gura, gerichteten, durchaus gerechtfertigten Demonstrationen erklären wir hiermit, daß wir uns von unserm Sohn Hermann vollständig losgesagt haben. Seine moralische Haltung während der tödtlichen Krankheit und kurz nach dem Hinscheiden seiner schwer duldenden edlen Gattin war derart, daß wir ihm die Führung unseres Namens der Oeffentlichkeit gegenüber untersagen mußten. Eugen Gura, königl. bayerischer Kammersänger, und Frau."

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Der „Sozialist" bespricht in seiner letzten Nummer die Betheiligung der sozialistischen Studenten am Genfer Kongreß und bringt am Schlusse seiner Besprechung folgenden Satz:

„Uebrigens ist es erfreulich, zu sehen, wie wenig sozialdemokratisch die neue sozialistische Studentenbewegung in Deutschland auftritt und wie sie auf dem besten Wege ist, in das Lager der Anarchie zu gehen."

Die übergroße Mehrheit der Studenten, welche an der Absendung eines Delegirten und einer Adresse betheiligt waren, verwahrt sich ganz energisch dagegen, auf einem Pfade zu wandeln, der in das Lager der Anarchie führt.

Mit Ausnahme eines geradezu verschwindenden Bruchtheils stehen die an obigen Vorgängen Betheiligten durchaus auf dem Boden des Marxistischen Sozialismus. Es war von jeher unsere Gepflogenheit, die Zugehörigkeit zu unserer Gemeinschaft nicht einem Gewissenzwange zu unterwerfen und zu beanspruchen, daß alle Betheiligten auf ein bestimmtes Programm eingeschworen sein mußten; es genügte uns, zu wissen, daß alle von der ehrlichen Absicht durchdrungen waren, das Interesse des Proletariats in sozialistischer Richtung zu fördern.

Um so größer ist der Mißbrauch dieses so winzigen Bruchtheils, wenn er glaubt, seine höchsteigenen Ansichten für die der gesammten an obigen Vorgängen betheiligten Studenten ausgeben zu dürfen. Es wäre doch auch höchst eigenthümlich, wenn Anarchisten einen Delegirten gesandt hätten, der so, wie Dr. Luz vollständig auf dem Boden der Sozialdemokratie steht.

Zum Schluß haben wir nur zu erklären, daß es uns der preußische Militär- und Kirchenstaat verbietet, mit unserem Namen unsere Sache zu vertheidigen.*)

Für viele Einige.

Briefkasten der Redaktion.

R. H. 45. Anzeige beim Staatsanwalt des Landgerichts II und Klage gegen B. beim Amtsgericht auf Auszahlung der unterschlagenen Summe.

A. W. 2. Kommen Sie in die Sprechstunde und bringen Sie den Kontrakt Ihres Vorgängers mit, wenn er Ihnen übergeben worden ist.

F. F. Wenden Sie sich an das deutsche Konsulat in Melbourne.

*) Uns sind natürlich die Namen der Einsender bekannt. Red. des „Vorwärts".

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzl., Zahnschmerz beseitigt, schmerzloses Zahnziehen. Theilzahlung. **Goldstein,** Oranienstr. 123.

Echt Stonsdorfer
Likör à Ltr. 1,20, 5 Ltr. 5,50, 10 Ltr. 10, 50 Ltr. 47,50, 100 Ltr. 90 Mark.
Eugen Neumann & Co., Inh. **Conrad Neumann,**
6a, Belle-Alliance-Platz 6a. 610M
81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **37**
Gold-, Silber-,
Alfénidewaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Straße **37**

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand,** in **billigster Preislage,** empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung, **Brunnenstr. 185.**
Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

Wichtig für jede Hausfrau!
Für die
Fastnachts-Bäckerei
ist **Müller's**
Kokosnussbutter
das **beste** u. **billigste Backfett.**
Preis pro Pfund **70** Pfennige.
Von 5 Pfund an **65**
Zu haben in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen, sowie in der
Haupt-Niederlage
56 Kronenstr. 56
zwischen Friedrich- und Charlottenstraße.
Gr. Ersparniss im Haushalt!

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst- und Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Dann's
Spezial-
Trauer-Magazin
Neanderstraße 38
empfiehlt
sämmtliche Artikel zur Trauer.
Bitte genau auf Firma zu achten.

Großer Ausverkauf
meines ganzen Winterlagers bis 20. Februar. Verkaufe jetzt hochelegante Jaquets 8—12 M., früher 20 M. Seidenplüsch-Jaquets, bisher 60, jetzt 30,—. Capes, herrliche Ausführung, jetzt 12,50, 200 hochelegante Straßen- und Abendräder, alle Farben, jetzt 10, 12, 16 M., Regenmäntel, Modelle fürs Frühjahr, 10—18 M.
Leipzigerstraße 91, 1 Treppe.

Schlafst. zu verm. b. Gen. Scheil, Stralsunderstr. 4, v. 3 Tr. l. 1540b

Inventur-Ausverkauf.
Gardinen-Reste
zu 1—4 Fenstern passend, spottbilligst in der Fabrik **Grüner Weg 80,** part. Eingang vom Flur. 5490L*

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg
5444L* **H. F. Dinslage,**
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Maskengarderobe zu billigst. Preisen empfehle Freunden und Genossen.
5507L* **F. Stenzel,**
Jetzt: **Dresdenerstr. 133.**

Schinkestraße 10—11
kleine und Mittel-Wohnungen von **60 Thaler** an sogleich und später zu vermiethen.

Kunden-Tischlerei mit guter Kundschaft ist Umstände halber sof. zu verk.
1462b] **W. Kaiser,** Friedrichstr. 3.

Möbl. Schlafst. z. v. Ramlerstr. 2, v. 4 Tr. Preis 10 M. 1516b

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 25. Mittwoch, den 31. Januar 1894. 11. Jahrg.

„Es lebe die Kommune!“

Paris, den 28. Januar 1894.

Die Kammer war gestern der Schauplatz einer Szene, die eine viel nachhaltigere Wirkung im Lande haben wird, als alle vergangenen und zukünftigen anarchistischen Attentate zusammengenommen, weil, was sich da abspielte, ein lebhaftes Echo in den Herzen aller Proletarier finden wird und zwar ein umso lebhafteres, als sie nicht vorbereitet, sondern direkt provozirt war. Clovis Hugues interpellirte die Regierung in einer von Geist sprudelnden Rede über die jüngsten Haussuchungen, Verhaftungen, Briefstiebereien und die sonstigen Angriffe auf die individuelle Freiheit, wobei er nachwies, daß die Regierung dabei hauptsächlich bestrebt war, die Sozialisten zu treffen und der Gewerkschaftsbewegung Hindernisse in den Weg zu legen. Der Minister des Innern, Raynal, suchte natürlich all dies zu leugnen, worauf aber Viviani, der gleich Clovis Hugues sozialistischer Abgeordneter von Paris ist, an den Verfolgungen der Arbeitersyndikate des Allierdepartement nachwies, daß die Regierung mit den jüngst über Hals und Kopf votirten Gesetzen die Gewerkschaften und die sozialistische Partei zu treffen suchte. Da erhob sich Herr Chaudey, ein früherer Unterpräfekt, der an Stelle des nun im Zuchthause sitzenden Arbeitsminister Barhaut zum Abgeordneten gewählt wurde, um einen durch nichts gerechtfertigten Ausfall auf die Pariser Kommune von 1871 zu machen, der um so ungeheuerlicher, um so widerlicher klang, als Herr Chaudey gleich bei Beginn der Sitzung das Wort verlangt hatte, der Ausfall also ein im vorhinein berechneter und beabsichtigter war. Herr Chaudey konnte allerdings nicht lange reden; denn kaum sagte er: „Wenn man die Kommune hinter sich habe und einer Partei angehöre, deren Mitglieder, wie dies erst jüngst Jules Guesde in einem Artikel gethan, sich als Rächer der Kommune hinstellen, dann habe man kein Recht, gegen die Verletzung der Freiheit zu protestiren“, da rief der sozialistische Abgeordnete von Montluçon (Allierdepartement), Thivrier, ein ehemaliger Grubenarbeiter, ein donnerndes „Vive la Commune!“ in den Saal hinein, das ein vielfaches Echo in den Reihen der sozialistischen Fraktion fand und eine unbeschreibliche Bestürzung im ganzen Hause hervorrief. Es bedurfte einer Weile, ehe der Präsident sagte, er werde diesen „odiosen Ruf“ nicht dulden und beantragte, daß auf Thivrier der Artikel 124 der Kammerordnung, d. i. die Rüge sammt zeitweiligem Ausschluß aus der Kammer, angewendet werde. Aufgefordert, sich vorher zu rechtfertigen, erklärte Thivrier, daß er nicht wie der Auvergner — der Kammerpräsident stammt aus der Auvergne — für dieselbe Sache ein Ja und ein Nein habe. Er und seine Freunde haben gegenüber den gegen die Kommune geschleuderten Infamien „Es lebe die Kommune!“ gerufen und er halte seinen Ruf vollständig aufrecht. Die Majorität hatte natürlich der Anwendung des Art. 124 der Kammerordnung beigestimmt, was aber nur zur Folge hatte, daß der dem Herrenthum so furchtbare Ruf: „Vivo la Commune!“ abermals durch den Saal brauste, während Thivrier, aufgefordert, die Kammer zu verlassen, erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen. Dupuy ließ nun die Tribünen räumen und die Sitzung für eine halbe Stunde aufheben. Während dieser Zeit erschien der Oberst der Kammerwache, begleitet von einem Dutzend Gardisten, um Thivrier, der umgeben von den sozialistischen Abgeordneten — die anderen hatten fast sämmtlich gleich nach Aufhebung der Sitzung den Saal verlassen — nicht von seinem Sitze wich, zum letzten Mal aufzufordern, freiwillig den Saal zu verlassen. Auf seine Weigerung: „Meine Wähler haben mich nicht hieher geschickt, um meinen Sitz leer zu lassen“, gab der Oberst seinen Leuten den Befehl, gegen Thivrier mit Gewalt vorzugehen. Da erhob sich Thivrier von seinem Sitze, den Gardisten in mitleidig bitterem Tone zurufend: „Ich habe nichts gegen Euch; Ihr seid gleich mir Kinder des Volkes und folgt als Soldaten dem Befehle; aber ich erhebe mich gegen diejenigen, die Euch dieses schmutzige Werk verrichten lassen, und ich rufe noch einmal: „Es lebe die Kommune!“ Und: „Es lebe die Kommune!“ riefen alle übrigen sozialistischen Abgeordneten, während sie ihn zum Saale hinausbegleiteten . . .

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhielt Eduard Vaillant das Wort, welcher unter stetigem Lärmen der Majorität, die der Präsident keinen Moment zur Ruhe verwies, erklärte, daß er gleich nachdem die Zensur gegen Thivrier geübt wurde, das Wort verlangt hatte. Er wollte, daß gegen ihn und seine sozialistischen Freunde, die gleich Thivrier gerufen: „Es lebe die Kommune!“ in derselben Art wie dieser behandelt werden, da sie sich mit ihm in vollständiger Solidarität befänden. Nun er gesehen habe, wie ein Erwählter des Volkes von seinem Platze, wohin ihn das Vertrauen seiner Mitbürger gestellt hat, mit Gewalt entfernt werde, verlange er noch das Wort, um den Angriffen zu begegnen, deren Ziel die Kommune war. „Ich, der ich die Ehre hatte, die höchste Ehre meines Lebens . . .“

Präsident: Sie haben das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Bleiben Sie bei der Frage.

Vaillant: Ich habe mich durch die gegen die Kommune gerichteten Beschimpfungen persönlich berührt gefühlt, denn die größte Ehre meines Lebens ist es, an der Kommune betheiligt gewesen und zu einem ihrer Mitglieder ernannt worden zu sein. Ich bin von meinen Wählern hierher geschickt worden, um das Befreiungswerk der Revolution fortzusetzen, und die Kommune ist eine der größten revolutionären Bewegungen gewesen. Das Volk von Paris hat unter der Kommune für die Vertheidigung der Republik und die Forderungen der Arbeiter gekämpft. Es ist Dank der Kommune, daß die Republik besteht. Wenn es gegenwärtig eine Republik in Frankreich giebt, so schulden Sie dies der Kommune. Diese Republik ist heute nur ein Name, und wir, die Kommunarden, die Revolutionären sind es, welche die wahre Republik gründen werden, die wir 1871 gerettet haben.

Diese männliche Erklärung wurde von der Majorität des Hauses nur mit unartikulirten Lauten aufgenommen. Und selbstverständlich hatte diese Majorität darauf nichts Eiligeres zu thun gehabt, als in einer von dem Abgeordneten Jumel apportirten Tagesordnung der Regierung ihr volles Vertrauen auszudrücken.

Die panamistischen Blätter weisen darauf hin, daß der Vater des Abg. Chaudey als Geißel der Kommune erschossen worden war. Davon aber, daß dessen Vater am 22. Januar 1871 als Adjunkt des damaligen Pariser Bürgermeisters auf die vor dem Hotel de Ville angesammelten Demonstranten feuern ließ, werden sie ebenso wenig sprechen wie davon, daß die Geißeln erst erschossen wurden, nachdem der Rath der Kommune nicht mehr beisammen war und Paris durch die Blutthaten der Versailler Truppen bereits zur äußersten Verzweiflung getrieben worden war. Wie die kapitalistischen Blätter 1871 der Versailler Regierung, die das ganze Ausbeuterthum sammt dem dazu gehörigen Dirnen- und Zuhälterthum auf ihre Seite hatte, gegen das Paris der Arbeiter, gegen die Regierung der Enterbten dienten, werden sie natürlich auch jetzt wieder wie ja bei jeder Gelegenheit, für die Ordnungsbanditen eintreten. Aber um so lauter wird nur aus dem französischen Proletariat heraus der nun zu seinem Losungswort gewordene Ruf ertönen: „Es lebe die Kommune!“

Soziale Uebersicht.

Achtung! Delegirten der Gewerkschafts-Kommission!

Diejenigen Delegirten, die noch Billets von der Weihnachts-Matinee der Gewerkschafts-Kommission in Händen haben, werden ersucht, umgehend im Bureau derselben, Rosenstr. 28 v. I., abzurechnen.

Der geschäftsführende Ausschuß der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Der Streik der Former in Nürnberg hat sich nahezu auf alle Werkstätten ausgedehnt, es befinden sich ca. 240 Mann im Streik. Zuzug ist strengstens fernzuhalten. Schriftliche Sendungen sind zu richten an das Streik-Komitee, Gasthaus zum „Wilden Mann“, Wöhrd-Nürnberg. — Der Versuch der Unternehmer, in Pagnitz Guß zu erhalten, ist mißlungen. Die dortigen Arbeiter haben das Ansinnen, für die hiesigen Fabriken zu arbeiten, einmüthig zurückgewiesen; vermuthlich kommt es auch dort zur Arbeitseinstellung.

Die Brauer in der Lindenauer Brauerei (Leipzig) streiken wegen nicht bewilligter Verkürzung der Arbeitszeit.

Zeichen der Zeit. Bei der Auslegung der Wählerliste für die Bürgerschaftswahl in Eimsbüttel bei Hamburg stellte sich heraus, daß von 570 Bürgern 100 nicht mitwählen konnten wegen rückständiger Steuern.

Ein Flugblatt in polnischer, italienischer und czechischer Sprache wird demnächst durch die Generalkommission zur Versendung gelangen. In einem Aufruf im „Korrespondenzblatt“ fordert die Generalkommission die Vertrauensmänner der Gewerkschaften auf, ihr mitzutheilen, wieviel sie in den einzelnen Orten Flugblätter benöthigen. Sobald die warme Jahreszeit beginnt und die fremdländischen Arbeiter nach Deutschland zuströmen, soll mit der Vertheilung begonnen werden.

Zu dem Bericht der Generalversammlung der Vereinigung der Maler x. Deutschlands, den wir gestern veröffentlichten, sei noch folgendes nachgetragen. Annahme fand folgende Resolution:

Angesichts der ohne Unterschied in allen Arbeitszweigen vorherrschenden elenden Verhältnisse in Bezug auf Lohnhöhe als auch auf die anderen Arbeitsbedingungen, ist die Arbeiterschaft nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, auf dem Wege der Koalition mit allen Mitteln eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben. Eines der wirksamsten und wichtigsten hierzu ist unstreitig die wohlorganisirte und wohlvorbereitete Arbeitseinstellung. — Die Generalversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Halberstädter Gewerkschaftskongresses einverstanden und beschließt somit den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 1. April 1894. — Die Nachbezahlung der Steuern an die Generalkommission lehnt die Delegirtenversammlung ab.

Beschlossen wurde ferner, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß den Antrag zu stellen, daß sich sämmtliche Gewerkschaftsblätter zu verschmelzen haben und dafür ein tägliches, allgemeines Gewerkschaftsorgan erscheinen zu lassen.

Ein Muster für „Hausordnung und Arbeitsregel“ hat ein „braver“ Gerbermeister aus dem Schwabenland ausgearbeitet und empfiehlt es nun seinen Genossen, den Kleinmeistern aller Branchen. In diesem löblichen Bestreben wollen wir ihm hilfreich die Hand bieten und diese famose „Hausordnung“ hier festnageln. Herr Samuel Beil, so heißt der Mann, hat in seinem Hause folgende Bestimmungen getroffen:

Hausordnung und Arbeitsregel.

Es ist mein Bestreben, daß sich meine Gehilfen und Arbeiter eines religiös sittlichen Lebenswandels befleißigen, denn siehe, die Furcht des Herrn, das ist Weisheit, und meiden das Böse, das ist Verstand. So hat schon Hiob vor viertausend Jahren gesagt, und wer das Wort Gottes, d. h. die Liebe Gottes zu den Menschen an sich erfahren hat, wird bezeugen müssen, daß es keine bessere Richtschnur und Weg zum Leben giebt, als eben Gottes Wort. Ich erwarte deshalb von meinen Arbeitern: 1. Daß sie den Gottesdienst am Sonntag regelmäßig besuchen; 2. daß sie sich Sonntags wie in der Woche derart aufführen, wie es sich für einen Christen ziemt; 3. daß sie sich nicht betrinken, sich nicht an unordentlichen, wüsten Gesellschaften betheiligen, worunter ich auch die der Sozialdemokraten rechne. 4. Das Blaumachen sowie jedes unerlaubte Wegbleiben von der Arbeit wird im Wiederholungsfalle mit Entlassung bestraft. 5. Das Haus wird Sonntags um zehn Uhr Abends, in der Woche um halb elf Uhr Abends geschlossen. 6. Vorschuß wird keinem gewährt, denn: Spare in der Zeit, so hast Du in der Noth. Um das frühe Nachhausekommen scheint er am meisten besorgt zu sein; jedenfalls befürchtet er, daß andernfalls die Ausbeutung der Arbeitskraft seiner Gesellen am nächsten Tage irgend einen Aufschub erleiden könnte. Ist nun durch Meister Beil die Zahl der Sozialistenfresser wieder um einen vermehrt, so muß doch wohl endlich die Sozialdemokratie gänzlich zu grunde gehen — oder nicht?

Die Familien unserer Volksschullehrer werden, wenigstens in ihrer großen Mehrheit, schon bei Lebzeiten des Familienoberhauptes nicht allzu sehr verwöhnt; die Vertreter von „Bildung und Besitz“ sorgen schon dafür, daß der Lehrer seine „Schlemmerei“ nicht zu weit ausdehne. Ist aber der Ernährer gestorben, dann ist die Familie in eine recht traurige Lage gebracht; die Wittwenpension der schlesischen Lehrerwittwen beträgt 250 M. pro Jahr. In anderen Staaten, so in Hessen, sind die Lehrerwittwen freilich etwas besser gestellt; sie erhalten dort bis 450 M. Die Lehrerwittwen der Provinz Schlesien haben nun eine Gesammtpetition an den Landtag gerichtet, in der sie auf die Unzulänglichkeit der Pension hinweisen und Mehrforderungen stellen. Im Landtag, wo die Junker, die „noch keine verhungerte Lehrerwittwe“ gesehen, die Macht haben, dürfte wohl wenig Verständniß für die Lage der Petenten vorhanden sein.

Das Kohlensyndikat hat beschlossen, bei neuen Abschlüssen die Gas- und Flammkohlenpreise um 1 M. pro Tonne zu erhöhen. Demnächst soll über eine weitere Einschränkung der Förderung berathen werden.

Jeden Rest von Scham muß der „Edelste und Beste“ verloren haben, welcher nachstehende Annonce in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ einrücken ließ:

Ein Garde-Kavallerie-Offizier
große, schöne Erscheinung, von **altem Adel**,
27 Jahre alt, wünscht
Finanz-Heirath.
Adressen erbitte lagernd Hauptpost in Dresden
unter Chf. v. W. I.

Gegen solch zynische Schamlosigkeit ist die Prostitution auf der Straße die reine Tugend.

Wie John Neve verhaftet wurde.

III.

Groß war mein Erstaunen — schreibt Trautner — als ich am Abende des folgenden Tages ein „Bloch“ unterzeichnetes Telegramm erhielt, das mich einlud, unverzüglich nach dem Grand Hotel Britannique zu kommen.

Wer war „Bloch“? Es war der Name, unter dem ich mich Hrn. Möhlig hatte vorstellen sollen. War's Herr Möhlig? War's ein Herr von Berlin? Am Ende war's mir gleichgiltig. Ich hatte keine Lust, mit dieser Schmutzaffäre noch mehr zu thun zu haben. So antwortete ich trocken:

„Durch Arbeit verhindert. Wenn dringend, kommen Sie. Ich werde Sie erwarten.“

Anderthalb Stunden später hielt ein Wagen vor meiner Hausthüre. Ich schritt dem Ankömmling entgegen, und mein Erstaunen erreichte den Gipfelpunkt, als ich in demselben keinen Anderen erkannte als den Herrn **Polizeidirektor Krüger** in eigenster Person.

Ich führte ihn nach meinem Schreibzimmer, und da seine ersten Worte waren: „Was ist denn mit Ihnen? Das erste Mal (sic!), wo Sie einem einen wirklich großen Dienst (!) hätten leisten können, sind Sie bockbeinig!“ so antwortete ich ihm, durch seine Art nicht gerade angenehm berührt: „Herr Direktor, mit solchen Leuten kann ich nicht zusammen arbeiten.“ (?)

Dann setzten wir uns nieder und ich erzählte ihm, seiner Aufforderung folgend, den bisherigen Verlauf der Sache. Als ich im Laufe meines Berichtes die Bemerkung fallen ließ: „Ich bin fest überzeugt, daß Peukert ein Agent provokateur ist, wenn nicht der Ihre, dann ein anderer, jedenfalls ist er sich bewußt, den Neve zu verderben,“ — da warf Herr Krüger nach mir einen eigenen Blick, wie wenn er sagen wollte: „Was und wie viel weißt du über Peukert's geheime Beziehungen?“ Aber er sagte blos: „So, meinen Sie wirklich?“ Dann setzte ich ihm auseinander, daß nur zwei Möglichkeiten vorhanden seien: Entweder waren Peukert und Leonhard keine — bewußte oder unbewußte — Werkzeuge der Polizei — dann bekamen Herr Möhlig und sein Begleiter voraussichtlich in Lüttich ihre Hiebe, sobald sie versuchen würden, sich Neve zu nahen; denn dann hatten die beiden „Anarchisten“ ihre Lütticher Freunde schon von der Ueberwachung benachrichtigt; — oder aber Peukert und Leonhard waren gleich Reuß Werkzeuge der Polizei, arbeiteten ihr zum mindesten in die Hände, Peukert wissentlich, Leonhard vielleicht aus Unverstand, — dann war das Judaswerk schon gethan.

Darauf erwiderte Herr Krüger gar nichts.

Plötzlich hielt eine andere Droschke vor meinem Hause. Eine Minute später klopfte es an meiner Thüre. Herein! Eintrat — Herr Möhlig.

Herr Möhlig war nach Brüssel durch Herrn Krüger zurückberufen worden, und hatte letzteren in dessen Hotel aufgesucht. Dort erfuhr er, daß Herr Krüger sich nach der deutschen Gesandtschaft begeben hatte, von wo er wiederum zu mir verwiesen wurde.

Es war das erste Mal, daß Herr Möhlig den Mann sah, der — leider — ohne Uebertreibung als der mächtigste im Reich nach dem Kanzler angesehen werden kann, in dessen Händen das Geschick und die Ehre von Tausenden von Menschen ruht. So stellte sich Herr Möhlig mit allen Anzeichen tiefsten Respektes vor, obwohl Herr Krüger nicht sein hierarchischer, sondern nur sein moralischer Vorgesetzter war.

Nach einigen banalen Höflichkeitsphrasen begann Herr Möhlig seinen Rapport in Sachen Neve.

Ich lehnte mich in meinen Stuhl zurück und betrachtete die beiden Männer, eifrig lauschend auf jedes Wort. Ich hatte manche Perfidie gehört und gesehen während der letzten 5 Jahre, aber keine hatte mich so angeekelt wie die, von der ich einen detaillirten Rapport zu hören im Begriffe stand.

Doch Herr Polizei- und Landeskommissär Möhlig hat das Wort:

„Wir fuhren im gleichen Zug mit Peukert und Reuß,“ begann er zu berichten. „In Lüttich angekommen, richtete Peukert ein paar Worte an seinen Begleiter und verließ ihn dann, um sich nach dem Innern der Stadt zu begeben. So hatten wir*) Gelegenheit, mit Reuß zu sprechen, der uns sagte, daß Peukert gegangen war, um Neve aufzusuchen und ihn nach einem kleinen Kaffeehause gegenüber dem Bahnhof zu bringen. Wir ließen hierauf den Reuß allein, und hielten uns in der Nähe der Wartesäle auf, während Reuß im Wartesaal sich auf ein Sopha legte und sich schlafend stellte. So wurde er von Peukert gefunden, der ihn aufweckte, worauf die Beiden nach dem Kaffeehaus hinübergingen, wohin Peukert den ahnungslosen Neve geführt hatte. Als Reuß dort versuchte, Neve zu versöhnen und sich „von dem schändlichen Verdachte der Spionage“ zu reinigen, erklärte ihm jener rund heraus, daß er mit ihm nichts zu thun haben wolle, und daß er machen solle weiterzukommen.

* * *

Unterbrechen wir einen Augenblick die Trautner'sche Erzählung und lassen wir den auf 15 Jahre im Zuchthaus lebendig begrabenen Neve selber sprechen.

Am 1. Januar waren Peukert und Reuß in Brüssel eingetroffen, am 2. in Polizeibegleitung nach Lüttich weitergereist, und bereits am 14. Januar sah Neve sich veranlaßt, einem seiner Londoner Freunde, dem Tischler Trunk, wie folgt zu schreiben:

„Der lange Josef (Peukert) kam nicht allein, sondern der e . . . . . Reuß war bei ihm. Wie ich mit dem Kerl verfahren bin, kannst Du Dir denken, ich sagte ihm wörtlich Folgendes: Für mich bist Du ein charakterloser Mensch und ein Lügner, und **wenn Du gekommen bist, um im Trüben zu fischen**, thust Du besser, so schnell wie möglich Dein Retourbillet zu lösen.“

In demselben Briefe heißt es indeß noch weiter:

„Dieser Besuch hat aber ein Nachspiel gehabt. Als ich am letzten Samstag mit dem Nachtzug nach V(erviers) fuhr, wurde ich polizeilich bis zum Bahnhof verfolgt; in V. angekommen, erfuhr ich, daß Bertrand (der bekannte belgische Genosse, Redakteur am „Peuple“), den ich persönlich nicht kenne, an Blauwalet, Redakteur des „Avenir“ in Lüttich, ein Telegramm, wohlgemerkt, folgenden Inhalts schickte: „Der (meinen Namen nennend) soll nicht nach V. gehen, man wartet auf ihn.“ Dieser schickte dasselbe Telegramm an F. in V., und dieser

*) Wir. Das Wörtchen spricht Bände. Wenn Peukert kein Verräther war, weshalb folgte ihm Dornerer nicht!? Peukert ging Neve suchen; wenn er „echt“ war und ihn fand, was dann? War es nicht die Pflicht der Polizeibeamten, nicht nur zu wissen, wohin Neve ging nach dem Rendezvous, sondern auch woher er kam? Peukert selbst wußte nicht, wo ihn finden. Erst suchte er ihn in seiner früheren Wohnung; und er fand ihn erst nach einer kleinen Odyssee, um ihn . . . . . nach dem Bahnhof zu in die Nähe der Polizisten zu führen! Daß Reuß am Bahnhof war, war eine Komödie: Reuß war kompromittirt, Peukert gar nicht. Letzterer deckte seine Verantwortlichkeit durch Reuß. Volà tout!

Wien. Der Streik in der k. k. priv. Hutfabrik Zta dauert fort. Die Zahl der Streikenden beträgt 130, darunter 60 Familienväter. Der Geist der Streikenden ist trotz der Machinationen des Unternehmers ein vorzüglicher. Um Unterstützung wird dringend gebeten!

Wien. Die Kesselschmiede, 18 an der Zahl, in der Fabrik von Schranz und Rödiger, im 10. Bezirk, sind am 22. d. M. in den Streik getreten. Brutale Behandlung von seiten des Chefs, sowie Entlassungen von Vertrauensmännern, auch von Arbeitern, welche sich am Krankenstand befinden, war die Ursache hierzu. Zuzug ist fernzuhalten. Unterstützung erbeten; dieselbe übermittelt die Redaktion des „Oesterreichischen Metallarbeiter", IV. Heumühlgasse 12.

Ergebnisse des Zonentarifs in Ungarn. Die Verwaltung der ungarischen Staatsbahnen hat den statistischen Bericht über die Betriebsverhältnisse des Personenverkehrs auf ihren Linien für das Jahr 1892 veröffentlicht. Danach wuchs vom Einführungsjahre des Zonentarifs, also von 1888, bis zum Jahre 1892 die Anzahl der beförderten Personen um 216 pCt. und die darauf erzielte Einnahme um 40 pCt. In welchem Verhältniß sich gleichzeitig die Geldausgaben gesteigert haben, ist aus der amtlichen Publikation leider nicht ersichtlich. Die Länge der Staatsbahnlinien ist in dem angegebenen Zeitraum um 11 pCt. gewachsen, gegenüber der Verkehrssteigerung hat also nur eine ganz geringe Verdichtung des Bahnnetzes stattgefunden. Reduzirt man die Relativzahlen des Gesammtverkehrs auf die Einheit des Bahnkilometers, so ergiebt sich für das Jahr 1892 gegenüber dem Jahre 1888 bezüglich der Einnahme eine Zunahme von 28,9 pCt. (1891: 24 pCt.) und hinsichtlich der Reisendenzahl eine Steigerung um 192,1 pCt. (1891: 168,1 pCt.), welche kolossale Verkehrssteigerung dies bedeutet, wird noch deutlicher, wenn man vergleichsweise erwähnt, daß sich in der Jahresreihe 1888—1891 der Reisendenverkehr für das Bahnkilometer auf den österreichischen und preußischen Staatsbahnen nur um rund 34 pCt. steigerte.

Dieser Entwickelungsgang ist ganz natürlich. Die Verbilligung eines nothwendigen Verkehrsmittels muß seine stärkere Benutzung nach sich ziehen und damit die Einnahmen steigern. Bei uns im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte ist man dagegen bemüht, die Verkehrsentwickelung zu hemmen, die Freizügigkeit für die arbeitenden Klassen zu beschränken und den Landarbeiter zum Wohle der Junkerpartei an die Scholle zu fesseln.

Um die Leipziger Messe zu „heben", setzen die Groß- und Kleinkrämer alle Hebel in Bewegung. Von der Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen ist der Handelskammer zu Leipzig auf deren Eingabe vom 5. Dezember vorigen Jahres mitgetheilt worden, daß Meß-Sonderzüge zur nächsten Ostermesse versuchsweise von Dresden, Chemnitz und Plauen i. V. aus nach Leipzig abgelassen werden sollen.

Die in Belgien aus öffentlichen Mitteln unterstützten Personen haben von der Deputirtenkammer das Stimmrecht doch bewilligt erhalten; nur die Insassen der öffentlichen Armenanstalten sind vom Stimmrecht ausgeschlossen. Man scheint also in Belgien die Armuth doch noch nicht für ein so großes Verbrechen zu halten, als in Deutschland.

Das holländische Arbeitersekretariat hat sich für das Jahr 1894 aus folgenden Personen zusammengesetzt:

P. Wouters (Allgem. Tischler-Bund), erster Vorsitzender. Van Erkel (Intern. Bund der Anstreicher- und Tapeziergehilfen), zweiter Vorsitzender. W. van der Vliet (Allgem. Niederl. Tischler-Bund), erster Sekretär für die Korrespondenz in Holland. Christ. Corneliffen (Sozialdemokratische Partei), zweiter Sekretär für intern. Korrespondenz. Adresse: Damrak 100a, Amsterdam. Herrmann Kuyper (Diamantarbeiter-Verein), Kassirer.

Ueber die Arbeiterverhältnisse im Seine-Departement werden amtliche Erhebungen gepflogen, die jetzt zur Veröffentlichung gelangen. Dieselben haben ergeben, daß im Seine-Departement der Arbeitstag zehn bis elf Stunden beträgt, der Durchschnitt aber nicht 10½ Stunden erreicht, die Ueberstunden abgerechnet. Bei Ueberstunden geht der Arbeitstag oft über zwölf, erreicht aber selten vierzehn Stunden. Mit der meist anderthalbstündigen Essenszeit ergiebt der Arbeitstag zwölf Stunden. Jährlich wird an ungefähr 310 Tagen in den Betrieben gearbeitet, bei denen Erhebungen angestellt wurden. An Sonn- und Festtagen wird gewöhnlich geruht. Der durchschnittliche Tagesverdienst beträgt ungefähr 6,20 Franks für Männer und 3,15 Franks für Frauen; 75 pCt. der Arbeiter haben 4,25 bis 7,75 Franks den Tag; die meisten Arbeiterinnen 2 bis 4 Franks. Stückarbeit ist nicht immer ergiebiger für den Arbeiter als Stundenlohn.

Die arbeitslosen Juden des Ostends von London veranstalteten am letzten Sabbath eine Kundgebung in der alten Synagoge. In einem Nebengebäude des Gotteshauses waren hundert Schutzleute versammelt, um etwaige Ruhestörungen zu unterdrücken. Der Gottesdienst selbst ging in Ruhe und Ordnung ab. Als er aber zu Ende war, weigerten sich etwa hundert Arbeitslose, die Synagoge zu verlassen. Die Aufforderung des Gemeindedieners, fortzugehen, war vergeblich. Seine Betheuerung, daß der jüdische Armenpflegerath am Montag sich der Arbeitslosen nach Kräften annehmen werde, nützte nichts. Man erwiderte ihm, Brot und Obdach müßten sofort geschafft werden.

---

wiederum sandte seinen Jungen mit der Neuigkeit zu O. Ich reiste natürlich nicht und kehrte unbeanstandet zurück. Als ich am Montag zur Arbeit ging, war mein Logis **mit Polizei besetzt**; jetzt weiß ich, daß dieselbe schon die ganze Nacht dort Posten gestanden, und bis heute noch dort ist. In dem Augenblick, wo ich dieses schreibe, fehlt mir noch jeder Anhaltspunkt, nur weiß ich, daß auch in Brüssel die Nordstation überwacht wird. Du kannst Dir denken, daß mir allerlei Gedanken durch den Kopf schwirren, und ich werde mein Möglichstes thun, um mir Auskunft zu verschaffen; suche Du doch zu erfahren, ob Peukert und **Reuß** am Dienstag wieder in London waren, d. h. am letzten Dienstag vor acht Tagen (4. Januar). Mit Vertrand wird nächstens ein Genosse sprechen."

Du kannst Dir denken, daß mir allerlei Gedanken durch den Kopf schwirren," schreibt Neve, als er Tag für Tag die Maschen des Polizeinetzes sich immer enger um sich schließen sah, als er auf Schritt und Tritt die Häscher hinter sich erblickte, von dem Augenblicke an, da er am Lütticher Bahnhof „zur Strecke gebracht worden".

Im nächsten Briefe, vom 26. Januar, kam er wieder auf den Peukert-Reuß'schen Polizeibesuch zu sprechen:

„Freilich bin ich kein Sachverständiger, der im stande ist, Handschriften zu prüfen, auch hatte ich keine Zeit dazu, weil das Rendezvous auf der Station stattfand, **wo vier Polizisten zugegen waren, die uns beobachteten**, und ich **infolgedessen**, nachdem ich ihm **(Reuß)** den Standpunkt klar gemacht, schleunigst meiner Wege ging."

Soweit Neve selber; spätere Briefe aus dem Zuchthause in Halle belehren uns, in welcher Richtung dort nach der hinter verschlossenen Thüren stattgefundenen Gerichtsverhandlung in Leipzig diese „allerlei Gedanken" sich abgeklärt haben. Kehren wir wieder zurück zu dem Rapport des Aachener Polizeikommissars Möhlig, den dieser nach der Trautner'schen Darstellung an den Spitzeldirektor Krüger in der Trautner'schen Wohnung zu Brüssel erstattet hat.

(Schluß folgt.)

Die Zahl der Aktien-Gesellschaften in England betrug nach dem „Monde Economique":

Am 1. April	Zahl der Gesellschaften	Eingezahltes Kapital in Mk. (1 Pfd. Sterl. = 20 M.)
1884	8 682	9 511 025 880
1885	9 344	9 899 197 240
1886	9 471	10 592 753 680
1887	10 494	11 839 173 840
1888	11 001	12 228 607 420
1889	11 968	13 437 403 680
1890	13 323	15 502 791 060
1891	14 873	17 830 082 240
1892	16 173	15 785 672 680
1893	17 653	20 262 287 000

Die Zahl der Aktien-Gesellschaften und die Menge ihres Kapitals hat sich also binnen 10 Jahren mehr als verdoppelt. So schnell wird die Person des Kapitalisten überflüssig für die Produktion.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Arbeiter in der Firmenschilder-Branche tagte am 21. d. M. Genosse Hoffmann sprach in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Was ist der Arbeiter seiner Familie schuldig?" Dem Vortrage folgte eine lebhafte Diskussion, in der besonders die Schäden der Akkordarbeit eingehend geschildert wurden.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen hielt am 24. Januar eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Hagen gab der Versammlung einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. Diesem ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre 10 Lohnstreitigkeiten zum Austrag kamen, darunter zwei größere Streiks. Im Arbeitsnachweis haben sich 1128 Kollegen gemeldet, die insgesammt 11 783 Tage arbeitslos waren. Arbeit haben erhalten in Berlin und Umgegend 424 und für außerhalb 207 Kollegen. 497 entgingen der Kontrolle. Von Arbeitgebern wandten sich an den Arbeitsnachweis 302; von Berlin 155, von außerhalb 147. Von außerhalb waren zugereist 133 Kollegen, davon waren organisirt 101. An die Organisirten wurde in 8 Monaten 77,25 M. Wanderunterstützung gezahlt. — Der Bericht der Bibliothek giebt die Zahl der benützten Bücher auf 640 an. Nach dem vom 1. Kassirer R. Topf erstatteten Kassenbericht betrugen die Einnahmen für das Jahr 1893 13 393,09 M., die Ausgaben 12 961,22 M.; ergiebt mithin einen Bestand von 431,87 M. Die Mitgliederzahl ist auf 841 gestiegen.

Kollege R. Schultze theilte sodann mit, daß der Rechtsschutz in 14 Fällen gewährt wurde, 2 Fälle mußten abschlägig beschieden werden.

Die darauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Kassirer und Arbeitsvermittler R. Topf; 1. Vorsitzender W. Daudert; 2. Vorsitzender Kollege Hasenbach; 2. Kassirer Zander; 1. Schriftführer H. Rubrecht; 2. Schriftführer F. Wolf; Beisitzer: Meinke, Bolle und B. Sauer; Revisoren: Hugo und Davit. Die Rechtsschutz-Kommission bilden Ernst und Nickel. Hilfskassirer für Friedrichsberg ist Oskar Wolf, für den Wedding B. Nieloff. — Kollege Hoffmann besprach hierauf nochmals die Koakskorbfrage. Redner empfiehlt den Kollegen, bei Erkrankungen durch Kohlenoxydgase sofort einen Arzt in Anspruch zu nehmen. Die Aerzte in der Arbeiter-Sanitätskommission haben sich bereit erklärt, sich dieser Aufgabe zu unterziehen, sowie die Bauten zu besichtigen, wo Koakskörbe aufgestellt sind. Es wäre zu wünschen, daß die Aerzte bei ihren Recherchen von den Kollegen bereitwilligst unterstützt werden, damit der Behörde mit einem guten Material aufgewartet werden kann. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß vom Gesangverein am 10. Februar ein Maskenball im Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße, arrangirt wird.

Die Handschuhmacher hatten für alle in dieser Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 28. Januar eine Versammlung einberufen, zu der Genosse Jost das Referat übernommen hatte. Redner legte den Anwesenden in ausführlicher Weise den Nutzen der sozialen Gesetzgebung dar, deren Werth er im Verhältniß dessen, was auf diesem Gebiet geschehen müßte, sehr gering veranschlagte. Nach einer kurzen Diskussion, in der vom Genossen Schön das Krankenkassen-Gesetz kritisirt wurde, gab hierauf Kollege Löser den Bericht von der Gewerkschaftskommission. Redner unterbreitet der Versammlung den Antrag Dr. Freund's, bezüglich des städtischen Arbeitsnachweises, den Antrag der Töpfer, betreffend das Sammelwesen und die von der Gewerkschaftskommission gestellte Resolution bezüglich des 1. Mai. Die Versammlung stimmte der Resolution zu und wählte in die Gewerkschaftskommission den Kollegen Hintz, als dessen Stellvertreter den Kollegen Kamann. Den Delegirten wurde der Auftrag, Sammellisten nicht anzunehmen, da die Gewerkschaft das Sammeln auf Bons eingeführt und diese Art des Sammelns sich am zweckmäßigsten bewiesen habe.

Die Steinarbeiter tagten am 28. Januar bei Müller, Johannisstr. 20. Kollege Thomas referirte über das Thema: „Unsere Organisation und das Unterstützungswesen". Redner bemerkt hierüber: Da der Staat seiner Pflicht, für die Arbeitslosen zu sorgen, nicht eingedenk ist, sollten die Gewerkschaften es als Ehrensache betrachten, den arbeitslosen Kollegen zu Hilfe zu kommen. Die Höhe der Unterstützung muß sich nach den vorhandenen Mitteln richten; bei den jetzigen Beiträgen werde man nicht in der Lage sein, den Satz der Buchdrucker, eine Mark täglich, zu zahlen. Nach längerer Debatte, in welcher Buchmann, Jeschke, Allecke u. a. das Wort ergriffen, wird folgender Antrag gegen eine Stimme angenommen: „Die Versammlung ermächtigt den Vertrauensmann, daß er an Kollegen, die seit fünf Wochen arbeitslos sind, Krankenunterstützung während dieser Zeit nicht erhalten haben und seit mindestens 2 Jahren organisirt sind, eine Unterstützung von 5 Mark pro Woche von jetzt ab bis 1. April gewähren kann." — Dem „Bauhandwerker" wurden, nachdem der Kollege Rempfer dafür eingetreten war, 100 Mk. bewilligt; die Beschlußfassung über den neuen Tarif wurde vertagt.

In der öffentlichen Stellmacherversammlung, die am 28. Januar abgehalten wurde, hielt Genosse Jahn ein Referat über „Zweck und Ziele der Organisation". Nach ausführlicher Schilderung der französischen und englischen Arbeiterbewegung betont Redner den prinzipiellen Gegensatz der klassenbewußten Arbeiter gegenüber der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinsspielerei, die im Stellmachergewerbe noch grassirt. Mit der Aufforderung, das Augenmerk bei der Agitation besonders auch auf die jüngeren Kollegen zu richten, schließt der Referent seinen beiläufig aufgenommenen Vortrag. — Bei dem Punkt: Wahl eines Delegirten zur Gewerkschaftskommission trat Kollege Brüß energisch dafür ein, daß für die Stellmacher als selbständige Branche eine Vertretung in der genannten Kommission nöthig sei, während Kollege Kaiser befürwortete, die Wahl aufzuschieben, bis die Kollegen sich stärker zur Organisation zusammen gefunden haben. Ein Antrag Meßmann, diesen Punkt der Tagesordnung der nächsten Versammlung zu überweisen, welche in zirka vierzehn Tagen abgehalten wird, wurde angenommen; in dieser Versammlung soll auch die Agitationskommission ergänzt werden. Die nun folgende Debatte, an welcher sich Caesar, Schmidt, Behrend und andere betheiligten, war eine mehr persönliche Auseinandersetzung über die Organisationsfrage.

In einer öffentlichen Versammlung aller im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Agitationskommission zum 29. Januar einberufen hatte, sprach Genosse Stabernack über das Thema: „Ist die heutige Gesellschaft in der Lage, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu thun?" Nach dem Vortrage erstattete Lang den Kassenbericht. Danach beträgt die Einnahme 1069,37 M., die Ausgabe 355,53 M., sodaß ein Bestand von 713,84 M. zu verzeichnen war. Auf Antrag des Revisors Voges wurde die Agitationskommission entlastet. Im Anschlusse hieran vollzog die Versammlung die Neuwahl der Agitationskommission, nachdem zuvor beschlossen worden war, dieselbe nach wie vor aus fünf Personen bestehen zu lassen. Gewählt wurden die Kollegen Schütte, Gericke, Hildebrandt, Schönlank und Herde. Zu Revisoren wählte die Versammlung die Kollegen Grimm, Lange und Petrich. Die Neuwahl eines Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission wird in der nächsten öffentlichen Versammlung vollzogen werden. Zur Kenntniß der Versammlung wurde gebracht, daß in Burg bei Magdeburg bei der Firma Matthias u. Frost ein Streik ausgebrochen ist und daß es sich bei denselben um Abwehr von Lohnabzügen handele. Den gemaßregelten Berliner Droschkenkutschern bewilligte die Versammlung aus dem öffentlichen Agitationsfonds 30 M.

Charlottenburg. In der am Dienstag hier tagenden öffentlichen Volksversammlung erstatteten die hiesigen Gewerbegerichts-Beisitzer für Arbeitnehmer Bericht über ihre Thätigkeit. Aus dem Referat des Genossen Beyer heben wir das Wichtigste in seinen Ausführungen hervor. Im ersten Geschäftsjahr vom 1. April 1892 bis 1. April 1893 fand allmonatlich je eine Spruchsitzung, also 12 Sitzungen mit je 2 Beisitzern für Arbeitnehmer und 2 Beisitzern für Arbeitgeber statt. Außer diesen waren 52 Vergleichssitzungen, allwöchentlich eine anberaumt. Die größte Zahl der Streitsachen und zwar 359 Fälle wurden durch Vergleich erledigt, durch Richterspruch wurden dagegen erledigt und zwar:

Wegen rückständigen Lohn 29 Fälle
„ Kündigungsfrist . 93 „
Beides betreffend . 237 „

Einzeltermine fanden statt und zwar durch Vergleich 355, durch Richterspruch 94.

Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht nicht anzurufen, dagegen fand auf Antrag der Arbeitnehmer-Beisitzer am 24. Oktober 1892 eine Sitzung des gesammten Gewerbegerichts statt, wo die obligatorische Einführung der Fortbildungs- und Handwerkerschulen mit freien Lehr- und Lernmitteln, sowie Verlegung der Unterrichtszeit von 5—8 Uhr auf Antrag unserer Genossen gefordert und infolge ihres energischen Eingreifens angenommen wurde. Außerdem trat das Gewerbegericht zusammen am 3. Juli, um über die von der Königl. Regierung veranstaltete Enquete betreffs der Sonntagsruhe ihr Gutachten abzugeben. Zum Schluß sprach Redner die Hoffnung aus, daß auch bei der bevorstehenden Wahl am 19. Februar alle 9 Arbeiter-Beisitzer aus den Kreisen der Sozialdemokratie gewählt werden. An der Diskussion betheiligten sich fast sämmtliche Beisitzer. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß nur politisch und gewerkschaftlich organisirte Genossen als Beisitzer zu wählen sind.

Für Groß-Lichterfelde und Umgegend fand am Sonntag, den 28. Januar, Nachmittags, im Griese'schen Saale eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Bebel referirte. Der ziemlich geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den Anwesenden wurden auch zahlreiche Anhänger anderer Parteien bemerkt. In einem fast zweistündigen Vortrage sprach Bebel über die Frage: Was erstrebt die Sozialdemokratie? Redner erläuterte zunächst die Entstehung der Sozialdemokratie, deren politische Organisation zwar die jüngste, aber bereits die stärkste Partei in Deutschland sei, erklärlich daher, weil die Sozialdemokratie das nothwendige Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist. Redner schilderte weiter den allgemeinen Zersetzungsprozeß der Gesellschaft, die Proletarisirung immer weiterer Gesellschaftsschichten, die Revolution in der Technik und im Verkehr, die gewaltigen Krisen und ihre Folgen. Dabei nimmt die Unzufriedenheit in allen Schichten der Gesellschaft zu und die Klassengegensätze verschärfen sich. Nachdem der Vortragende so in gründlicher Weise die Mängel, Schäden, Fehler und Ungerechtigkeiten der heutigen „Ordnung" beleuchtet hatte, veranschaulichte derselbe weiter, wie allein die Sozialdemokratie bestrebt sei, diese unsinnigen Verhältnisse — allerdings durch eine Radikalkur — zu bessern und bis zur endgiltigen Umgestaltung der Dinge nach Möglichkeit den Bedrückten und Unterdrückten ihr armseliges Dasein zu erleichtern. Eine Kulturbewegung sei nicht zu hemmen. Es gelte, die Klinke der Gesetzgebung, die Staatsgewalt zu erobern, deren die Sozialdemokratie gebrauche, um ihre sozialen Umwälzungen durchzuführen, die Existenzbedingungen für alle gleich zu machen. Getrosten Muthes, so schloß Redner seinen Vortrag, können wir der Zukunft entgegengehen. Die Noth lehrt nicht beten, wohl aber denken. Wenn wir im Verlaufe von 25 Jahren zur stärksten Partei in Deutschland geworden sind, so werden wir in einem ungleich kürzeren Zeitraume zur herrschenden Partei werden. Pflicht der Arbeiterklasse ist es daher, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, denn ihr gehört die Zukunft. Dem Vortragenden wurde lebhafter Beifall gezollt. Trotz wiederholter Aufforderung meldeten sich Gegner nicht zum Worte. So wurde denn von einer Diskussion überhaupt Abstand genommen und gelangte gegen drei Stimmen eine Resolution zur Annahme, die im Sinne der Ausführungen des Referenten gehalten war. Als weiterer Besprechungsgegenstand war die Stellungnahme zu den bevorstehenden Gemeinde-Ergänzungswahlen auf die Tagesordnung gesetzt. Die Versammlung zeigte sich gewillt, auch auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung den Kampf mit der Bourgeoisie aufzunehmen und übertrug die Leitung der diesbezüglichen Geschäfte der bestehenden Agitationskommission. Scharf gerügt wurde der Indifferentismus der Lichterfelder Arbeiter, welcher bereits das Eingehen des Volksbildungsvereins verschuldet habe und in der Lokalfrage sich weiter unheilvoll dokumentire. Nur das Griese'sche Lokal stehe den Arbeitern zur Verfügung und dennoch fehle es auch hier an der nöthigen Unterstützung. Das müsse entschieden anders werden. Nachdem die Versammlung mit einem dreifachen brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen worden war, blieben die Anwesenden noch längere Zeit in geselliger Weise beisammen.

Weißensee. Am 25. Januar, Nachmittags, fand hier eine Versammlung der Arbeitslosen statt. Genosse Blourock hatte das Referat übernommen. Redner forderte von der Gemeindeverwaltung und von den Staatsbehörden, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsgelegenheit vermehrt wird, vor allem sollten die projektirten Bauten in Angriff genommen werden, und kann die Gemeinde durch Mehranstellung von Hilfskräften, besonders bei der Straßenreinigung, manches zur Linderung der Noth beitragen. Die heutige Gesellschaft hat aber nicht den Willen, helfend einzugreifen, noch ist sie im stande die Arbeitslosigkeit zu beseitigen; deshalb haben wir auch nur vom Sozialismus eine Lösung dieser Frage zu erwarten. In der Diskussion kritisirte Zempke die Steuervorlagen der Regierung, besonders die schwere Belastung des Arbeiterstandes darlegend, wenn jene Gesetzentwürfe zur Durchführung gelangen. Nachdem noch einige Redner im gleichen Sinne gesprochen hatten, nahm die Versammlung die Resolution an, die in den Berliner Versammlungen zur Annahme gelangte.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.